

Arbeiter-Kommune

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen sind in allen Fällen 400000

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: drei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,30 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle und Redaktion: Südbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfach: Dresden Nr. 15660
Sprechstunden: Montag von 10 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitag von 15 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde
Anzeigenpreis: Die normal gefaltete Anzeigenzeile über deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anstehend an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Unregelmäßige Anzeigen wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Südbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 10. Mai 1930

Nummer 108

Zertrümmert Sachsens Bürgerblut-Diktatur

Nazis als Ministerantworter / Neues Ablenkungsmanöver der „linken“ SPD-Führer / Nur die KPD ruft die Massen zum außerparlamentarischen Kampf / Heraus zur Kundgebung am Montag in den Blumenäulen Dresden!

Dresden, den 10. Mai.

Das 4-Männer-Kollegium, das unter der Führung Schieds das Regierungsverhalten in Sachsen führen soll, nennt sich „unpolitisches Besamtenkabinett“. Dabei ist es die klassenmäßig ausgeprägte Regierungsexekutive, die Sachsen jemals gehabt hat. Die Minister sind Volksparteiler oder der Volkspartei nahestehend. Die ihnen von den höchsten Kapitalisten zugewiesene Aufgabe ist es, ohne Rücksicht auf das Parlament, ohne Rücksicht auf die Krisenmanöver der verschiedenen Parteien den Hungerterror mit Blut- und Ausnahmengesetzen durchzuführen. „Unpolitisch“ nennt es sich nur deshalb, um die einzelnen Parteien der offiziellen Verantwortung für die Taten der Regierung zu entheben, den Parteien Spielraum zu gewähren, den Betrug gegenüber ihren Kleinbürgerlichen Wählern besser durchzuführen zu können.

Welche Rolle spielen dabei die Faschisten und die „linken“ sozialdemokratischen Führer? Das Faschistenblättchen von heute morgen, der Sächsische Beobachter, wendet sich plötzlich gegen das Kabinett Schieds. „Die unzulängliche Ministerliste — Was das Bürgerturn Raum haben?“ lautet die Gretchenfrage des Herrn Straßer.

Nazis Ministerfehlsucht

Was ist los? Haben nicht erst vor wenigen Tagen die Nationalsozialisten Herrn Schieds, den Beauftragten der sächsischen Inhaberklassen, in den Sattel geholt? Haben sie nicht noch vor wenigen Tagen den kommunistischen Antrag auf beschleunigte Abstimmung über Landtagsauflösung niedergeschmetzt? Warum plötzlich der Stimmungswechsel? Sind unsere nationalsozialistischen Kapitalisten plötzlich zu „Tobenden der bürgerlichen Ausbeutergesellschaft“ geworden? Der Sächsische Beobachter gibt selbst Auskunft darüber:

„Die Nationalsozialisten erheben nochmals mit aller Bestimmtheit die Forderung auf Besetzung des Arbeitsministeriums mit einem fachkundigen Beamten.“

Hier liegt der Hase im Pfeffer. Jene, die Unterstützung des kapitalistischen Hungerterrors, Streikbruch und Terror gegen die Arbeiter, aber gibt uns einen Minister; denn unsere „nationalsozialistischen“ Heile, erklärte Hitler vor kurzem, „denn alles, was wir anstreben, kann auch im Rahmen einer Republik verwirklicht werden“. Und die Futurtruppe für die oberen Klassen, das Ministerportefeuille mit Pensionshoheit und die Besetzung anderer fetter republikanischer Staatsposten ist der erste Schritt dazu.

Aber hinter der Forderung nach einem Minister verbirgt sich noch mehr. Es ist die Furcht vor der Pleite, vor der Massenabwanderung aus ihrem Lager. Die Arbeiterelemente in ihrem Lager beginnen bereits den Hitler, Brüning, den Nutzhmann und Kierdorf, dem Hohenollernprinzen August Wilhelm und dem Straßer den Rücken zu kehren. Auf dem linken Lande, vor allem dort, wo die kommunistische Partei ihre Offenheit entfaltet, ist der Sozialismus der Hitlerianer zum Stillstand gekommen.

Aus Furcht vor den Massen wollen sie manövrieren, fürchten sie die bedingungslose Unterstützung des Schieds-Kabinetts. Mit einem Naziminister im Schieds-Kabinett wollen sie ihren Anhängern weismachen, daß ein solcher „Erfolg“ die Unterstützung einer „nichtmarxistischen“ Regierung wert wäre. Natürlich ist das ein ausgemachter Massenbetrug. Wir bringen unten eine Kollekte der neuesten Identitäten aus dem thüringischen „dritten Reich“, wo Nazi-Fritz regiert. Das ist das wahre Gesicht des Nationalsozialismus, nicht in der Theorie, sondern in der Praxis.

Lipinskis Flucht nach Berlin

Aber auch die „linken“ sozialdemokratischen Führer entlarven sich gründlich. Sollen wir noch einmal erwähnen, daß sie dreimal unsere Forderung auf Landtagsauflösung niederschmetzten, daß sie bedingungslos an den Verhandlungstisch mit den volksparteilichen Kapitalisten gingen, daß sie laut Dresdener Volkszeitung von gestern auch jetzt noch bereit sind, die Große Koalition zu schließen? Und nun, nachdem sie den Fuchszitt erhalten haben, nachdem das

Schieds-Kabinett gebildet ist, was wissen sie den sozialdemokratischen Arbeitern zu sagen?

Herr Richard Lipinski sagt es. Er sagt es in einem Leitartikel des Vorwärts von gestern. So weit ist es schon mit der „Opposition“ der „Linken“ gegen den Berliner Parteivorstand gekommen, daß sie über Sachsenpolitik im Organ der Stamper und Müller, der Geringer und Schmidt schreiben dürfen. Es ist danach, Lipinski schreibt:

„Die Entscheidung liegt bei den 5 Nazis... Die Festigung des Bürgerbluts vollzieht sich in Sachsen un-auffällig, wenn die Arbeiterklasse nicht bald diesem Spiel ein Ende macht! Die Krise selbst zeigt die Ohnmacht des Bürgerturns, sie zu meistern, und die Notwendigkeit, Schluss mit der Kleinrenterei zu machen.“

(Fortsetzung 2. Seite.)

Fort mit dem Verbot!

Jungarbeiter, auf die Straße! Heute, am Jahrestage des Verbots

der Roten Jungfront

demonstriert mit uns für Verbotsaufhebung heute, Sonnabend, 18 Uhr

auf dem Freiburger Platz!

Entlarvte faschistische Betrüger!

Nazi-Fraktion für Kopfsteuer — Den Pfaffen Millionen, den Armen Bettelpfennige

Wetmar, 10. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Bei Beschlußfassung über den Thüringer Haushalt zeigte die nationalsozialistische Reichsregierung unverhüllt ihr arbeitereindliches Gesicht. 100 000 Mark sollen an Weichseln zu den Kosten der gehobenen Fürsorge gestrichen werden. 30 000 Mark gibt die Regierung weniger an Weichseln zu den Kosten des außerordentlichen Armenaufwands im neuen Etatsjahr aus. 100 000 Mark werden gestrichen für allgemeine Leistungen für wohlfahrtspflegerische Zwecke. Im gleichen Atemzug bewilligte die Reichsregierung den Pfaffen 4 580 000 Mark, das sind 1 120 000 Mark mehr als im Vorjahr.

In namentlicher Abstimmung wurden die Steuererfolge endgültig beschlossen. Das Abstimmungsergebnis war 27 für und 21 gegen diese Steuer. In diesen Steuererfolgen ist ent-

halten die Kopfsteuer von jährlich 8 Mark für jeden Gemeindegliedigen, selbst für Gemeindepflichtige. Diese „Kopfsteuer“ bezeichnet.

Nurherum wird jetzt eine Lohnsummensteuer von 6 Prozent als Sondersteuer für die Konsumvereine, Kauf- und Warenhäuser erhoben.

Der Nationalsozialist Marxler enthielt sich bei namentlicher Abstimmung über die beschriebene Kopfsteuer der Stimme, weil er im vorhergehenden Landtag gegen die Regierung stimmte und während des Wahlkampfes diese Haltung besonders herausstrich. Die anderen Nationalsozialisten stimmten geschlossen für diese schändliche, die Massen belastende Steuer, die von dem Sozialdemokraten Hiltnerding angeregt worden war.

Illustration zur Intern. Hygiene-Ausstellung in Dresden

Reaktionärer Anschlag selbst auf Kinder

Bührer streift 20 000 Mark bei den Mitteln für Schulwanderungen

Dresden, den 10. Mai.

Der Sozialdemokrat Dr. Bührer hat an die Stadtverordneten ein Schreiben gerichtet, in dem er kurz mitteilt, daß an den Mitteln, die die Stadt bisher zur Durchführung von Schulwanderungen in den Haushaltplan eingestellt hatte, 20 000 Mark gestrichen worden seien.

„Diese Sparmaßnahme soll wieder aufgehoben werden, sobald sich die Finanzlage der Stadt bessert.“ — mit diesem elenden Täuschungsmanöver sollen die Arbeiterelemente beruhigt werden. Tatsache ist, daß die Führung des schaltheimischen Kurzes der Sozialdemokraten Dr. Bührer vorbehalten bleibt, von dem die Sozialdemokraten bei seinem Amtsantritt behaupteten, daß er es sein werde, der den Sozialismus in der Gemeinde Dresden wieder um ein Gedächtnis dem Ziel näherbringen werde.

Arbeiterelemente! Elternräte! Nehmt Stellung gegen diese reaktionären Maßnahmen des Kais und seines SPD-Finanzdezernenten Dr. Bührer! Fordert überall die Rücknahme dieses reaktionären Abstriches! Rauft Sturm! Führt den Kampf mit der KPD! Diese Angelegenheit steht auf der

Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordneten vom Montag, dem 12. Mai.

Anschlag auch auf die Schwerkrriegsbeschädigten

Seit dem Jahre 1925 haben sich die Ausgaben für Schwerekrriegsbeschädigten-Freifahrten von 59 267,95 Mark auf 204 651,74 Mark im Jahre 1929 gesteigert. Im Jahre 1930 will Finanzdezernent Bührer nur 100 000 Mark für Schwerekrriegsbeschädigten-Freifahrten bewilligen. Eine entsprechende Vorlage will der Rat ebenfalls in der Sitzung vom 12. Mai durchschleusen!

Schwerekrriegsbeschädigte — unterstützt durch Beitritt zum Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit den Kampf gegen die reaktionären Maßnahmen der Bührer u. Co.!

Vorgeschrieben in Dresden findet am 17. dieses Monats die Eröffnung der Hygiene-Weltausstellung statt. Welch eine soziale Lüge sich hinter dem ganzen Ausstellungsbauhorizont verbirgt, zeigen die obengenannten Vorzüge der Sozialreaktion unter Führung eines „linken“ Sozialdemokraten. Die Antwort darauf wird das Dresdener Proletariat durch einen Massenaufmarsch am 17. Mai geben.

Jeder Eisenbahner, Postler und Telegraphenarbeiter wählt am 10., 11., 12. Mai: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

Sachsen ist ein ausgeprägtes Proletarierland. Die SPD vertritt hauptsächlich in Sachsen die höchste Organisation, die höchste proletarische Massenorganisation. Es droht die Hungerkatastrophe eines parlamentarischen Beamtensabnetts. Was aber sagt Herr Kasper? Die Entscheidung liegt bei den Nazis. Was gilt eure außerparlamentarische Kraft, sozialdemokratische Arbeiter? Was gilt es, wenn hunderttausende Arbeiter in Sachsen bereit sind, die Macht ihrer Klasse in die Hand zu nehmen? Den linken SPD-Führern gilt es nicht! Die Entscheidung liegt bei den Nazis. Aber weiter: Welchen Ausweg zeigt Lenin? Ein Weg mit der Kleinpartei? Also vielleicht Anschlag an Bruch? Blucht nach Berlin. Blucht vor dem Kampf gegen die jüdische Bürgerblut herrschaft. Das ist der „Ausweg“, den die linken jüdischen SPD-Führer den Arbeitern weisen. Und währenddessen zeigen sie durch ihre Tarifpolitik, durch den Blutschrei eines Kasper, daß sie nicht daran denken, das Proletariat zum Kampf gegen die jüdischen Kapitalisten zu führen, sondern jüdische „Ordnung“ des Hungers, der Massenarbeitslosigkeit, der Sozialreaktion verteidigen.

Streikfämpfe sind der Ausweg!

Die Beiratsmitglieder der Nazis und der „linken“ SPD-Führer zu durchbrechen, ihren Massenbeitrag aufzugeben, ist unsere Pflicht. Klar und eindeutig, ohne Schwankung, ohne Kuhhandel, ohne Rücksicht auf die Interessen der kapitalistischen Geldgötze haben wir von Anfang der Krise an die Forderung auf Landtagsauflösung erhoben. Wir sind die einzigen, die die Abrechnung der Massen nicht zu fürchten brauchen. Wir sind die einzigen, die bei Neuwahlen eine gewaltige rote Hochschau mitbringen können. Wir sind die einzigen, die einen neuen Wahlkampf im Interesse der ausgebeuteten Massen führen werden. Nicht im Zeichen einer Mandatgarantie, sondern im Zeichen der außerparlamentarischen Massenmobilisation. Nur hier liegt der Schlüssel zum wirklichen, ernsthaften Kampf gegen die jüdische Herrschaft inner- und außerhalb der Regierung, gegen die unerhörte Unterdrückung der jüdischen Kapitalisten. Streiks um höheren Lohn und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich; Streiks der Betriebsarbeiterinnen für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit; Einbeziehung der Erwerbslosenarmee in den Kampf für Arbeit und Brot — das ist die entscheidende Ebene, auf der sich der Klassenkampf des jüdischen Proletariats gegen die Bürgerblut herrschaft und seine Trabanten entwickeln muß.

Wenn es zur Landtagsauflösung kommt, werden die „linken“ SPD-Führer aus neue versuchen, die SPD-Arbeiter in den Dienst ihrer Mandatjagd zu spannen. Wir müssen das verhindern. Wir müssen appellieren an das Klassenbewußtsein dieser Arbeiter, müssen es wecken, höher entwickeln, müssen ihnen begreiflich machen, daß das Dummregiment des Hungers nur niedergebungen werden kann mit der unbedingten Schlagkraft der revolutionären Einheitsfront unter dem Banner der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Wir rufen die Dresdner Arbeiter auf, mit uns gemeinsam gegen das Schicksal-Rabatt, für Landtagsauflösung zu demonstrieren am Montag, dem 12. Mai, 19.30 Uhr, in den Blumenfäden. Erscheint in Massen!

Terrorwelle auch in Bauen

Meldung unseres Bauarbeiters-
Korrespondenten

Bauen. In einer Verhandlung wegen Aufsturus und Widerstandes gegen die Staatsgewalt wurden die Arbeiter Josef zu 8 Monaten und 1 Woche Gefängnis, A. Kettig zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Die Arbeiter K. Kettig und Zauber wurden freigesprochen. Ein „Arbeiter“ Hildebrandt hatte sich freiwillig als Belastungszeuge bei der Polizei gemeldet und trug dadurch zu der Verurteilung bei. Der Staatsanwalt hatte Jugendhäftlinge benützt. Die Bauarbeiterkassen sind über das Terrorverbrechen empört.

Das konservative Kabinett Endermann in Schweden wird voraussichtlich bei Beratung der Zollfrage, die im Ausschuss abgelehnt wurde, gekürzt. Die Sozialdemokratische Fraktion eine Koalitionsregierung auch in Schweden an und stimmt deshalb gegen die Zoll.

Im Saarbergbau sollen im Mai zwei Freischichten eingelegt und im Juni 1930 Bergarbeiter entlassen werden. Die Kohlenbarone kümmern sich den Teil um das Schicksal der Arbeiter. Die Arbeiter müssen durch Wahl revolutionärer Beiratsleute den Kampf für die Forderungen der revolutionären Opposition aufnehmen.

Sauftkampf: SPD- und Nazi-Stadtverordnete

Aber in gemeinsamer Front gegen die Mieter

Chemnitz, den 10. Mai.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung kam es zwischen Nazis und SPD zu einer Prügelei, bei der der Nationalsozialist Vahs dem SPD-Mann Kahl mit einem Schiel auf den Kopf schlug. Ursache dieses Sauftkampfes war die Forderung der SPD, in Sachsen die Lustatrobats zu verbieten. Die Nazis bezeichnen das als Frechheit und nannten den SPD-Mann Dr. Glaser einen „Judenlämmel“. Die SPD-Fraktion, 21 Mann stark, umstellten die beiden Nazis und ein kleiner Sauftkampf „reparierte“ die sozialdemokratische „Ehre“. Der Vorliegende war hilflos in dieser Situation und erließ, nachdem wieder Ruhe eingetreten war, seinem Koalitionspartner, dem Nazi Vahs, einen Ordnungsruf.

Dieser Konflikt aber ging voraus die Begrabung eines kommunistischen Antrag gegen die Erhöhung der Mieten durch Heberweilung an den Rat durch die einheitliche Front sämtlicher Parteien, von der SPD bis zu den Nazis. Wenn die SPD-Fresse die Prügelei als „Kampf gegen den Faschismus“ zu verherrlichen sucht, wie es die Volkszeitung zu tun beliebt, so beweisen die tatsächlichen Vorgänge, daß nur ihre „Ehre“ verletzt war. Im Kampf gegen die Mieter stehen Sozial-, und Nationalfaschisten in einer Einheitsfront.

Gescheiterte Bettelaktion der Nazis

Gleich in der ersten Sitzung des neu gewählten Thüringer Landtages beantragte die kommunistische Fraktion eine Winterbeihilfe für die Erwerbslosen, Kriegswitwen, Sozial- und Kleinrentner. Die Nazis, die vor der Wahl den Erwerbslosen das Blau vom Himmel versprochen, verschleppten die Beratung des Antrages. Die SPD enthielt sich bei der Abstimmung der Stimme. Die Nazis riefen dann bombastisch zu einer „Landesliste“ auf. Jetzt liegt die Abrechnung vor. Die Bettelaktion hat lumpige 100.000 Mark ergeben. Es ist nun am verständlich, warum im Januar die kommunistische Fraktion auf Wochen hinaus wagt, daß sie juchhet, daß die kommunistische Fraktion diese

Massenprotest gegen das NSB-Verbot

Weiter vorklopfen! Organisiert den Massensturm in Betrieben und Stempelstellen! — Heute heraus zum Protestmeeting der revolutionären Jungarbeiter auf dem Freiburger Platz!

Gestern fand eine überfüllte Kundgebung des Dresdner Proletariats gegen das seit einem Jahr bestehende Verbot des NSB im Regierheim statt. Kampfheftigkeit beherrschte die im Saal und auf der Tribüne dichtgedrängten Massen. Arbeitermüher spielten revolutionäre Kampflieder. Der Jahne-einmarsch, das Kampfgeschloß der roten Sportler, die Begrüßungsansprachen von Vertretern der Partei, NS, Antifa, Betriebsvereinigungen u. a., in denen Grundmotiv war: mobilisiert die Betriebe, Stempelstellen und Arbeiterorganisationen gegen die Unterdrückung des NSB, hinterlassen einen impoanten Eindruck.

In dem Refekt der Kameraden Fiedler wurde der reaktionäre Kurs in Youngdeutschland durch die SPD und die Reichsbannerbürokratie aufgedeckt, die ihm den Weg vorbereitet und freigemacht hat. Die Arbeitermassen aber reagieren durch immer stärkere Gegenoffensive, und unsere Aufgabe muß es sein, einen Sturm zu entfachen

gegen die Unterdrückung revolutionärer Organisationen. Mit dem Kampflied des Proletariats, der „Internationale“, wurde die impoante Kundgebung geschlossen. Die Begleitung der Massen, der Beifall für die Redner waren Beweis für die Erkenntnis von der Notwendigkeit, die Kampfkraft der Massen zu heizen und diese Energien in offenen revolutionären Kampf zu verwandeln.

Seute marschiert die revolutionäre Jugend in Dresden auf dem Freiburger Platz auf zum Protest gegen das Verbot der roten Jungfront.

Folgende Resolution

wurde einstimmig angenommen:
Die vom Kampfkomitee gegen das NSB-Verbot im Regierheim einberufene und von vielen hundert Dresdner Arbeitern und Arbeiterinnen besuchte Protestversammlung gegen das NSB-Verbot erklärt sich völlig einverstanden mit den Ausführungen des Referenten. Die Versammelten geloben, mit allen Kräften gegen das NSB-Verbot, das von Goering erlassen und vom Bürgerblutministerium weitergeführt wird, anzukämpfen.

Nur durch Massaktionen ist es möglich, das Verbot zu Fall zu bringen. Deshalb ist es Pflicht aller hauptberuflichen Arbeiter, die revolutionären Or-

ganisationen zu härten und den Kampf gegen Sozial- und Nationalfaschismus, gegen Bürgerblutdiktatur und Massenclend unter Führung der kommunistischen Partei aktiv zu unterstützen. Im besonderen geloben die Versammelten, in den Betrieben den Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus durch Beteiligung der

einheitlichen Kampffront

aller Arbeiter und Arbeiterinnen für die Erhellungsorderungen des Proletariats gegen die Anbelung und Zersetzung der Belegschaften, für den Sozialismus vorwärts zu führen. Einen Massensturm werden wir entfachen.

Sinweg mit dem Verbot des roten Frontkämpferbundes!

Sinweg mit dem jüdischen Diktatorabnetts Schied!

Sinweg in die rote Klassenfront gegen Sozial- und Nationalfaschismus!

Machtvolle Parteiarbeiterkonferenz

der SPD Groß-Dresden

Dresden, den 10. Mai.

Die gestern abend stattgefundene, außerordentlich hartbeladene Konferenz der Dresdner Parteiarbeiter der SPD beschäftigte sich mit der Auswertung des Bezirksparteitages und den vor uns liegenden Aufgaben. Im Mittelpunkt des Referats des Genossen Renner stand die Frage der Verhärtung unserer bolschewistischen Massenarbeit.

In der reichhaltigen, von hartem Arbeitswillen getragenen Diskussion fand besonders starke Betonung die Mobilisierung der Dresdner Arbeiter zur „Clendemonstration“ am 17. Mai anlässlich der Hygieneausstellung, die gründliche Vorbereitung der Konferenzen der wertvollsten Frauen am 25. Mai, der vor uns liegende Landtagung am 18. Mai und das große Sporttreffen am 6. Juni in Dresden.

Der Verlauf der Konferenz brachte neben der kritischen Aufzeichnung vieler Mängel nicht nur unseren wachsenden Masseneinfluß zum Ausdruck, sondern auch die Bereitschaft der Dresdner Parteiarbeiter, diesen Einfluß durch erhöhte praktische Arbeit auf allen Abteilungen unserer Massenpolitik organisatorisch zu verankern und weiter auszubauen.

„Sturmzeichen“ in der Volkszeitung

Die Erwerbslosen Dresdens werden ihr am 17. Mai die Antwort geben

„Sturmzeichen, die alle verantwortlichen Stellen im Lande ausstrahlen, sind die neuen Erwerbslosenlisten. ... Wenn das Reich kein Geld hat, kann es nicht mehr als ein Volk existieren, in einem fruchtigen Maß an den Besonderen Beziehungen. Warum nicht eine Erhebung der Vermögensverhältnisse?“

(Dresdner Volkszeitung von gestern.)

ist das nicht ein Echo der sozialdemokratischen Freie neu-über den Erwerbslosen? Will sie mit diesen Phrasen die Sozialpolitik des Müller-Kabinetts wagen machen? Hat die sozialdemokratische Reichsregierung nicht vor wenigen Wochen bereits unter der Herrschaft des Brüning-Kabinetts

den kommunistischen Antrag auf Sonderbesteuerung der hohen Vermögen geschlossen niedergebunden!

Nicht gerade der „links-sozialdemokratische“ Dresdner Bürgermeister Führer hat seiner Staatsaufstellung daran, durch härtere Belastung der einzelnen Konten mit Steuern, Ver-

waltungsanteilen, Heizung und Beleuchtung den Haushalt auch der Erwerbslosen weiterhin zu belasten? Soll nicht sein Wohlhabend trotz ungeheurer gesteigerter Erwerbslosenziffer eine Million Mark weniger Jährlich erhalten wie im vorigen Jahr? Werden nicht die Forderungen demontieren, von der sozialdemokratischen Presse als „Schindl“ behauptet?

Gegen die Ausdehnung der Erwerbslosen, gegen den reaktionären Führer-Staat, gegen den sozialdemokratischen Massenbeitrag werden die Dresdner Erwerbslosen gemeinsam mit allen Opfern der kapitalistischen Ordnung

am 17. Mai, dem Eröffnungstag der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden, demonstrieren!

Neue Massenentlassungen in der sächsischen Metallindustrie

Die Maschinenfabrik Hilscher in Chemnitz hat die Entlassung von 400 Arbeitern angeordnet. Auch in der sächsischen Maschinenfabrik trifft man intensive Vorbereitungen, um die freigelegten Massenentlassungen durchzuführen. Ganze Betriebsabteilungen wurden bereits hilfslos.

Lohnhöhung gefordert

Berlin, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht)

Die Arbeiter der Berliner Verkehrs-Gesellschaft (VVG) haben unter Wegnahme auf die Lohnbewegung der Kammerarbeiter eine Lohnhöhung gefordert. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die VVG durch die kürzlich stattgefundene Tarifserhöhung in der Lage ist, den höheren Lohn zu zahlen.

Reichsbannerkapelle marschiert mit KPD

Es ist jetzt wird uns bekannt, daß in Straßburg die kommunistische Maidemonstration in diesem Jahre eine Massenbeteiligung aufwies. Der Demonstrationstag war gewaltig, während in den vergangenen Jahren nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Arbeiter hinter der kommunistischen Fahne marschierte. Das Reichsbannerwerk war, daß die frühere Kapelle des Reichsbanners fast geschlossen mit dem Juse der KPD marschierte. Das Reichsbanner selbst hat in Straßburg das Festliche gezeigert. Der sozialdemokratischen „Vorposten“ ist bereitwilligweise vor lauter Schreck die Spunde zerplatzt. Eine ganz Anzahl neue Mitglieder wurde in die Partei, die Jugend und die Antifa aufgenommen.

Kleine Meldungen

Drei Kattjächte in Viernburg bei Harzburg sind erloschen. 400 Arbeiter werden durch diese Katastrophe, die durch das Eindringen von Waage in die untere Sohle erfolgte, arbeitslos. Erdbeben gefährdeten den Eisenbahndamm und einen Teil des Ortes Viernburg.

Die Rantingregierung hat im Kampfe gegen die Nordtruppen zwei Orte erobert mit einem Reichenerwerb von 7000. Fiskalminister ist durch die Kämpfe aufgehoben und nicht in der Lage, nach Norden zu fahren, wo er beabsichtigte, die Aktion gegen die Nordtruppen zu leiten.

Macdonald ist empört, daß einer seiner Ministerkollegen der konservativen Presse den Geheimbeschluß über die vorzunehmende Verhaftung Gandhi verriet. Ein Vertreter empört sich über seinen Kollegen.

Gegen die jüdischen Bombenattentäter ist die Antifa-Aktion fortgesetzt. Es ist ganz klar, daß diese Verbrechen nicht viel zu fürchten haben.

In Polen steht wieder eine Umbildung der Regierung bevor. Pilsudskis Anhänger werden immer schärfer angegriffen der anwachsenden revolutionären Aktion der polnischen Arbeiter und Bauern.

KPD-Vorstoß gegen Erwerbslosenausbeutung

Dresden, den 10. Mai.

Die kommunistische Stadtdirektionsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der den Rat ersucht, die geplante Wohlstandsarbeit (Hilfsarbeit für Wohlhabender Erwerbslose) nicht durchzuführen. Der Antrag kommt der Dresdner Rathausreaktion sehr unlegen. Die Erwerbslosen müssen durch Beibehaltung der Stadtdirektionsfraktion diesen Antrag unterstützen und ihm dadurch zur Annahme verhelfen.

Reichswehroffiziere unter sich

Festmahl mit Bombenattentätern

Am engen Freundschafts, darunter der Kommandant des Landhundes der Bombenleger Weiske, gab nach Freimeldungen der Kommandant des Wehrkreiskommandos II ein Festessen in Nudde (Wolfsheim). Das Fest war mit einem lachend-bekleideten Bildnis des Holschänders in Dornen geschmückt. Herr General Groener glaubt der Öffentlichkeit einreden zu können, die Bombenattentäter hätten keine Beziehungen zur Reichswehr.

Dieses Festmahl können Reaktionen sich nur bereiten lassen, weil die SPD ihnen den Weg bahnte. Sie begrüßte Groener damals als den „ehrlichen“ Republikaner und bewilligt der Reichswehr und ihrem Offizierskorps seit Jahr und Tag alle Mittel. Die Wehrzeit der SPD ist möglich und demagogisch. Das müssen die Arbeiter erkennen. So lange die Arbeiter freien, müssen die Massen hungern. Deshalb ruf die kommunistische Partei alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf: Kämpfe mit uns gegen Hunger und Diktatur des Finanzkapitals!

Kühn im Dienst des Papstes

Gestern wurde in der Buchhandlung Dresden, Viktoriastraße 21, die Broschüre des Genossen Kuchzin gegen den antibolschewistischen Feldzug des Papstes von Kühn's Beamtent besichtigt.

Der „linke“ Heißer in Leipzig erwieh Plus XI, und dem deutschen Frankkapital denselben Liebesdienst.

Eine neue Antwort an die Lügner

Es erscheint gegenwärtig eine Broschüre des Internationalen Arbeiterverbandes: „Die Wahrheit über die Religionsverfolgungen in der Sowjetunion.“ Diese Broschüre ist eine glänzende Antwort an die antibolschewistische Lügenbande. Setzt sie ihre weitläufige Verbreitung!

Erhebe die Faust!

Mutter, warum muß ich Zeitung tragen?
Mutter, warum muß der Vater sich plagen,
Und warum bist du immer so blaß?
Erklär mir doch, woran liegt denn das?

Mutter warum darf ich niemals spielen,
Wenn sich andere Kinder im Grasse spielen?
Mutter, warum muß ich in Fetzen geh'n
Und darf das Schöne nur durch's Schaufenster seh'n?

Mutter, weshalb muß ich Hunger leiden,
Wenn reiche Kinder auf Ponny reiten
Ueber Wiesen, durch Wälder voll Sonnenschein?
Sag mir doch, Mutter, wird das immer so sein?

„Ja, Kind, solange der Geldsack regiert
Und der Pfaffe uns heuchlerisch Demut diktiert
Wenn wir nicht die Faulen und Satten vertreiben,
Dann wird es noch lange — für immer so bleiben.“
Komm, Mutter — nimm doch die Hand vom Gesicht,
Und schau mich doch an, oder glaubst du es nicht?
Ich verspreche dir: Wenn ich älter werde,
Dann erhebe ich die Faust und befreie
die Erde!

Dresdens Arbeiter demonstrieren gegen den „Note-Loge“-Skandal

Wie wir gestern aus vertraulicher Quelle zu wissen imstande waren, lassen die Verhandlungen gegen die Mitglieder der „Note-Loge“ dadurch unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit geliebt werden, indem Teilnehmern ausgesprochen werden sollen. Man soll nach unserem Scherz öffentliches Interesse an mangelhafter Stelle nun aber erwägen, diese Maßnahme nicht durchzuführen. Die Zeitung der Antifaschistischen Arbeitermacht freilich jedenfalls mit, daß sie ihre Mitglieder und die gesamte Arbeiterklasse auffordert, zur Hebung des öffentlichen Bewusstseins gegen den Skandal, daß der Prozeß überhaupt aufgezogen wird, zu protestieren.

SPD für Musikinstrumentensteuer!

Die Arbeiterstimme hat kürzlich an einer Meldung, betreffend die Musikinstrumentensteuer, die Bemerkung geteilt, wann der Arbeiter-Radio-Bund eine ernsthafte Protestbewegung gegen die Einführung der Musikinstrumentensteuer organisiert. Es wird die Arbeiterstimme interessiert, daß dieser Kampf deswegen getrieben wird, weil die SPD für die Musikinstrumentensteuer ist. Der Stadtratsmitglied Julius Krüger (SPD) hat in einer Rede vor dem Stadtrat die Einführung der Musikinstrumentensteuer mit Mitgliedern des Arbeiter-Radio-Bundes Dresden (Johann Z. Borchert) erörtert, daß die SPD bereits im Rat für die von ihrem Parteigenossen Dr. Borchert vorgeschlagene Steuer getimmt habe.

Antwort, d. Redaktion: Diese Meldung des Genossen vom Arbeiter-Radio-Bund ist bezeichnend für den reaktionären Kurs der SPD-Fraktion, die sturpelt nicht nur bereit ist, die Musikinstrumentensteuer zu bewilligen, sondern die auch im Rat für die Erhöhung der Hundsteuer und die Einführung der Vermögenssteuer getimmt hat. SPD-Arbeiter, macht zu diesen Kurstimmen?

Dresdner Klassenrichter übt Gerechtigkeit

In der deutschen Republik von „Gerechtigkeit“ sprechen zu wollen, ist ein etwas risikantes Unternehmen. Vor allem dann, wenn man Tatsachen sieht und tagtäglich erfahren muß. Diese beliebte Art „Justiz“ kommt nicht allein in politischen Angelegenheiten zur Anwendung. In solchen Fällen, d. h. wenn es gegen Proletariat geht, braucht man keine weiteren Worte zu verlieren.

Die Bourgeoisie diktiert nicht nur das „Urteil“ in Kommunistenprozessen, sondern sie kennt sich auch sonst recht gut im Paragrafengehege aus.

Der Sachverhalt ist sehr klar. Ein Bäckermeister in Dresden hat ein Geschäft mit Wohnung gepachtet. Er hat lange kämpfen, sich lange durchbeißen müssen. Das von der Industrie endgültig verdrängte Kleinhandwerk wehrt sich vergeblich gegen seinen Untergang. Die Konkurrenz ist außerdem noch der andere Faktor, um den sich alles dreht. Aber wenn man sich zwanzig Jahre lang höher zu arbeiten verweigert und zuletzt doch noch eine kleine Bäckerei einrichten konnte, glaubt man, einigemmaßen glücklich zu sein. Denn es gibt eine Reichsverfassung, die das Kleinbürgertum „schützt“.

Nun, wir leben in einer „demokratischen“ Republik. Der Herr Hausbesitzer nämlich möchte den mühseligen Bäcker zu dem von dem Vater bewahren. Warum auch nicht? Justiz hat er gerade einen Schmeißer, der sich gleichfalls als Bäcker selbständig machen will. Eine herrliche Gelegenheit für eine Nachprobe.

Und der wohlgeleitete Herr Wirt beginnt seine „Arbeit“. Möglichkeiten dafür zu finden, ist in kein großes Kunststück. Wo zu sind denn sonst Beträge und Paragrafen da? Also „entdeckt“ der Hauswirt, daß er mit Hilfe einiger mehr oder minder durchsichtiger Ruffe seinen künftigen Wächter auf die beste Art und Weise der Welt an die frische Luft leiten kann. Was auch prompt in die Tat umgesetzt wird. Natürlich ganz „ehrbär“, auf dem Wege, der so bequem für die Beherrschenden ist: Ueber die Justiz.

Gewiß, das Gericht hat volles Verständnis für solche peinlichen Dinge. Und siehe — alles, alles findet sich. Die Klassenjustiz „entscheidet“. Der unermüdete Wächter liegt auf die Straße — der impotente Herr Hausbesitzer hat völlig freie Hand. Und die „Gerechtigkeit“ triumphiert.

Denn wir leben, wie gesagt, in einer „demokratischen“ Republik. . . .

So leben wir, so leben wir . . .

Die Volkszeitung berichtet, wie die gesamte übrige bürgerliche Presse, von einem „rührenden“ Vorfall. Und sie wünscht, daß man hieraus den Schluß zu ziehen habe: Die staatlichen Institutionen sind ja so o o verständnisvoll für alles Mögliche und Unmögliche, d. h. nur nicht für ihre „Volksgenossen“, die leider ganz profanischen Hunger haben und nicht die Möglichkeit finden, von der Gnade der Bourgeoisie zu leben. . . . Also schreibt die Volkszeitung:

„Das Weisheits im Briefkasten. Vor einigen Tagen entdeckte ein Einwohner von Buchholz-Reidewald in einem Postbriefkasten ein Weisheits mit zehn Eiern. Er verständigte die Postverwaltung, die an dem Briefkasten einen Zettel anbringen ließ, wonach der Briefkasten nicht benutzt werden soll. Auch die Briefträger sind verständigt worden, so daß die Vögel selbst an dieser ungewöhnlichen Stelle angehört werden können.“

Nun, daran wäre ja nichts weiter auszusetzen. Man sieht eben, daß für „Gefühle“ auch bei den Beamten der deutschen Republik Platz vorhanden ist. Bloß an etwas muß man unwillkürlich denken: Was würden wohl die „sozialen“ Behörden tun, wenn sich ein paar ernährte Erwerbslose auf eigene Faust in den Amtszimmern und Volkshäusern „ihres“ Staates einquartieren wollten, weil sie noch nicht einmal das Schicksal zu kennen haben? . . .

Aber diese Frage ist natürlich etwas „ganz anderes“. Hieron schweigt des Sängers Hölzchen. Ja — so leben wir. . .

Zu dem Elend noch Hohn!

Ein Wort an die wertvollen Frauen zum Muttertagsschwindel der Bourgeoisie (Von einer wertvollen Frau)

Die Bourgeoisie und ihre sozialfaschistischen Knechte glauben durch ein Blumenkränzchen und einige schwächliche Nebensätze die wertvollen Mütter in der Stadt und im Dorf über das fürchterliche Elend der Mütter hinwegzutrollen zu können.

1 Million Abtreibungen in Deutschland!
40 000 Frauen haben im Wochenbett!
Die Hälfte des häuslichen Muttertodes gefährdet!

Das kennzeichnet, wie im Weltkrieg die herrschende Klasse die Mütter einhängt, die proletarische Mutter, die Mutter der Not, die unter ihrer unerschütterlichen Lasten begraben werden müssen. Diesen Muttertag unterziehen bedeutet den Rettung der Mutter und ihrer Vorfahren unterstützen. Das Gewissen muß getan werden. Aufklärung der Frauenmassen: ihnen klar machen, daß sie mitkämpfen müssen in der Klassenfront des revolutionären Proletariats, das in das Gebot der Stunde.

Die Zoll- und Steuerpolitik treibt die Preise in die Höhe und Millionen Mütter sind nicht in der Lage, ihren Kindern das Nötigste zu geben. Millionen Frauen können für Hungerplagen in den Betrieben und die Mütter stehen bis zur letzten Stunde vor ihrer Niederkunft an der Maschine — und dennoch werden sie nach der Niederkunft einfach entlassen, weil sie durch die Maschine und Schamlosigkeit vollkommen entwertet, nichtig und nutzlos sind, bald den Arbeitsplatz wieder zu besetzen. Trotz-

„Zu Mutters Tag als süße Labe — von Riquet eine Liebesgabe . . .“

Der kommende Sonntag erhält seinen irdischen Reiz durch das, daß er zum Muttertag 1930 bestimmt ist. Der Bürger hat also die Verpflichtung, an diesem Tag seinen Gefühlen für die Mutter Ausdruck zu geben. Nach Inhalt der Blumenkränzeinhaber und der Dresdner Volkszeitung ist man das am zweckmäßigsten und billigsten durch Ankauf und Hebertragung eines Blumenkränzchens, während die Pfote in den Fotografien zu sehen: „Zu Mutters Tag als süße Labe — von Riquet eine Liebesgabe.“ Was ist das Jahr über an Dankbarkeitsgefühlen für die Mutter angeweckt hat, entläßt sich also am 11. Mai in Form einer Briefpostsendung. Welches Wunder könnte hier noch trocken bleiben?

Ueber der Forderung des Konstituenten- und Blumenkränzes durch den Muttertag wollen wir aber die irdische Bedeutung nicht vergessen, die dieser Einrichtung zukommt. Der Vater auf der Straße, der Schmelz in der Art, der Lehrer in der Schule — sie alle verdienen in tausend Variationen: der Mutter und mit dem Kind, aber nicht nur den Dank, den jeder Mensch seiner Mutter schuldet, weil sie für ihn geliebt und gearbeitet hat, sondern wir sind ihr vor allem dankbar, weil sie die Stütze des Familienlebens, das Fundament des Staates und damit der Welt aller von Gott und Freigeistern gesollten Ordnung ist. Wo bliebe die Jungfräulein des deutschen Familienlebens, wenn wir die Mutter nicht hätten? Wer maßlos bereinigt gegen Ruhm, wenn die Mutter nicht die Besten liebt? Und wie könnte es um die Labe, wenn das Erwerbslose durch häusliche Geburtenhilfe allzu sehr gemindert würde.

Infolgedessen nimmt der bürgerliche Staat sich lieblos der Mutter an. Am liebsten bereit, die es gar nicht werden möchte. Eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleib oder durch Abtreibung tötet oder die Lösung durch einen anderen zuläßt, wird mit Feindschaft bestraft. Es ist in § 218 des deutschen Strafgesetzbuches. Aber auch für die Mütter, die dem Geburtenüberdauern dienen, ist gelagert. Sie genießen das „Arbeiterinnenkennzeichen“ vom 1. August 1927. Es ist zwar nicht unumkehrbar, doch über dieses Schicksal bereits der Embryo im Mutterleib liegt — immerhin, es besteht, und meistens auf dem Gebiet der Frau, was der Artikel 119 der Reichsverfassung verlangt. Die Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates. Wie bitte? Sie lächeln? Sie sind skeptisch? Dann tun Sie gut, Ihre Schritte nicht laut werden zu lassen. Denn die Äußerung gegenteiliger Meinungen ist höchlich verboten.

Woh, es läßt sich nicht leugnen: der Staat sorgt für die Mutter — auf seine Art. Für die Kinder dieser Mutter sorgt er freilich nicht immer mit der gleichen Liebe. Da zunächst und in erster Linie die deutschen Jüdchen künstlich abgefunden werden müssen, da man den norddeutschen Großgrundbesitzern bei- springen und — nach dem „Wormser“ — nicht zuletzt die Kapitalneubildung fördern muß, kann man keine Wohnhäuser bauen, und die Säuglinge dürfen weiter in feuchten Stuben liegen. Da auf den Panzerkreuzer A der Panzerkreuzer B folgen mußte und so sich ein Panzerkreuzer wichtiger ist als eine großzügige Kinderheilstätte, läßt sich gegen die Unterernährung der Schulkinder nicht viel machen. Da die Kirche jährlich mit Millionenbetragen unterstützt werden muß, fehlt die finanzielle Grundlage zur wirksamen Beschäftigung der Kinderarbeit. Es gibt darum Frauen, die unter solchen und anderen Umständen darauf verzichten, das Kind, das sie sich überdies vielleicht nie gewünscht haben, auszutragen. So diesen Müttern erteilt der Staat einen Ordnungsmaß in Form einer längeren Gefängnisstrafe — zumal dann, wenn die betreffenden den arbeitenden und infolge dessen weniger bemittelten Schichten des Volkes angehören. Man weiß die Mütter zur Käse zu bringen. Es gibt aber auch, sie bei Laune zu erhalten. Eben hierfür ist der Muttertag da. Bei den Wiener Julitruhen von 1928 kamen zwar auch hochschwangeren Frauen durch die Kunst der Sozialisten des damaligen Vizepräsidenten Schöber ums Leben und die Truppen seines Berliner Kollegen machten in den Matragen vorigen Jahres zwischen Müttern und Nichtmüttern auch keinen Unterschied. Doch das sind nur unbedeutende Schönheitsfehler, nur Entgleisungen und Mißgriffe, denen überdies in strengster und garantiert ergebnisloser Unternehmung nachgegangen worden ist. Durch sie wollen wir uns die Freude am Muttertag 1930 nicht vergällen lassen. . . . W. R.

„Ein oberflächliches, tendenziöses Nachwort“

Es bezeichnet die Dresdner Volkszeitung in ihrer geliebten Ausgabe den Artikel des Genossen Gabel, in dem dieser zu den ungeheuerlichen Abstrichen im Haushaltsplan der Stadt Dresden für das Jahr 1930 Stellung nahm. Die Volkszeitung hat die Stirn, zu behaupten, die Kritik des Genossen Gabel sei

„lediglich dazu bestimmt, unfundigen Leuten ein solches Bild über den Haushaltsplan der Stadt Dresden zu machen und ihnen vorzuschwindeln, daß dieser Haushaltsplan eine arbeiterfeindliche Richtung habe. In Wirklichkeit wahre der Haushaltsplan trotz der finanziell bedrückten Lage der Stadt die sozialen Errungenschaften und weite sie in einzelnen Beziehungen aus. . .“

Wir werden in unserer Montagausgabe ausführlich nachweisen, wie reaktionär der Haushaltsplan des Sozialdemokraten Wähler ist und wie sich die Partei, die „Opposition“ im Landtag nimmt, im Dresdner Rathaus als die beste Handlangerin der Interessen des Kapitalismus erweist.

Staatlicher Mutterschutz

heißt es in der Verfassung, aber die schlechten Schwangerschutzbestimmungen werden weiter abgebaut. Die Reichsmittel von 29 auf 15 Millionen Mark herabgesetzt.

Der Freistaat Sachsen

verringert den Staatszuschuß für die Wöchnerinnenhilfe um die Hälfte und schlägt damit selbst der Verfassung ins Gesicht!

Arbeiterfrauen und -mädchen!

Kämpft gegen diese Abbaumaßnahmen durch Massenaufmarsch. Am 17. Mai heraus zum Protest gegen die Hygieneausstellung und zum Kampf gegen die soziale Reaktion auf die Straße!

„Zu Mutters Tag als süße Labe — von Riquet eine Liebesgabe . . .“

Der kommende Sonntag erhält seinen irdischen Reiz durch das, daß er zum Muttertag 1930 bestimmt ist. Der Bürger hat also die Verpflichtung, an diesem Tag seinen Gefühlen für die Mutter Ausdruck zu geben. Nach Inhalt der Blumenkränzeinhaber und der Dresdner Volkszeitung ist man das am zweckmäßigsten und billigsten durch Ankauf und Hebertragung eines Blumenkränzchens, während die Pfote in den Fotografien zu sehen: „Zu Mutters Tag als süße Labe — von Riquet eine Liebesgabe.“ Was ist das Jahr über an Dankbarkeitsgefühlen für die Mutter angeweckt hat, entläßt sich also am 11. Mai in Form einer Briefpostsendung. Welches Wunder könnte hier noch trocken bleiben?

Ueber der Forderung des Konstituenten- und Blumenkränzes durch den Muttertag wollen wir aber die irdische Bedeutung nicht vergessen, die dieser Einrichtung zukommt. Der Vater auf der Straße, der Schmelz in der Art, der Lehrer in der Schule — sie alle verdienen in tausend Variationen: der Mutter und mit dem Kind, aber nicht nur den Dank, den jeder Mensch seiner Mutter schuldet, weil sie für ihn geliebt und gearbeitet hat, sondern wir sind ihr vor allem dankbar, weil sie die Stütze des Familienlebens, das Fundament des Staates und damit der Welt aller von Gott und Freigeistern gesollten Ordnung ist. Wo bliebe die Jungfräulein des deutschen Familienlebens, wenn wir die Mutter nicht hätten? Wer maßlos bereinigt gegen Ruhm, wenn die Mutter nicht die Besten liebt? Und wie könnte es um die Labe, wenn das Erwerbslose durch häusliche Geburtenhilfe allzu sehr gemindert würde.

Infolgedessen nimmt der bürgerliche Staat sich lieblos der Mutter an. Am liebsten bereit, die es gar nicht werden möchte. Eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleib oder durch Abtreibung tötet oder die Lösung durch einen anderen zuläßt, wird mit Feindschaft bestraft. Es ist in § 218 des deutschen Strafgesetzbuches. Aber auch für die Mütter, die dem Geburtenüberdauern dienen, ist gelagert. Sie genießen das „Arbeiterinnenkennzeichen“ vom 1. August 1927. Es ist zwar nicht unumkehrbar, doch über dieses Schicksal bereits der Embryo im Mutterleib liegt — immerhin, es besteht, und meistens auf dem Gebiet der Frau, was der Artikel 119 der Reichsverfassung verlangt. Die Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates. Wie bitte? Sie lächeln? Sie sind skeptisch? Dann tun Sie gut, Ihre Schritte nicht laut werden zu lassen. Denn die Äußerung gegenteiliger Meinungen ist höchlich verboten.

Woh, es läßt sich nicht leugnen: der Staat sorgt für die Mutter — auf seine Art. Für die Kinder dieser Mutter sorgt er freilich nicht immer mit der gleichen Liebe. Da zunächst und in erster Linie die deutschen Jüdchen künstlich abgefunden werden müssen, da man den norddeutschen Großgrundbesitzern bei- springen und — nach dem „Wormser“ — nicht zuletzt die Kapitalneubildung fördern muß, kann man keine Wohnhäuser bauen, und die Säuglinge dürfen weiter in feuchten Stuben liegen. Da auf den Panzerkreuzer A der Panzerkreuzer B folgen mußte und so sich ein Panzerkreuzer wichtiger ist als eine großzügige Kinderheilstätte, läßt sich gegen die Unterernährung der Schulkinder nicht viel machen. Da die Kirche jährlich mit Millionenbetragen unterstützt werden muß, fehlt die finanzielle Grundlage zur wirksamen Beschäftigung der Kinderarbeit. Es gibt darum Frauen, die unter solchen und anderen Umständen darauf verzichten, das Kind, das sie sich überdies vielleicht nie gewünscht haben, auszutragen. So diesen Müttern erteilt der Staat einen Ordnungsmaß in Form einer längeren Gefängnisstrafe — zumal dann, wenn die betreffenden den arbeitenden und infolge dessen weniger bemittelten Schichten des Volkes angehören. Man weiß die Mütter zur Käse zu bringen. Es gibt aber auch, sie bei Laune zu erhalten. Eben hierfür ist der Muttertag da. Bei den Wiener Julitruhen von 1928 kamen zwar auch hochschwangeren Frauen durch die Kunst der Sozialisten des damaligen Vizepräsidenten Schöber ums Leben und die Truppen seines Berliner Kollegen machten in den Matragen vorigen Jahres zwischen Müttern und Nichtmüttern auch keinen Unterschied. Doch das sind nur unbedeutende Schönheitsfehler, nur Entgleisungen und Mißgriffe, denen überdies in strengster und garantiert ergebnisloser Unternehmung nachgegangen worden ist. Durch sie wollen wir uns die Freude am Muttertag 1930 nicht vergällen lassen. . . . W. R.

„Zu Mutters Tag als süße Labe — von Riquet eine Liebesgabe . . .“

Der kommende Sonntag erhält seinen irdischen Reiz durch das, daß er zum Muttertag 1930 bestimmt ist. Der Bürger hat also die Verpflichtung, an diesem Tag seinen Gefühlen für die Mutter Ausdruck zu geben. Nach Inhalt der Blumenkränzeinhaber und der Dresdner Volkszeitung ist man das am zweckmäßigsten und billigsten durch Ankauf und Hebertragung eines Blumenkränzchens, während die Pfote in den Fotografien zu sehen: „Zu Mutters Tag als süße Labe — von Riquet eine Liebesgabe.“ Was ist das Jahr über an Dankbarkeitsgefühlen für die Mutter angeweckt hat, entläßt sich also am 11. Mai in Form einer Briefpostsendung. Welches Wunder könnte hier noch trocken bleiben?

Ueber der Forderung des Konstituenten- und Blumenkränzes durch den Muttertag wollen wir aber die irdische Bedeutung nicht vergessen, die dieser Einrichtung zukommt. Der Vater auf der Straße, der Schmelz in der Art, der Lehrer in der Schule — sie alle verdienen in tausend Variationen: der Mutter und mit dem Kind, aber nicht nur den Dank, den jeder Mensch seiner Mutter schuldet, weil sie für ihn geliebt und gearbeitet hat, sondern wir sind ihr vor allem dankbar, weil sie die Stütze des Familienlebens, das Fundament des Staates und damit der Welt aller von Gott und Freigeistern gesollten Ordnung ist. Wo bliebe die Jungfräulein des deutschen Familienlebens, wenn wir die Mutter nicht hätten? Wer maßlos bereinigt gegen Ruhm, wenn die Mutter nicht die Besten liebt? Und wie könnte es um die Labe, wenn das Erwerbslose durch häusliche Geburtenhilfe allzu sehr gemindert würde.

Infolgedessen nimmt der bürgerliche Staat sich lieblos der Mutter an. Am liebsten bereit, die es gar nicht werden möchte. Eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleib oder durch Abtreibung tötet oder die Lösung durch einen anderen zuläßt, wird mit Feindschaft bestraft. Es ist in § 218 des deutschen Strafgesetzbuches. Aber auch für die Mütter, die dem Geburtenüberdauern dienen, ist gelagert. Sie genießen das „Arbeiterinnenkennzeichen“ vom 1. August 1927. Es ist zwar nicht unumkehrbar, doch über dieses Schicksal bereits der Embryo im Mutterleib liegt — immerhin, es besteht, und meistens auf dem Gebiet der Frau, was der Artikel 119 der Reichsverfassung verlangt. Die Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates. Wie bitte? Sie lächeln? Sie sind skeptisch? Dann tun Sie gut, Ihre Schritte nicht laut werden zu lassen. Denn die Äußerung gegenteiliger Meinungen ist höchlich verboten.

Woh, es läßt sich nicht leugnen: der Staat sorgt für die Mutter — auf seine Art. Für die Kinder dieser Mutter sorgt er freilich nicht immer mit der gleichen Liebe. Da zunächst und in erster Linie die deutschen Jüdchen künstlich abgefunden werden müssen, da man den norddeutschen Großgrundbesitzern bei- springen und — nach dem „Wormser“ — nicht zuletzt die Kapitalneubildung fördern muß, kann man keine Wohnhäuser bauen, und die Säuglinge dürfen weiter in feuchten Stuben liegen. Da auf den Panzerkreuzer A der Panzerkreuzer B folgen mußte und so sich ein Panzerkreuzer wichtiger ist als eine großzügige Kinderheilstätte, läßt sich gegen die Unterernährung der Schulkinder nicht viel machen. Da die Kirche jährlich mit Millionenbetragen unterstützt werden muß, fehlt die finanzielle Grundlage zur wirksamen Beschäftigung der Kinderarbeit. Es gibt darum Frauen, die unter solchen und anderen Umständen darauf verzichten, das Kind, das sie sich überdies vielleicht nie gewünscht haben, auszutragen. So diesen Müttern erteilt der Staat einen Ordnungsmaß in Form einer längeren Gefängnisstrafe — zumal dann, wenn die betreffenden den arbeitenden und infolge dessen weniger bemittelten Schichten des Volkes angehören. Man weiß die Mütter zur Käse zu bringen. Es gibt aber auch, sie bei Laune zu erhalten. Eben hierfür ist der Muttertag da. Bei den Wiener Julitruhen von 1928 kamen zwar auch hochschwangeren Frauen durch die Kunst der Sozialisten des damaligen Vizepräsidenten Schöber ums Leben und die Truppen seines Berliner Kollegen machten in den Matragen vorigen Jahres zwischen Müttern und Nichtmüttern auch keinen Unterschied. Doch das sind nur unbedeutende Schönheitsfehler, nur Entgleisungen und Mißgriffe, denen überdies in strengster und garantiert ergebnisloser Unternehmung nachgegangen worden ist. Durch sie wollen wir uns die Freude am Muttertag 1930 nicht vergällen lassen. . . . W. R.

„Ein oberflächliches, tendenziöses Nachwort“

Es bezeichnet die Dresdner Volkszeitung in ihrer geliebten Ausgabe den Artikel des Genossen Gabel, in dem dieser zu den ungeheuerlichen Abstrichen im Haushaltsplan der Stadt Dresden für das Jahr 1930 Stellung nahm. Die Volkszeitung hat die Stirn, zu behaupten, die Kritik des Genossen Gabel sei

„lediglich dazu bestimmt, unfundigen Leuten ein solches Bild über den Haushaltsplan der Stadt Dresden zu machen und ihnen vorzuschwindeln, daß dieser Haushaltsplan eine arbeiterfeindliche Richtung habe. In Wirklichkeit wahre der Haushaltsplan trotz der finanziell bedrückten Lage der Stadt die sozialen Errungenschaften und weite sie in einzelnen Beziehungen aus. . .“

Wir werden in unserer Montagausgabe ausführlich nachweisen, wie reaktionär der Haushaltsplan des Sozialdemokraten Wähler ist und wie sich die Partei, die „Opposition“ im Landtag nimmt, im Dresdner Rathaus als die beste Handlangerin der Interessen des Kapitalismus erweist.

Staatlicher Mutterschutz

heißt es in der Verfassung, aber die schlechten Schwangerschutzbestimmungen werden weiter abgebaut. Die Reichsmittel von 29 auf 15 Millionen Mark herabgesetzt.

Der Freistaat Sachsen

verringert den Staatszuschuß für die Wöchnerinnenhilfe um die Hälfte und schlägt damit selbst der Verfassung ins Gesicht!

Arbeiterfrauen und -mädchen!

Kämpft gegen diese Abbaumaßnahmen durch Massenaufmarsch. Am 17. Mai heraus zum Protest gegen die Hygieneausstellung und zum Kampf gegen die soziale Reaktion auf die Straße!

Eisenbahner, zerreißt die Youngfetten!

Das Wahlflugblatt des Einheitsverbandes bekämpft den Verrat der Reformisten — Infame Heße gegen revolutionäre Eisenbahner — Gebt die Antwort durch die Wahl roter Betriebsräte!

Die Bezirksleitung des Einheitsverbandes Sachsens hat am Donnerstag ihr Wahlflugblatt zur Reichsbahnbetriebsrätewahl zur Verteilung gebracht. Mit denselben Lügen und Verleumdungen, mit denen man in dem „Verhematerial“ des Verbandes vorantreibt, kämpft man auch in dem Wahlflugblatt. Da man nichts über seine eigene geleistete Arbeit sagen kann, muß man zu dem Mittel der Verleumdung greifen. Eins zeigt das Wahlflugblatt der Bezirksleitung des EoE, daß man den diesjährigen Betriebsratswahlkampf in halber Einnahme mit den Christen und Reformisten gegen die revolutionäre Opposition führt. Ganze sechs Seiten mißet man diesen Eisenbahnerorganisationen und mit diesen es für notwendig, diese 6 Seiten hier zu wiederholen:

„EoE und UeV werden auch bei dieser Wahl für ihre wirtschaftsfriedlichen Schmalenblätter zurück! Sie bejagen die Geschäfte der Arbeitgeber und halten den Arbeiter durch unehrlichen Scheinradikalismus von einer tatsächlichen Wahrnehmung seiner Geschäfte zurück.“

Kein Wort vom Kampf gegen den EoE und den UeV, sondern man mißt diesen nur unehrlichen Scheinradikalismus vor, den man selbst in Anwendung bringt.

Ja nicht der EoE die wirtschaftsfriedlichste Organisation, die es überhaupt gibt?

Hat nicht der Vorstand des EoE bei jeder Gelegenheit betont, daß man keinen Kampf führen dürfe, sondern den Wirtschaftsfrieden wahren müsse?

Sahen die Elemente in der Führung des EoE nicht, daß sie in dem Mitteilungsblatt des Vorstandes, Nr. 24 und 25 vom Juli 1922, folgenden schrieben:

„Wir leben in einem vollkommen veränderten Staat. Die Verfassung des Reiches macht die Arbeiterschaft zu Mitregierenden und Mitverantwortlichen des Staats- und Wirtschaftslebens.“

Diese Worte sind die stärkste Betonung des Wirtschaftsfriedens.

Hat sich der Vorstand des EoE gewandt gegen die Worte von Koppel, die dieser in der Gewerkschaftszeitung des UeV im Mitte Februar 1929 schrieb, und die lauten:

„Die staatspolitische, von hoher Verantwortung getragene Einstellung, die insbesondere die Gewerkschaftsorgane des UeV in Breslau 1925 und in Hamburg 1928 bezeugt haben, ist die Garantie dafür, daß nicht die Gewerkschaften es sein werden, die die Autorität des Staates untergraben.“

Nein! Mit diesen Worten erklärte sich die EoE-Bürokratie vollständig einverstanden. Die Verratspolitik der Sozialdemokratie muß selbst in den eigenen Organen der SPD offen eingestanden werden. So heißt es in dem von den „linken“ SPD-Leuten herausgegebenen Kollisionskampf Nr. 9 vom 1. Mai 1929 in einem Artikel „Kollisionskampf der Koalitionspolitik“:

„Anfang März 1929 war es der Finanzminister der SPD (Hilferding), der mit Rücksicht auf eventuelle Vorkämpferungen

der Profeten der Industrie, die vermieden werden müßten, im Interesse der Reparationsverhandlungen und der Konjunktur, eine allgemeine Erhöhung der Löhne der Reichspostarbeiter für unzulässig erklärte.“

Drei Viertel Seiten des zweifelhafte Wahlflugblattes werden dem Kampf der revolutionären Eisenbahneropposition gewidmet. Besonders hat es den Bürokraten des EoE die Arbeiterstimme angetan. Sie schreiben:

„Ein Beispiel der frivolen Verlogenheit. Die Dresdner Arbeiterstimme schrieb am 8. April 1930: Es besteht kein Zweifel, daß die reformistische Verbandsbürokratie der Eisenbahner, daß der geschäftsführende Ausschuss des Hauptbetriebs- und Betriebsbetriebsrates für längere Zeit von der gesamten Mitgliedschaft der Dresdner Betriebsräte unterrichtet wurde. Mit der Scheinabnahme dieser Stillenahmensmaßnahmen reißten sie der Kette ihres Betrages ein neues Glied an.“

Nach der Veröffentlichung dieses Zitates hielten die Reformisten fest, daß dem Verband selbst und den Betriebsräten nichts von der Absicht der Schlichtung bekannt war. Erst, als die Absicht der Vermittlung bekannt geworden sei, hätten Betriebsräte und Verband Verhandlungen gefolgt mit dem Erfolg, daß die Schlichtung rückgängig gemacht worden sei.

Auf welcher Seite herrscht nun frivole Verlogenheit?

Trotzdem ist, daß die Schlichtung der Verhältnisse einschließlich des UeV Dresden-Friedrichstadt in der Sitzung des Verwaltungsrates der Reichsbahn vom Anfang März beschlossen wurde und daß an dieser Verhandlung der 2. Vorsitzende des Einheitsverbandes, das Mitglied im Verwaltungsrat der Reichsbahn-AG, Hermann, teilgenommen hat. Am 1. April beantragten bereits die Verhandlungen der Tarifgemeinschaften mit der Hauptverwaltung über die Schlichtung der Verhältnisse, am 3. 4. erklärten aber die Mitglieder der Dresdner Betriebsverwaltung und Ortsverwaltung noch, daß ihnen von der Schlichtung nichts bekannt sei.

In der Sitzung des Hauptbetriebsrates vom 13. und 14. 2. beantragte der Vertreter der revolutionären Eisenbahneropposition, sofort Maßnahmen gegen die Maßregelnentlassungen und die Schlichtung von Verhältnissen zu ergreifen.

Die Betriebsräte des EoE, der OeE und des UeV stimmten geschlossen den Antrag nieder.

In der Sitzung des Sächsischen Landtages vom 8. April stimmten Sozialdemokraten und Kugelische geschlossen den Antrag der kommunistischen Fraktion nieder, der die Rückgängigmachung aller Entlassungen und die Aufhebung aller Stilllegungsmassnahmen von Reichsbahnbetrieben forderte.

Ganz klar ist also demnach, daß die frivole Verlogenheit nicht auf Seiten der Arbeiterstimme, sondern der reformistischen Bürokratie des EoE liegt.

Durch die Anführung eines Zitates aus der deutschnationalen Deutschen Allgemeinen Zeitung glaubt die Bezirksleitung

Der 10., 11. und 12. Mai...

Genossen Zellen- und Ortsgruppenleiter!

Hast du schon beim Unterbezirkskomitee der RGO Flugblätter und Stimmzettel für die Reichsbahnbetriebsrätewahl abgeholt?

Hast du schon einige Eisenbahnerstellen festgelegt, die du mit deiner Zelle zur Wahl bereitest?

Hast du dich schon mit den Eisenbahner dieser Dienststellen in Verbindung gesetzt und festgestellt, ob am Sonnabend oder Sonntag die Wahl stattfindet und wann die Arbeitszeit beginnt?

Hast du schon Plakate anfertigen lassen, die die Eisenbahner zur Wahl der Liste „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner“ auffordern?

Hast du schon Genossen bestimmt, die die Wohnkolonien der Eisenbahner und die Krankenhäuser, wo Eisenbahner untergebracht sind, bearbeiten?

Hast du schon Genossen bestimmt, die die Postämter mit Flugblättern und Stimmzetteln belegen und in die Stadtbüchereien ebenfalls Flugblätter und Stimmzettel werfen?

Wenn du diese Aufgaben noch nicht erfüllt hast, gehe sofort ans Werk, denn wir brauchen die Mitarbeit aller Genossen, wenn wir über Dormüller und seine Trabanten siegen wollen.

des EoE, die Kommunisten und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition vor den Arbeitern korumpieren zu können.

Nichtig ist, daß die Kommunisten einen Pfahl im Fleisch der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie darstellten. Aber gerade deshalb, weil sie kämpften gegen die Verratspolitik der SPD, weil sie kämpften gegen die sozialdemokratisch-reformistischen Gewerkschaftsführer, die die treuesten Stützen der kapitalistischen Republik und Wirtschaft sind, deshalb werden sie von der sozialdemokratischen und bürgerlichen Meute aufs Schärfste verfolgt.

Von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten wurde Severings Juchtausgrüß angenommen.

Hat man ein Hochverratsverfahren gegen den Reich Eisenbahner eingeleitet und die Schätze der revolutionären Eisenbahner in der Reichsliste Gotha nach dem Material der revolutionären Eisenbahneropposition vom Polizei durchsuchen lassen, weil die revolutionären Eisenbahner Helfer der Reaktion oder Tölpel der kapitalistischen Gesellschaft sind?

Jeder Eisenbahner vermag darauf selbst die Antwort zu geben.

Welche Furcht die Bourgeoisie vor roten Eisenbahnbetriebsräten hat, zeigt das führende Organ der Ausbeuterklasse, die Deutsche Betriebszeitung, die am 12. 3. 26 schrieb:

„Wir können das Vorkommen einer nationalen Eisenbahnergewerkschaft nur begrüßen; denn die Bahn ist der Lebensnerv einer Wirtschaft. Sie ist das entscheidende Instrument, um einen Generalstreik wirksam bekämpfen zu können. Ein Eindringen der bolschewistischen Propaganda in die Reihen der Eisenbahner ist darum besonders gefährlich.“

Die Unternehmer und ihre Handlanger, die Reformisten, wissen, welche große Gefahr ihnen droht, wenn bei der Reichsbahnbetriebsrätewahl die Eisenbahner rote Betriebsräte wählen. Sie wissen, daß es dann nicht mehr ein leeres Wort bleiben wird, daß die Eisenbahner die Hand an der Gurgel des Staates haben, sondern daß die Eisenbahner dazu übergehen werden, diese Hände zum Druck zu gebrauchen.

Eisenbahner! Ihr müßt erkennen, gleichviel welcher Partei ihr angehört, ob ihr heute noch bei den Christen oder Gelben organisiert oder unorganisiert seid, daß nur revolutionäre Betriebsräte eure Interessen vertreten.

Schließt die Einheitsfront aller Eisenbahner zum Kampf gegen Dormüller-Tyranniel!

Zerreißt die Kette des Youngplanes!

Kämpft gegen den Verrat der reformistischen, christlichen und gelben Gewerkschaftsführer!

Gebt eure Stimme ab für die Liste

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner!

Alle Post- und Telegraphenarbeiter wählen diese Liste

Zentralbetriebsrat

Liste 4

Revolutionäre

Gewerkschaftsopposition!

Stroinski, Hans, Telegraphenarbeiter, Berlin.

Kochel, Georg, Feinmechaniker, Hamburg.

Kobusch, Hilde, Posthelferin, Berlin.

Eisner, Hans, Telegraphenhandwerker, Leipzig.

Djmann, Hermann, Posthelfer, Pommern.

Verantwortlich für Inhalt: Gen. Scheller, W. K.; für den abdruck: Adolf, W. K.; für den abdruck: Adolf, W. K.; für den abdruck: Adolf, W. K.

Korruption! Korruption! Korruption!

Die Ortsverwaltung Dresden des EoE kauft Wahlstimmen!

Die Verklumpung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie kennt keine Grenzen. Es genügt ihnen nicht, daß sie an den Eisenbahner jahrelang, jahrelang Verrat üben, daß sie Streikbrechern Dankschreiben zuwenden und ihnen als Geschenk die aus dem Mitgliedergrößen gezahlten Jahreslöhne mit Widmung übermitteln, sie gehen jetzt dazu über, Stimmen für die Betriebsratswahl zu kaufen. So hat auch die Ortsverwaltung Dresden des EoE Kollegen, die dieses Jahr auf der revolutionären Liste kandidieren, aus Verbandsbüros kommen lassen und ihnen zu versprechen gegeben, daß, wenn sie von den revolutionären Listen zurücktreten, man ihnen in ihrer Notlage behilflich sein könne und bereit sei, ihnen ein Darlehen zu geben. Die reformistischen Kollegen erklärten den Kollegen, daß man zwar auf Grund des Statuts Darlehen an die Mitglieder nicht zahlen dürfe, daß es sich aber hier um Ausnahmefälle handle. Der Zweck dieser Ausnahme ist zu durchsichtig. Er dient auch nur dazu, um die meisten Arbeiter, die solche Unterzählungen annehmen, entweder

für sich zu gewinnen, oder zu korumpieren. Die Eisenbahner müssen sich mit Abscheu von solchen Methoden der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie wenden und diesen korrupten Elementen am 11. und 12. Mai die Antwort geben!

Die Eisenbahner wählen

Ortsbetriebsrat

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner

Bezirksbetriebsrat

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner

Hauptbetriebsrat

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner

Ehrenmänner in der Arbeiterpensionkasse

der Deutschen Reichsbahn-AG — und wie sie ihr Wort halten

„Ich glaubte, ich hatte es mit Ehrenmännern zu tun.“ Von diesem Mann wurde der Schmeißer Michel schnell befreit. „Weil ich aber weiß, daß es noch Recht und Gerechtigkeit gibt, ging ich zum Arbeitsgericht.“

Und Michel hatte tollokalen Schmeißer. Als Gerichtsvorwärtender hatte er den „sozialen“ Richter von Dresden, Dr. Meinholtz, als „Arbeiter“ beiseite verdrängt der reformistische Gewerkschaftsangehörige Hähnel dem „Recht“ zum Siege.

Was war die Ursache der Klage vor dem Gericht? Von der Arbeiterpensionkasse der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wurde Michel als Obermeister für das der Kasse gehörige Gut in Oberleschitz im Jahre 1926 eingestellt. Seine Kräfte ließen infolge seines Alters mit jedem Jahre mehr nach. Als zweiundsechzigjähriger trat er im Februar 1929 Antrag auf Invalidentrente. Das Vorstandsmitglied Kuschke machte ihm den Vorschlag, den Dienst aufzugeben. Es wurde über die dreimonatige Kündigungsfrist Einigung erzielt. Michel verzichtete auf Innehaltung dieser Art und ging sofort. Als Gegenleistung soll ihm die Arbeiterpensionkasse der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft eine mietsfreie Wohnung zugesichert haben.

Alles war in Butter. Michel freute sich auf einen „sorgenlosen, sonnigen Lebensabend“. Der erste Monat war herrlich und da — — — in äußerster freundlicher Weise wurde Michel aufgefunden. Mietsfrei zu bezahlen. Er sah die Herren in Dresden haben von den getroffenen Vereinbarungen wahrheitsgemäß noch keine Kenntnis — so dachte Michel. 12. Monate schickte er malter.

„Es sind ja Ehrenmänner“ — kein einziger Trost. Doch nun wurde es ihm zu dumm. Wenn „die“ ihr Wort nicht halten, brauch ich es auch nicht zu halten. Er glaubte an Recht und Gerechtigkeit und forderte für die nicht innegablene Kündigung 600 RM Lohn. Der sozialistische Arbeitsrichter „belehrt“ ihn, daß dies „unmöglich“ sei. Er könne aber die gezahlte Miete auslagern. Dies tat er. Vorstandsmitglied Kuschke befanderte aber als Zeuge, daß er keine Zusicherungen für eine mietsfreie Wohnung gegeben habe.

Dem Zuhörer drängt sich hier die Frage auf, warum sollte Michel auf die Kündigung verzichtet haben, wenn ihm keine anderen Verpfändungen gemacht wurden? Es mußte aber nichts, der Zeuge blieb bei seiner Aussage.

„Nehmen Sie die Klage zurück!“

„Wie? Zurücknehmen? Ich bin doch im Recht!“

Der Vorsitzende zuckte mit der Achsel. Ueber „Recht“ scheint er keine eigene Meinung zu haben. Urteil: Die Klage wird abgewiesen. Lange blieb Michel noch im Saale stehen. Gedankenverloren harzte er vor sich hin. — Ehrenmänner — Recht — Gerechtigkeit — Lebensabend ...

Alles futsch! Auch die Invalidentrente wurde abgelehnt ...

Am 11. d. M. gehen die Eisenbahner zur Betriebsratswahl. Hoffentlich sehen alle, die diesen Arbeitsgerichtsbericht gelesen haben, ihre Lege: Wahl der RGO!

Qualität gegen leichteste Raufen

5 Winkler-Läden

Strußw. 9, Johann-Carl-Platz, Proger Str. 36, Kaitzendorfer Str. 7

Rund um den Erdball

Menschen zweiter Klasse

Nur Kommunisten treten für die gefnedelte schwarze Rasse in Amerika ein

Keuhorn, 7. Mai. (Bf.-Vericht.) Mit welcher Brutalität und engstirnigem Rassenhochmut die Korruptionen der Klassenjustiz Amerikas gegen Angehörige der schwarzen Rasse, gegen die verachteten Neger, vorgeht, bezeugen wiederum zwei empörende Fälle, die bei der Klassenbewußten amerikanischen Arbeiterschaft große Erregung verursacht haben.

Da hatte vor kurzem ein 19-jähriger Neger, der in Cincinnati beschäftigt war, keine Angehörigen in Georgia braucht. Um das Geld für die Rückfahrt zu sparen, tippelte er zu Fuß nach Crescent Springs, einem kleinen, als besonders elend bekanntem Städtchen im amerikanischen Staate Kentucky. Der junge Neger klopfte dort an die Tür eines Hauses, um sich ein Glas Wasser zu erbitten. Eine Frau öffnete, und als sie den Neger sah, schmeißte sie sofort ein heißes Schüsselchen an das die Nachbarn herbeiliefen. Sofort entstand das Gerücht, der Neger habe die Alte überfallen wollen.

„Lohnt ihn! Lohnt ihn!“

riefen die verhetzten Mitbürger und hielten über den Unschuldigen her, um ihn am nächsten Baum aufzuhängen. Rechtszeitig kam die Polizei hinzu und teilte dem Neger zwar vor dem Geschwörten, aber nur, um ihn nachher legal abzuurteilen. Tatsächlich wurde der gänzlich Unschuldige später von einem Geschwörtenverdict zum Tode verurteilt.

„weil er eine weiße Frau belästigt habe.“

Die rote Hilfe in Cincinnati, die von dem empörenden Klassenurteil Kenntnis erhielt, legte sofort Berufung gegen das Urteil ein. Begründend für den Rassenhochmut der amerikanischen Gerechtigkeit in der Verurteilung, die der Geschwörtenverdict dem Vertreter der roten Hilfe gegenüber machte, als dieser dem geängstigten Neger beistehen wollte. „Was geht Sie der Schwarze an?“

an? Für einen Neger ist der Strich noch viel zu schmal! Mit diesem brutalen Beschluß wurde der Verteidiger abgefertigt. Keiner darf zu dem unschuldig Verurteilten, und sogar der Beschuldigte seiner nächsten Angehörigen wurde abgelehnt.

Bravo, Sil Andrews!

Der zweite empörende Fall hat sich im amerikanischen Staate Cleveland abgepielt. Da sagte bei einer Verhandlung gegen eine Jungkommunistin namens Sil Andrews der Richter zu ihr:

„er werde sie freisprechen, wenn sie der kommunistischen Bewegung fernbleibe.“

Mit Entrüstung wies die Genossin dieses schamlose Anerbieten zurück und trat ihre Strafe von einem Monat Gefängnis hochgehobenen Hauptes an. Und ihr Verbrechen? Nichts mehr und nicht weniger, als daß sie in Gesellschaft eines Negergenossen ein Restaurant aufsuchte, und als sich der Besitzer weigerte, dem Neger zu servieren, dagegen energisch protestierte. Der Negergenosse wurde mit brutaler Gewalt aus dem Lokal entfernt und die tapfere Genossin wurde aufgeföhrt, das Lokal zu verlassen. Das tat sie jedoch nicht, worauf sie von herbeigeholten Polizisten verhaftet wurde.

Als sie tapfere Genossin Sil Andrews, die die Menschenrechte der schwarzen Rasse so nachdrücklich und mutig vertritt, ist eine aktive Revolutionarin, die nach andere „Verbrechen“ auf dem Kerbholz hat. Ist sie doch außerdem noch wegen „verbrecherischem Syndikalismus“ angeklagt, weil sie im August vorigen Jahres vor einer Fabrik zu den Arbeitern gesprochen hatte.

Auch aus diesen zwei Vorfällen ist wieder einmal ersichtlich, daß es in der ganzen kapitalistischen Welt nur die Kommunisten sind, die rücksichtslos und unter Einwirkung eigener Persönlichkeit für die elementaren Menschenrechte der ausgebeuteten farbigen proletarischen Klassenkämpfer eintreten.

Moskauer Jugend in der Maidemonstration



Wie in allen Städten Rußlands, so ist auch im roten Moskau, der Hauptstadt des Arbeiter- und Bauernvaterlandes der 1. Mai zu einem Volksfest im wahrsten Sinne des Wortes geworden. Die Beteiligung der Arbeiterschaft steigt dort von Jahr zu Jahr. So war auch in diesem Jahre wieder der Rote Platz das Ziel vieler Hunderttausende, die vier bis sechs Stunden geduldig ausharrten, um für die Arbeitermacht zu demonstrieren. Die Wartezeit in den Zugangsstraßen wurde zu politischer, kultureller und antireligiöser Agitation ausgenutzt, und die Moskauer rote Jugend führte Vorträge aus.

Schwerer Autounfall

Am Dienstag nachmittag ereignete sich an der Bahnstation Hagen-Corfen ein schwerer Autounfall. Ein großer Berliner Personentransporter hatte in der Kurve eine Reifenpanne, geriet ins Schleudern und fuhr einem entgegenkommenden Dackelwagen in die Hände. Der Dackelwagen wurde vollständig zertrümmert und der Berliner Wagen schwer beschädigt. Sechs zum Teil Schwerverletzte wurden im Krankenhaus Aufnahme.

Verhängnisvoller Fehltritt

Durch Vermischung von Petroleum mit dem Wasser in der Wasserleitung erkrankte in Chemnitz eine Familie von fünf Personen. Sie wurden schwer krank ins örtliche Krankenhaus überführt.

Immer noch Diktator und Diktatorin in Amerika

Die große Sägemühle in einem Teil der Vereinigten Staaten von Amerika dauert mit unversinkender Heftigkeit an. Die Mühle ist von ausgedehnten Waldflächen bedeckt, die bisher nicht gelichtet werden konnten. Fünf Städtchen sind von der fortschreitenden Flammen bedroht. Tausende von Menschen sind bereits obdachlos.

Nordsee — Nordsee



Wie wir bereits vor einigen Tagen meldeten, stießen im Nordsee-Bankener Feuerschiff der griechische Dampfer „Kleopatra“ und der englische Dampfer „Raven“ zusammen. Der Engländer erlitt so schwere Beschädigungen, daß er kurz darauf sank. Die Mannschaft konnte sich mit knapper Not auf das griechische Schiff retten. Unser Bildteilprogramm zeigt den Engländer einige Sekunden vor dem Versinken.

Schwere Wirbelfürme in Texas

73 Tote und mehrere hundert Verletzte

London, 7. Mai. Ueber das Gebiet des amerikanischen Staates Texas sind in der Nacht zum Mittwoch schwere Wirbelfürme hinweggegangen, die viele Häuser beschädigten. An vielen Stellen brach Feuer aus. Man befürchtet, daß mindestens 70 Personen unter den Trümmern der eingestürzten Häuser oder im Feuer ums Leben gekommen sind.

Löwenjagden in französischen Wäldern

Unter Führung des französischen Vertreters des Zirkus Hagenbeck sind mehrere erfahrene Jäger ausgezogen, um in den Wäldern der französischen Provinz Gasconne eine Anzahl — Löwen einzufangen, die während der furchtbaren Hochwasserkatastrophe in Südfrankreich von einer Tierzucht in Poissac weggelassen wurden. Bisher einmal gelungen. Heute belagten sie seit einiger Zeit, daß ihnen Tiere abhandeln können, ohne daß sie milken, wohnen sie verschwunden seien. Später wurden dann hier und da verblutete und halbverlebte Tiere gefunden, und die Bewohner behaupteten heif und heiß, in der Nacht aus den Wäldern unheimliches Geräusch vernommen zu haben. Endlich erhielt man durch Spuren die Gewißheit, daß die Räuber — die Löwen aus der Tierzucht von Poissac waren.

Ein Artistenleben = 170 Mark

Der Hungerlohn des zu Tode geschleiften Luftakrobaten Hundertmark

Das furchtbare Ende des Luftakrobaten Hundertmark, sein dreiviertelstündiger Todeskampf auf dem Tüfeldecker Flugplatz ist unseren Lesern noch in frischer Erinnerung.

Bereits damals hatten wir auf die unerhörte Ausbeutung profitgieriger Manager hingewiesen, die hungernde Artisten zu solchen und ähnlichen Wahnvorstellungen mißbrauchten, um die Sensationsgier einer zahlungsfähigen Menge zu befriedigen. Jetzt berichten ähnliche Zeitungen über das Hungerdasein des verunglückten Artisten, der kein magisches Handwerk, wie erinnerlich, als Handwerker mit drei Fingerprothesen ausführen mußte.

Danach war Hundertmark längere Zeit arbeitslos und vollkommen mittellos geblieben. In seiner verzweifeltsten wirtschaftlichen Lage mußte er wohl oder übel das Angebot verhängender Flugbetriebsleiter annehmen. Doch kurz bevor er zu seiner Todesfahrt aufstieg, äußerte er Befürchtungen gegenüber:

„Ich weiß nicht, ob ich es heute wagen soll.“

Wozuf ihm der Bekannte abriet, an diesem Tage aufzustiegen. Doch was blieb dem Hungerigen übrig? Monatslang hatte er jeden Pfennig erspart, um zu Beginn der Sommerferien die

magischen Experimente ausführen zu können. Vollkommen unterernährt und daher auch sehr geschwächt, ließ er sich für die Tatsache, daß in Berlin und anderen Orten andere Luftakrobaten dieselben Experimente machten, wenig Honorar zahlen, um nicht ins künstliche Hintertreffen zu geraten, noch keines Schwächeanfalls das Experiment auszuführen. Mit Todesangst richtete er, was ihm bisher seiner noch möglich war, den Umstieg in der Luft von einem Flugzeug zum andern. Das Ende dieser Fahrt ist bekannt.

Das Tolle an diesem Artistendrama aber ist die Tatsache, daß der Verunglückte, wäre kein Experiment gelungen, er für dieses Spiel mit dem Tode sage um 170 Mark

fortkriechend erhalten hätte. Da aber andererseits derartige Veranlassungen nur alle paar Wochen stattfinden, kann man sich eine Vorstellung machen, mit welchen Bettelarmutigen die Todesopfer ihren Existenz freuen müssen. Die riesigen Gewinne, die diese Massen der Sensationsgier mit ihrem Leben erarbeiten, wandern in die unerschöpflichen Taschen gewinnliebender Aktionäre. So will es die gottgewollte kapitalistische Weltordnung. Wie lange noch?

Spiegelbilder von heute

Souper

Im Schauspielhaus erlebten zwei Einakter von Franz Weder am Donnerstag ihre Erkaufführung. Man kann nicht sagen, daß die Spitzbürger und George-Hoch-Lingen in Pariser und in Hongkong peinlich berührt gewesen wären, obwohl es in dem Spiel „Souper“, ein Spiegel entgegengehalten wurde, in dem sich die ganze Hohlheit der bürgerlichen Gesellschaft und der Beziehungen ihrer einzelnen Mitglieder untereinander treffend offenbarte.

Der Hausdiener, ein Pantler, feiert das 40. Jubiläum des Tages, da er als armer Hund mit drei Beiden in der Tasche den Boden betrat. Seine intimsten Freunde sind zu einem Souper geladen. Ihnen hält der Pantler eine wohlgeschmeckte Tischrede, in der es etwa heißt: „Doch er seinem launischen Geschäftsgedanken seinen Aufstieg zu verdanken habe.“ Hier unterbricht ihn ein „Kriminalkommissar“, der eingetreten ist und ihn auffordert, mitzukommen. Die Verwandlung der lebenswürdigen Gäste in das Gegenteil, das Abbild von dem edelwertigen Pantler und seinem Holzeiseln macht den Kriminalkommissar, der sich in Wirklichkeit als Freund des Hauses den Witz erlaubt, die Gesellschaft in den April zu schicken, ungeheuren Spott. Er demutiert sich schließlich. Sofort glätten sich die Wangen der Erregung. Alles ist wie zuvor. „Lebenswürdigkeit“, „Freundschaft“, „Treu“ ... triumphieren und der Hausdiener kann seine Tischrede beenden, deren letztes Wort „Danke“ ist.

Die Gesellschaft, die sich da im Spiegel der Satire erblickt, ist nicht die Klasse, die der Spiegel zeigt. Sie ist die Klasse, die sich selbst im Spiegelbild während der Parodie

das Spiel über unabhängige Themen variiert weiter. Die Bühne zeigte das gesellschaftliche „Leben“ der Bourgeoisie und schaltete für eine Weile das Leben, d. h. die wirklichen Akteure aus.

Eins, zwei, drei

Das Spiel Franz Molnar will beweisen, daß man aus einem Mitglied der „sozialistischen Partei“ in 60 Minuten den Präsidenten einer Automobil-Fabrik, also einen Heimgewinn machen kann. So schnell geht's nun freilich nicht. Die Herren sozialdemokratischen Aufsichtsräte, Herr Parabel von der Arbeitergesellschaft Sächsischer Werke und viele andere werden befristet, doch in 60 Minuten die Umwandlung eines einheimischen Handwerker zum Heimgewinnsummen und Vertreter nicht zu schaffen ist. Der Inhalt des Stückes ist also klar. Sicher deshalb, weil sich Molnar zuviel in den Kreisen der Bourgeoisie bewegte und daher den Blick für das Gute und Schone verlor, das eben nur noch im Proletariat zu finden ist.

Wenn „Souper“ nur als Leistung des Ensemble gewertet werden kann, dann muß von „Eins, zwei, drei“ gesagt werden, daß es mit dem aus Berlin zurückgeführten Reich Ponto etwas wurde. Es wäre eine Belästigung für den Künstler, wollte man zu der Ueberlieferung Erich Ponto nach Dresden dem Publikum gratulieren, das bei „Souper“ nicht finden wollte, daß es nicht beklappt, sondern getragelt wurde.

Theaterfandal der Antifolwjetheker

Wohin die kamlose Antifolwjetheke führt, und daß ihre Träger nur nichts zurückzuführen, das nicht sich u. a. auch jetzt im Neger-Theater. Die hochbegabte und sehr temperamentvolle

Opernjungerin Milba Brechmann-Stengel, Star der lettischen Nationaloper, war von einer erfolgreichen Gaspieldirektion in Sowjetrußland nach Riga heimgekehrt und wurde von verschiedenen lettischen Zeitungen interviewt. Sie brachte ihr Erstaunen darüber zum Ausdruck, daß die lettischen Zeitungen seit nur Wochen aus Sowjetrußland bringen, deren Unwahrheit sie jetzt selbst mit eigenen Augen feststellen konnte. Sie schilberte die „bösen Bolschewiken“ als unheimliche Menschen mit einem großen Hunger nach guter Kunst, nach Kultur usw. Berichtete über den hohen Stand der Jugenderziehung, der kulturellen und sanitären Einrichtungen usw.

Bei einer Festvorstellung in der Nationaloper am 1. Mai, in der „Thais“ gegeben wurde, sang Frau Brechmann-Stengel die Titeldarstellerin. Bei ihrem Erscheinen auf der Bühne erscholl ein getönderter Stimmenschrei als Signal. Ein sehr immer mehr steigender Hollenlarm hob an, an dem sich durchaus nicht nur Frauen in der Studententracht beteiligten. Auch „griechische Herren“ in Parlet und Rang sah man fruglich mitbeifenden. Der Dirigent lag das Orchester weiterzupfeifen, das Haus wird erleuchtet. Der Dirigent steigt sich in einem weißen Rodau, vom Orchester ist nichts mehr zu hören. Frau Brechmann-Stengel aber tritt lächelnd an die Rampe, hob fragend die Arme, dankte nach allen Seiten, während Rufe ertönen: „Wir wollen keine Kommunisten hören!“ — „Weg mit der roten Rachgasse!“ — „Weg bei den Bolschewiken bleiben!“ Adolf Kotliu, der vortreffliche Bariton, verhielte es ungeschicklich mit einer Ansprache an das Publikum. Immer wieder kam es zu tobendem Lachen, an dem sogar Autohupen mitwirkten. Zum Ende des ersten Aktes hatte der größe Teil der Zuhörer die Oper verlassen. Im zweiten Akt kam es nochmals zu einer Katzenmaulerei, die aber auf eine nicht minder geruschvolle Gegenkundgebung der Partei der Sängerin trieb. Mit Mühe und Not wurde schließlich die Vorstellung zu Ende geführt.

Die „Kultur“ der Antifolwjetheker aller Schattierungen, die sie Wirklichkeit nicht hören wollen.

„Annehmen, annehmen! — Schreibt die SPD“

Was annehmen? — Den massenbelastenden Haushaltsplan der Stadt Zittau

(Arbeiterkorrespondenz)

Zittau. Der diesjährige Haushaltsplan zeigt sehr deutlich, daß die Gemeinde ein Glied des kapitalistischen Staates ist. So wie in Reich und Land werden alle Lasten auf die Schultern der breiten Massen geladen.

Die Ansprüche für Arbeiterlöhne werden vergrößert und die sozialen Ausgaben vermindert. Die Sozialdemokraten haben sich noch und ganz für den reaktionären Haushaltsplan eingelassen. Genosse Wehnert zeigte in der Stadtratsversammlung am 24. April den Charakter des Haushaltsplanes auf und stellte zu den einzelnen Kapiteln Änderungsanträge. Er forderte, daß die Wünsche für Arbeiterlöhne

wesentlich erhöht werden, da die Kürzung der Lohnansätze bedeutet, daß wiederum lächerliche Arbeiter entlassen werden, wodurch sich die Zahl der Erwerbslosen noch mehr erhöht. Die anderen Fraktionen, von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten, sagten kein Wort gegen die Verminderung der Lohnansätze. Sie waren also damit einverstanden. Die kommunistischen Änderungsanträge wurden nicht unterstützt.

Die folgenlose Totenbestattung
erforderte bisher eine Summe von 45.000 Mark, im neuen Haushaltsplan sind nur 28.000 Mark eingelegt worden. Die Verminderung der Ausgaben soll durch ein neues Ortsgesetz erreicht werden, nachdem die folgenlose Bestattung nur auf Antrag hin gewährt wird. Diese Maßnahme dürfte jedoch noch nicht genügen, um mit der angelegten Summe auszukommen; man wird also noch weitere Verschärfungen in das neue Ortsgesetz hineinarbeiten. Genosse Wehnert beantragte, das Ortsgesetz in seiner bisherigen Form zu lassen und für die folgenlose Totenbestattung 50.000 Mark einzulegen. Die Anträge fanden keine Unterstützung. Die

Milchzubereitung und das Milchfrühstück
sind schon oft den Angriffen der Rechtsparteien ausgesetzt gewesen. Im Entwurf zum Haushaltsplan waren zusammen 3000 Mark eingelegt. Genosse Wehnert beantragte 8000 Mark einzulegen. Auch dieser Antrag wurde nicht unterstützt. Man bewilligte aber dann noch 2000 Mark, die aus der Mineralwassersteuer genommen werden sollen. Wie ungenügend die eingelegte Summe ist, zeigt sich schon daran, daß jetzt auf dem Wohlfahrtsamt vielen Arbeitern die Milchzubereitung entzogen wird, weil ihre Kinder angeblich schwer genug sind. Sonst wird immer große Keflake gemacht „Trink Milch“ und hier wird bedürftigen Leuten die Milchzubereitung verweigert. Die

Fürsorge für werdende und künftige Mütter sowie die Kleinkinderfürsorge
schrumpfen im Zittauer Haushalt immer mehr zusammen. Die Anträge des Genossen Wehnert auf Einlegung von 3000 Mark für Mütterfürsorge und 500 Mark für Kleinkinderfürsorge wurden abgelehnt.

Die Tuberkulosefürsorge
ist herabgesetzt worden, weil angeblich die Tuberkulose in Zittau abnimmt. Besonders traurig ist

Die Behandlung der Sozialrentnerfürsorge
vorgesehen worden. Diese wurde herabgesetzt von 158.000 Mark auf 125.000 Mark. Genosse Wehnert stellte den im vorigen Jahre von der SPD vertretenen Antrag auf Einlegung von 172.000 Mark. Es war besonders für die Einstellung der Zittauer SPD, daß sie diesen Antrag nicht unterstützte und sogar dagegen Stellung nahm. Im vorigen Jahre brauchten sie die Sozialrentner für ihre Agitation, weil die Gemeindeväter vor der Tür hand. Dieses Jahr lehnen sie die Erhöhung der Sozialrente ab. Die Zittauer SPD-Leute machen es genau so wie ihre Kollegen im Reich, nach der Wahl stimmen sie gegen ihre eigenen Anträge. Auch der kommunistische Antrag, den Antrag der

Musikantenfürsorge
zu erhöhen, fand keine Unterstützung. Für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft will die Stadtwirtschaft möglichst wenig ausgeben. Ferner beantragte Genosse Wehnert, den Antrag für

Feste und Feiertage
in Höhe von 3000 Mark zu streichen und diese 3000 Mark zum Ausbau des Reichshabes zu verwenden. Das Reichshab befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Aber weil dort nur Proleten haben, haben die Stadtväter kein Geld zum Ausbau übrig. Selbst die SPD lehnte es ab, die 3000 Mark für das Reichshab zu bewilligen.

Genosse Wehnert belagte in seinen Ausführungen, daß die Reichsregierung gezwungen werden muß, den Gemeinden mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese ihre sozialen Aufgaben erfüllen können. Ferner kann Geld gespart werden, indem folgender Antrag angenommen und zur Durchführung kommt:

Antrag:
„Das Höchstgehalt aller Beamten der Stadt Zittau darf 6000 Mark im Jahre einschließlich aller Vergütungen, Zulagen und Aufwandsentschädigungen nicht übersteigen.“
Auch dieser Antrag wurde von keiner Fraktion unterstützt. Für

Sparmaßnahmen solcher Art sind die Parteien von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten nicht zu haben. Um den 71-Milionen-Mark-Haushaltplan zu balancieren und der Reichsregierung die Mittel aus den Steuern der breiten Masse zu kassieren, werden Polizeiapparat, Kirche und Geldrente an die Kapitalisten zu überlassen, ist beschlossen worden, den

Elektrizitätspreis und den Wasserpreis zu erhöhen, sowie 150 Prozent Grund- und Gewerbesteuerzuschläge zu erhöhen.

Genosse Wehnert lehnte diese Maßnahmen ab, da sie sich unsozial auswirken, indem sie die Arbeiterklasse und die Kleinrentner belasten. Er forderte die Erhebung progressiver Reichtumssteuern.

Die Sozialdemokraten zeigten bei der Beratung des Haushaltsplanes ihre Verbundenheit mit dem bürgerlichen Staatsapparat. Sie helfen die Gemeinde auf Kosten der Arbeiterklasse und des kleinen Gewerbes lanieren.

Die Nazis beschließen sich auf eine Lebensnahme Resolution

und auf einige unwesentliche Anträge. Auch sie lehnten alle Anträge der SPD zur Umgestaltung des Haushaltsplanes ab. Einen solchen reaktionären Haushaltsplan lehnen wir Kommunisten im Interesse der werktätigen Bevölkerung ab. Wenn die Nazis in der Volkszeitung die Ablehnung des Haushaltsplanes durch Genossen Wehnert so hinfällig zu machen versuchen, als habe er falsch gehandelt, weil auch Reichsparteiler gegen den Plan stimmten, so muß festgestellt werden, daß diese im großen und ganzen mit dem Haushaltsplan einverstanden waren; nur weil ihnen in einigen Fragen nicht weit genug entgegengekommen worden war, lehnten sie ab.

Das ändert nichts an der Tatsache, daß dieser Haushaltsplan kapitalistisch ist. Sein härtester Verantwortlicher ist der rechtsstehende Oberbürgermeister Zwingeberger.

Die Sozialdemokraten wollen mit ihrem Geschrei nur davon ablenken, daß sie gegen die Interessen der Arbeiterklasse gehandelt haben.

In wichtigen Kapiteln haben sie selbst ihre eigenen früheren Anträge abgelehnt. Die Haushaltsplanberatung hat den Parteien im Stadtparlament die Nase vom Gesicht getreten.

Die Arbeiterklasse muß daran erkennen, daß nur die Kommunisten für ihre Interessen eintreten. (1143.)

Birna im Zeitalter der Hygiene

(Arbeiterkorrespondenz)

Birna. Im Stadtteil Zschandorf wohnt eine Arbeiterfamilie mit 5 Kindern in 2 Pöckern. (Als Wohnräume kann man sie nicht bezeichnen.) Dasselbe ist vor einigen Jahren als Notwohnung vergeben worden. Trotz nördlicher Einstrahlung ist hier noch keine Abhilfe geschaffen worden. Der Zustand der Wohnung ist katastrophal. Der Fuß ist von den Wänden, Schimmelpilz und Milz kletternd an den Wänden. Ein Neugeborenes ohnmächtig. Zwei Kinder (1½ und 5 Jahre) sind erkrankt. Die Mütter sind dem Verderben preisgegeben. Alles Anstreben nach dem Wohnungsamt ist bis jetzt erfolglos geblieben. Das Haus ist derzeit baufällig, daß man schon eine Familie wegen Lebensgefahr herausnehmen mußte. In der Nacht vom 6. bis 7. Mai löste sich ein Teil des Deckensystems über dem Bett, in dem der Ehemann mit einem 14-jährigen Kinde schlief, und schlug den beiden ins Gesicht, so daß sie Hautabrisse davontrugen. Will man warten, bis die Höhlenbewohner völlig erlagen? Herr Stadtbauamtsleiter Schmidt beschloß man eine 2-Zimmer-Wohnung. Dazu fand die Stadt Mittel und Wege, während auf der anderen Seite Arbeiterfamilien in solchen Höhlen wohnen läßt, weil man angeblich nicht helfen kann. Und das alles im Zeichen der Hygiene. Nur die Kommunisten kämpfen gegen Missetat und Wohnungsnot. Werdet Mitglied der KPD. Lebt und verbreitet die Arbeiterstimme! (1145.)

Die Polizei ist schlagfertig!

(Arbeiterkorrespondenz)

Birna. Dies kann man von der Birnaer Polizei ohne weiteres behaupten. Nicht, daß wir dabei die Großkampagne wie die Vogelweienfischerei vor Jahren, den 1. Mai 1924, den 6. März 1930 heranziehen wollen, nein, nicht im geringsten; Birnas Polizei ist jederzeit schlagfertig, auch im Privatleben ihren Hausmitbewohnern gegenüber.

Vorwärts im Geiste Lenins!

(Arbeiterkorrespondenz)

Berzdorf. Zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und dem bürgerlich-sozialdemokratischen Block kam es in der Gemeindevorordnetenversammlung vom 7. Mai. An Hand des arbeiterfeindlichen Haushaltsplanes stellte Genosse Colar Schubert verschiedene Änderungsanträge. Getreu ihrer Parole: „Keine Ausgaben durch Heranziehung des Volkes“ lehnte die vereinte, reaktionäre Gesellschaft unter Führung des SPD-Bürgermeisters ab. Gemeindevorordnetenvorsteher, Genosse Paul Schubert, brandmarkte in klaren Ausführungen die unverantwortliche Ausgabenpolitik. Auf der einen Seite gewaltig gesteigerte Verwaltungsausgaben, auf der anderen Seite angründlich keine Mittel für Wohnungsbau, für Straßenbau, Kapitel Wohlfahrtsfürsorge. Hier werden die Ausgesteuerten zur Verzweiflung getrieben. Alles dies läßt die angeblichen Arbeiterzeitung fast ihr eigenes Werk, die kommunistische Totenbestattung, wollen sie beilegen, höher nicht rücken! Bei der Abstimmung lehnten unsere Genossen den Haushaltsplan ab. Nur die, allerdings viel zu geringen Mittel für die Wohlfahrtsfürsorge bewilligten sie. Zum Vorwärtigen des neuen Schulausschusses wurde der Bürgermeister, zum Schulleiter Rektor Reuter gewählt. Ferien sind vom 12. Juli bis 9. August und 28. September bis 14. Oktober. Vertreter der Arbeiterklasse im Schulausschuss ist Gen Paul Schubert. Eine Verringerung der Wassergebühren wurde im Wasserwerksrat gegen die Stimme des Gen. Maimwald abgelehnt. SPD-Vorwärtigen logar noch diese, die Arbeiterklasse so ungeheuer belastende Gebührenordnung. Seine Tasse wurde vom Gen. Paul Schubert während unredigiert. Auf Grund der noch unverbrauchten 20.000 Mark hat jeder Einwohner eine Kapazität von 3 bis 4 Mark jährlich zu zahlen. Wasserabnehmer! Hämmert euch die Ausbeutung in den Kopf! Der kommunistische Antrag, alle Ausgesteuerten in die gehobene Kategorie zu übernehmen, wurde angenommen. Zum Schluss wies unser Genosse die bürgerlichen Agitationsreden in Sachen des Verkaufs des Schmelzgrundstückes zurück. Einige sozialdemokratische Redner aus der Arbeiterklasse machten sich ganz besonders bemerkbar. Ja, die Wahrheit ist manchmal unangenehm. Vorwärts, im Geiste Lenins! (R.R. 1150.)

Verkehrsunfall auf der Landstraße

Stolpen. Hier stieß ein aus Görlitz kommender Kleintransportwagen mit einem größeren Auto zusammen. Der Kleintransportwagen wurde umgeworfen. Die Insassen, Mann, Frau und drei Kinder, wurden verletzt.

Die werktätigen Einwohner haben das Wort

„Wir lehnen die Politik der SPD ab“

Kühnig-Hellerau. Am 8. d. M. fand im Lindengarten eine öffentliche Einwohnerversammlung statt, die sich mit den unerbötlichen Vorgängen in der Gemeindevorordnetenversammlung am 3. d. M. befaßte. Diese Versammlung, die trotz dem strömenden Regen sehr gut besucht war, hienies das große Interesse, das die betreffenden Ereignisse innerhalb der Einwohnerklasse erweckt haben. Der Referent Genosse Tauk führte folgendes aus: Die Stellungnahme der Kommunisten zu den Haushaltsplänen in Reich, Land und Gemeinden ist eine grundsätzlich ablehnende, weil in einem Staatswesen mit kapitalistischer Form auch der Haushaltsplan kapitalistisch, d. h. im Interesse des Unternehmertums aufgestellt ist. Die Kommunisten wissen, daß sie an der allgemeinen Rolle der Gemeinden durch keinerlei Anträge etwas ändern können; das hindert sie aber nicht, immer wieder Anträge, die im Interesse des Proletariats liegen, zu stellen, da sie mit allen Mitteln danach streben, den Haushaltsplan des Proletariats zu verbessern, während es ihnen gleichgültig sein kann, was aus den kapitalistisch orientierten Haushaltsplänen des Reiches, der Staaten und der Gemeinden wird. Um die arbeiterfeindliche Tendenz all dieser Haushaltspläne aufzuzeigen, ist es erforderlich, alle Kapitel ausführlich unter die Lupe zu nehmen. In unserer Gemeinde war man auf den famosen Ausweg gekommen, den Haushaltsplan im Ausschuss fertigzubereiten, um über ihn dann in der öffentlichen Sitzung am 3. d. M. zusammen mit den übrigen wichtigen Punkten der Tagesordnung ein Bloc abstimmen zu lassen. Diesen Antrag stellte in der Sitzung der lautstark bekannte Direktor der Heimstätten-Gesellschaft Schöler, Faber, und zwar weil, wie er sagte, der Herr Bürgermeister (SPD) bei Aufstellung des Haushaltsplanes den Wünschen der Bürgerlichen in jeder Beziehung nachgekommen ist. Als unsere Genossen auf Diskussion bestanden, erklärte nunmehr auch der SPD-Vertreter und anwesender zukünftige Bonzenanwärter Kohn, daß er sich dem Vorschlag des Herrn Faber anschließen und ebenfalls vorstellige, den Haushaltsplan en bloc anzunehmen, wobei er seiner Freude Ausdruck gab, daß der Haushaltsplan balanciere, ohne irgendwelche „Schädigung der Arbeiterklasse“.

Es hat den Anschein, als schreite die Verkalkung bei diesem Herrn infolge reichlicher Bierinhalationen rapide fort, wenn er Abträge von etwa 45.000 M. bei den Kapiteln Wohlfahrtsfürsorge, Schulen, kommunale Totenbestattung, Straßenbau usw. nicht mehr als Schädigung der Arbeiterklasse anheißt. Aber über diesen Zustand ihres Vertreters mögen sich keine Wähler selbst den Kopf zerbrechen. Unsere Genossen konnten jedoch, trotzdem sie immer wieder das Wort zur Geschäftsordnung verlangten, es aber nicht erhielten, die en-bloc-Abstimmung nicht verhindern, und Genosse Tauk, der dieses Verhalten sehr richtig mit Schürkelei anprangerte, wurde zum Verfall der Sitzung aufgefordert, und da er auf seinem Blag verblieb, mit dem Stimmen der Bürgerlichen und SPD für weitere 2 Sitzungen ausgeschlossen. Genosse Tauk berichtete weiterhin über verschiedene Amtsübertragungen, die sich der SPD-Bürgermeister Schmidt im Laufe seiner Amtszeit geleistet hat und die nun Gegenstand einer Behörde bei der Amtshauptmannschaft werden sollen. Unter diesen Umständen war besonders die Tatsache interessant, daß die Gemeindevorwaltung ohne Wissen der Gemeindevorordneten die Mietsteuer auf mehrere Jahre hinaus verpfändet hat.

Anschließend daran gab Gen. Münzinger einen kurzen Bericht über seine Tätigkeit im Finanzausschuss und erklärte, daß alle seine Vorschläge zur Beibehaltung der bisherigen Kapitalbeiträge gegen seine Stimme abgelehnt worden sind.

Zum Schluß schilderte Genosse Hoop, Dresden, in sehr eindringlicher Weise die Auswirkungen der Weltwirtschaft auf die Haushaltspläne der Gemeinden. Er empfahl die Bildung kommunalpolitischer Kreise zur Unterstützung der kommunistischen Gemeindevorordneten und erklärte, daß damit bereits gute Erfolge erzielt worden seien.

Eine Resolution, in der das Vorgehen des Bürgermeisters aufs schärfste verurteilt wird und der schamlose Betrug der SPD-Vertreter gebührend markiert wird, fand einstimmige Annahme. Wertvolle, verdammt nicht, die kommenden Gemeindevorordnetenversammlungen zu beladen!

Feiert da der Polizei Turpe bis in die späte Nacht hinein irgendein Vergnügen, so daß die Hausbewohner in ihrer Nachtruhe gestört werden. Ein 75 Jahre alter Hausbewohner, der gegen den nächtlichen Lärm protestierte, wird darauf von Turpe selbst mit der Faust niedergeschlagen. Er fällt auf die rechte Schulter. Die Folge: Schädelblutdruck.

Da Birna immer in der Welt voran sein will, kann es sich auch mit Spenings Justizhausgeleek nicht zufrieden geben, darum hat Birna seit dem 1. Mai ein besonderes Polizeigesetz. Die Tat, die wir oben schilderten, ist noch vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geschehen. Nunmehr wird sich zeigen, inwiefern die Polizei unter dem Schutz der Birnaer Polizeierordnung zur mutigen Tat vorwärtsstretzen wird.

Die Arbeiterklasse muß erkennen, daß nur in geeinter und geschlossener Front sie ihre Befreiung erringen kann. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen der Partei der Minister, Parlamentarier, Bonzen und Polizeisten vom Meister des Polizeihauptmann Galle den Rücken kehren. Hinein in die kommunistische Partei! Kämpft für den Sieg der arbeitenden Klasse. (1151.)

Er ist noch „zu ziehen“

(Arbeiterkorrespondenz)

Birna. Wie man Diensthofen behandelt, das weiß man selbst die hier auf der Barbiergasse wohnhafte Fleischermeisterfrau Schreiber. Die erlaubt sich, ihren Beklitten einen Kotschalen und Grünhaubele zu heigen. Sie verbiest ihm sogar, mit den weiblichen Diensthofen zu sprechen und äußerte sich, ihm gehörten noch ein paar richtige Schellen, denn er wäre noch zu ziehen. Beklitten! Jungarbeiter! Zieht daraus die Lehren. Tretet ein in den KPD. (1153.)

Öffentl. Einwohnerversammlung in Birna

am Montag dem 12. Mai 20 Uhr im Volkshaus. Es spricht Genosse Schwarze, Dresden, über: Bürgerblock oder Landtagsauflösung! Freie Aussprache! Werttätige, Erwerbslose, Rentner, erscheint in Massen! Ankostenbeitrag 10 Pfennig. KPD Birna.

Der Großhirsdorfer Bürgermeister hat Angst vor den Kommunisten!

Großhirsdorf. Wie wir schon berichteten, wurden in der letzten Stadtvorordnetenversammlung zwei Vertreter Einwohner von der Zuhörerbühne entfernt, obwohl sie sich keines Verlorenes schuldig gemacht hatten. Wie wir weiter erfahren, ist die Entfernung durch den Ratshofen auf Anweisung des Hausmeisters unter Anwesenheit eines Polizisten erfolgt. Den beiden auswärtigen Zuhörern wurde auch nicht gestattet, sich bei unserem Genossen Kuchinke zu beschweren, sondern sie wurden an die Treppe und hinuntergedrängt. Später wurden dann die Aufgänge durch den Hausmeister besetzt, damit der Sitzungsgemeinen keine Möglichkeit zum Wiedereintritt gegeben war. Wer durch Zufall erfährt unter Genosse noch während der Sitzung von dem erfolglosen Hinauswurf und protestierte dagegen und behauptete, daß keines Erachtens der Hausmeister nicht nur sich aus dem Hinauswurf angeordnet habe, sondern daß wohlwollend der Rat dahinterstehe. Der Bürgermeister bestritt das entschieden. Als nach Klärung der gesamten Tribüne, die dann erfolgte, der Hausmeister vor das weiter laufende Plenum tritt wurde und angeben sollte, wer die Anweisung gegeben habe, erklärte dieser, dies sei vom Bürgermeister ausgesprochen. Dem Bürgermeister war diese Anweisung außerordentlich peinlich, weil er dadurch bei einer Unwohlheit ertrappt wurde und die Behauptungen unseres Genossen als richtig feststellte wurden. Diese Bergewaltstata der Öffentlichkeit ist aber nur deshalb erfolgt, weil erlaubt wurde, daß es Haderbarer Kommunisten seien, die mahlweise die Sitzung hören könnten. Was doch ein Jungb.-Bürgermeister für eine Angst vor zwei Kommunisten haben kann und wenn es auch nur harmlose Besucher der Sitzung sind. Auf alle Fälle hat die Einwohnerklasse die Pflicht, gegen solche Bergewaltstata der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen, deshalb kommen alle werktätigen Einwohner

heute Sonntagabend 20 Uhr in den Volkshaus für öffentlichen Einwohnerversammlung.

Genossen! Leistet morgen Werbearbeit für den Sieg der roten Listen bei Post und Reichsbahn!

Kampf der Dorpmüller-Tyrannie

Jeder Eisenbahner wählt Liste: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner!

Millionen revolutionärer Eisenbahner der Welt schauen am 11. und 12. Mai nach Deutschland, wo die deutschen Eisenbahner an diesen Tagen die Entscheidung zu fällen haben, ob sie sich weiter der Kante Dorpmüllers und seiner Lafaien beugen wollen oder ob sie bereit sind, einen Schritt vorwärts in ihrer Befreiung zu tun. Angehende Opfer forderte in den letzten Jahren das Dorpmüllerische Mordeinstem. Not und Elend herrscht in allen Eisenbahnerfamilien. Hungerlöhne sind es, die die Eisenbahner für ihre 10- bis 12stündige Arbeitszeit erhalten. Entrechtet und getöchtert sind die Dorpmüllerischen Profeten. Mehr als ihre Klassenossen in der Privatindustrie sind sie

die Reparationsflaben der Bourgeoisie

660 Millionen Mark Youngplantribut werden jährlich aus ihren Knochen herausgeschunden. Doch nicht genug. Dorpmüller braucht auch Geld für seine im Auftrag der Bourgeoisie durchzuführenden Kriegsvorbereitungen. Millionen Mark werden jährlich für Bahnhäuser, Streifen, Sportvereine und für die militärischen Manöver der falschistischen Elemente der Reichsbahn benötigt. Die Eisenbahner sollen zur zuverlässigsten Bürgerkriegs- und Kriegsvorbereitung der Bourgeoisie herangebildet werden. Sie sollen die Hauptstützen sein im Kampf gegen das um seine Befreiung kämpfende Proletariat. Sie sollen die jenseitigen sein, die Truppen und Kriegsmaterial an die Kriegsfrenten des Imperialismus befördern, die mit niederschlagen sollen den einzigen Arbeiter- und Bauernhaat der Welt, die Comjettunä.

Die Betriebsräte machen in einer 1. Ratt, wo sich die bestende Klasse, an ihrer Spitze die Kaiserlichkeitsregierung unter Führung des Zentrums, mit brutaler Macht auf das Proletariat stützt. Immer offener entlarvt sich die bürgerliche Demokratie als Schwindel, immer klarer zeigt sich, daß das Parlament das raffinierteste Instrument bürgerlicher Herrschaft ist. Massenarbeitslosigkeit, allgemeine Verelendung der Arbeiterklasse, Konfront der Staatsfinanzen, kennzeichnen die Krise des kapitalistischen Systems. Die Pläne des Youngplans sollen durch verschärfte Ausbeutung des Proletariats, wie Verlängerung der Arbeitszeit, Kürzung der Löhne und Gehälter, neue unerhörte Steuern für die Gehilfen und Erhöhung der Lebensmittelpreise aufgebracht werden.

Diese planmäßige Offenheit des Kapitals zu verstärkter Ausbeutung der Lohnklassen kommt auch in den letzten Maßnahmen der Reichsbahnverwaltung zum Ausdruck. Verminderung des Personalbestandes, Steigerung der Arbeitsleistung der Arbeiter, Annullieren und Reduzieren der Ausgaben für Löhne und Gehälter, das wollen die Dorpmüller, Siemens, Silberberg, Klöpper usw. im Auftrag der Trustbourgeoisie mit aller Rücksichtslosigkeit durchsetzen. Brutal werfen sie die Eisenbahner auf das Straßengestühl, während sie als Mitglieder der Hauptverwaltung oder des Verwaltungsrates Hunderttausende an Gehältern und Speisen im Jahr einstreichen.

Die Aufrechterhaltung des Dorpmüller-Systems war nur möglich durch den offenen schändlichen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie. In einheitlicher Front stimmten die Vertreter des EdE, der GdE und des KdE allen Maßnahmen Dorpmüllers gegen die Eisenbahner zu, verteidigten

den Youngplan, das Gehirngestem, die Dienstbauervorschriften, den Schandfriedenspruch des Jahres 1920, die Feiertagsregeln und die Korruptionsfondspolitik Dorpmüllers.

Sie, die jetzt vorgeben, das Dorpmüller-System zu bekämpfen, um die Stimmen der Eisenbahner zu erhalten, bezeichneten erst vor kurzem Dorpmüller als

„den Mann am rechten Fleck“

und überreichten diesem Tyrannen an seinem Geburtstag einen Blumenstrauß.

Die Schefel und Breunig und die Christlichen und gelben Freunde sind die getreuesten Kettenhunde Dorpmüllers. Sie sind hündischer als ein Hund, wenn Dorpmüller befehlt.

Sie tragen die Hauptschuld an der Ausbeutung und dem Elend der Eisenbahner.

Sie unterstützen Dorpmüllers Hege gegen die Sowjetunion.

Sie beschimpfen die unorganisierten Arbeiter als Lumpen und Strohd.

Darum Eisenbahner, könnt ihr diesen Elementen keine Stimme bei der Betriebsratswahl geben, wenn ihr nicht Selbstmord verüben wollt.

Die Lösung aller Eisenbahner muß am 11. und 12. Mai sein:

Hinweg mit den Stützen der Hauptverwaltung. Keine Stimme den Listen des Einheitsverbandes, der Christlichen und Hirsche.

Jede Stimme der Liste

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner

Der Wahlaufufruf der Christen zur Reichsbahnbetriebsrätewahl

Sie lügen und schwindeln aus Prinzip

Man ist schon niels gewohnt von der Phrasologie der Reformisten und Christen, wenn die Arbeiterklasse vor Wahlen steht. Aber was ist jetzt der Christliche Eisenbahnerverband? Ich lehne alle die Krone auf. Die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (GdE) veröffentlicht in der Nummer 10 ihres Zentralorgans einen Aufruf zu den Betriebsrätewahlen: „Die Stunde der Entscheidung“. Wenn man den Aufruf liest, kann man zu der Auffassung kommen, daß die GdE rücksichtslos die Interessen der Eisenbahner verteidigt hat und im nächsten Kampf gegen Dorpmüller steht. Jeder Eisenbahner weiß aber, daß die GdE gemeinlich mit dem EdE allen Plänen Dorpmüllers die Zustimmung gab und damit alle Unterdrückungsmaßnahmen an den Eisenbahner billigte. Welche solche Zerschlagung und Vöge ist es, wenn es in dem Aufruf heißt:

„Wir werden dieses kühnbelobene System der korrupten, trüben Zulagen (Vestungszulagen) bekämpfen bis auf den letzten Pfennig.“

Als die Eisenbahner kämpfen gegen die Vestungszulagen, als sie den Kampf führten um einen, den Teuerungszulagen entsprechenden Lohn, waren es die Vertreter der GdE, die gemeinlich mit dem EdE den Eisenbahner in den Rücken fielen und den Einfluß der Technischen Kasse und des Bahnhäuser gegen die Eisenbahner behielten. Steuergeld, der jenseitige Arbeitsminister und frühere Reichsbahnminister hat es genug betont, daß die Löhne der Eisenbahner zu hoch seien und abgebaut werden müßten. Dem Diktator Steuergeld der der Vertreter der Eugenberg, Klöpper und Thullen ist stimmten die Führer der GdE vollständig zu. Aber auf eine Woge mehr oder weniger kommt es bei diesen christlichen Geistes nicht an. Sie schreiben dazu weiter:

„Wir rufen alle, die guten Willens sind, zum Kampf auf gegen diesen brutalen Herrschaftspunkt der Verwaltung

(Löhne abzubauen und Arbeitszeit zu erhöhen, die KdE) und gegen diese Unternehmerrückfälle.“

Es wagt wie die GdE einen Kampf um die Forderungen der Eisenbahner führt, so wenig tut es der EdE. Gemeinlich haben die drei Eisenbahnerorganisationen EdE, GdE und KdE ihren Brief an Dorpmüller geschrieben, daß sie keinen Kampf um den Mantelvertrag der Eisenbahner führen, sondern es dem Wohlwollen Dorpmüllers überlassen. Verbesserungen in einzelnen Punkten für die Eisenbahner im Tarifvertrag nicht zuzulassen. Die GdE ist die stärkste Stütze der gelben Sparte der Dorpmüllers, jenseitig militärisch ausgebildeten Betriebsratsorganisation. Die Listen der christlichen Gewerkschaften laden die Arbeiter erst vor kurzem im Stahlfeld Feder. Dort trafen die christlichen Gewerkschaften mit dem Unternehmer eine Vereinbarung, daß die Löhne um 15 Prozent abgebaut und tausende Arbeiter entlassen werden. Verrat folgt auf Verrat. Der Christliche Metallarbeiterverband im Ruhrgebiet lehnte es ab, sich dem Feindlichen Metallarbeiterverband beizuschließen. Rühmlich, das Mantelverträge für die Nordmetallgruppe der Metallarbeiter anzuschließen.

Die Eisenbahner müssen das Vorgehen der Christen durchschauen und ihnen genau so wie dem EdE am 11. und 12. Mai die Antwort geben. Die Lösung muß lauten: Keine Stimme der GdE, sondern alle Stimmen konzentriert auf die Liste

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner.

Wie der Hauptvorstand des EdE kämpft

Nach dem Abbruch der Mantelvertragsverhandlungen, die im auf 3 Jahre erstreckt wurde der „Deutsche Eisenbahner“ u. a.

Die Verhandlungen über den Mantelvertrag sind endgültig abgebrochen. Damit sind die Hoffnungen wieder zerschanden. Der Meilenen jenseitig geworden.

Wir können nur aufrichtig bedauern, daß die jahrelangen Verhandlungen nutzlos geführt wurden.

... Unsere Hoffnungen haben sich eben nicht erfüllt, abgesehen auch die Verwaltung nicht in Mordt lassen kann, daß die Arbeitsleistung vieler Lohnempfänger durch den Tarifvertrag unzureichend bewahrt wird.

Die Hoffnungen, die wir auf den Verwaltungsrat gesetzt haben, waren bei dieser Zusammenlegung an sich nicht groß.

Das ist die Inhalt der „allen erfahrenen Gewerkschaftsführer“ Erst dreijährige Verhandlungen dann der wohlverdienten Führer durch Dorpmüller und am Schluß dieser Kamodie hielten die Schefel und Kommissen etwas von aufrichtig bedauern und davon, daß die Hoffnungen in die Rücken gegangen sind.

Eisenbahner! Erkennt das verheerendste Spiel. Nicht euch ein in die Front der revolutionären Gewerkschaftsopposition! Wählt rote Betriebsräte!

Achtung, Eisenbahner!

Wie im vorigen Jahre, so muß auch bei den kommenden Betriebsratswahlen bestimmt wieder damit gerechnet werden, daß durch „Maßnahmen“ der reformistischen Wahlvorstände entsprechend den Anweisungen des Hauptvorstandes des Einheitsverbandes, der sich in seinem Kampf gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition der skrupellosen Mittel bedient, das tatsächliche Wahlergebnis auf manchen Dienststellen den Eisenbahner durch mancherlei Kniffe vorenthalten wird. Schon bei der letzten Wahl konnte die Opposition zu verschiedenen Stellen den Reformisten nachweisen, daß diese Tatsachen als Wahlvorstände nicht einwandfrei war. Nicht allein, daß sie die ihnen von der revolutionären Gewerkschaftsopposition überwiesenen Stimmzettel nicht ausließen, sondern einfach verschwinden ließen, brachten sie es bei der Auszahlung der Stimmen zu einer solchen „Geschicklichkeit“, daß selbst ihre demokratischen Methoden“ der Reformisten diesmal zu verhindern, ist es Pflicht jedes klassenbewußten Eisenbahners, dafür zu sorgen, daß die Wahlhandlung bis zum Schluß genau beobachtet wird und insbesondere das Augenmerk auf die Wahlurne, die ja bekanntlich bis zur Beendigung der Stimmabgabe geschlossen bleiben muß, zu richten. Aber auch die „Fingerfertigkeit“ der reformistischen Wahlvorstände bei der Auszahlung der Stimmen ist wert, daß man sie etwas näher ansieht. Jeder Verstoß gegen die Wahlordnung ist sofort zu beanstanden und bekannnt, zur Opposition gehörenden Kollegen zu melden.

Kollegen! Schaut denen, die sich in ihrer Eigenschaft als Wahlvorstände im Laufe der Jahre eine ganz besondere „Technik“ angeeignet haben, genau auf die Finger. Verbindet Wahl, schiebung. Fordert überall den Stimmzettel der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Eine Eisenbahnerfrau ruft: Wählt Liste

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner!

Mit großem Interesse las ich den Artikel „Ein Wort an die Eisenbahnerfrauen“. Alles was darin stand, trifft zu und habe ich selbst während der Kriegszeit erfahren, wie gefährlich der Dienst bei der Eisenbahn ist und mit welchem Hungerlohn man abgefunden wurde. Die Not zwang tausende Eisenbahnerfrauen, in jener Zeit bei der Eisenbahn Reichstätigkeit anzunehmen. Ich tat es als Schaffnerin. Tag und Nacht war man im Dienst, von Ost nach West, von Nord nach Süd ging die Reife. Heberall sah ich grenzenloses Elend überall hörte ich den Ruf der Kinder nach Brot. Wenn wir an den Aufenthaltspunkten in den Kantinen unteren „Nischen“ tranken und unsere Marmeladenbunnen aßen, so kamen nicht nur die Kinder der Orte, sondern auch die „Wahrscheinlichkeiten“ und erludten uns um Brot, um ihren Hunger stillen zu können. Wir hungerten selbst, und mit Gewissen gedachten wir der Stunde, wo wir wieder nach Hause kamen und unsere eigenen Kinder nach Brot lachten. Was nutten uns die Lebensmittelkarten, die man uns als sogenannte „Vergünstigung“ gab, wo wir doch kein Geld hatten, um sie gegen Nahrungsmittel einzulösen. Wir verlaufen sie weiter und fanden abends vor den Kaminen und bettelten Brot.

Man verprügelte uns, daß wir für alles Elend entschuldigend würden. Dienstwohnungen sollten wir erhalten. Schrebergärten und anderes mehr. Auch ich glaube an diese Versprechungen. Heute weiß ich, daß wir elend betrogen wurden und daß man die Versprechungen nur machte, um auch uns zum „Auslaufen“ zu bewegen. In elenden Hütten hielten wir heute, und die, die das Glück hatten, durch Schließung oder indem sie den oberen Beamten willig waren, eine Dienstwohnung zu erhalten, fühlen ebenfalls nichts von den glücklichen Verhältnissen, sondern nur Not und Elend.

Neuen Illusionen geben wir uns hin, als im November 1918 die Arbeiter den Monarchismus stürzten. Wir vertrauten auf die Gewerkschaften. Der Deutsche Eisenbahnerverband (DEB) wuchs, und mit ihm der Verrat der Führer. Jede Lohnbewegung unserer Männer sabotierte man. Verschlechterung auf Verschlechterung erfolgte. Als im Februar 1922 der große Eisenbahnerstreik war, da sah ich, wie die Gewerkschaften nicht die Interessen unserer Männer vertreteten, sondern wie sie gegen sie kämpften und für ihren Verrat den Dank der Regierung erhielten. Früher war mein Mann in Lohngruppe 4, heute in

Lohngruppe 5, früher kam er nach 8 Stunden zu Hause, heute ist er dank der Dienstbauervorschriften erst 12 und noch mehr Stunden auswärts und bringt trotzdem immer weniger Lohn mit.

Was nutten uns die „schönen Geschichten“ im Organ des Einheitsverbandes, was die Feiern, die diese Organisation veranstaltet, was die Erholungsbeime. Die wir nicht ausüben können, weil wir kein Geld haben? Uns allen fehlt Brot und Kleidung. Und wenn man dann in der Eisenbahnerzeitung des EdE liest, daß es uns doch noch nicht so schlecht geht und unsere Männer doch noch „fette“ Arbeit hätten, so ist das unwahr. Die Massenentlassungen zeigen uns doch alle, wie diese „fette“ Arbeit ausseht. Genau so wie man die Arbeiter in der Privatindustrie aufs Straßengestühl wirft, macht man es auch mit den Eisenbahner.

Jetzt vor den Betriebsrätewahlen verprügelt man uns wieder alles mögliche. Man will „kämpfen“ um Verkürzung der Arbeitszeit, um höheren Lohn, um Ausbau der sozialen Bestimmungen des Tarifvertrages u. a. mehr. Dem Kampf werden wir so wenig wie in der Vergangenheit, in der Zukunft etwas sein. Das haben doch die Verhandlungen um den Mantelvertrag der Eisenbahner gezeigt. Oder betrachten die Führer der Gewerkschaften es als Kampf, wenn sie zu Dorpmüller gehen und ihm einen Strauß Blumen von dem nun unteren Männern bezahlten Beitragsgeld überbringen, oder ist es „Kampf“, wenn man an Dorpmüller schreibt: Sehr geehrter Herr Generaldirektor“ und ihn bittet, doch die Notlage der Eisenbahner zu verstehen. Das hat mit Kampf nichts zu tun, das ist übles Schamozottentum. So wie Schefel ist, sind Tausende seiner Betriebsräte. Viele finden nicht den Mut, sich gegen diese „Führer“ zu wenden und murren nur. Das muß anders werden. Die Betriebsrätewahlen geben den Eisenbahnerarbeitern Gelegenheit, dies zu ändern. Sie dürfen den Freunden von Dorpmüller nicht mehr länger Gefolgschaft leisten. Die Eisenbahner müssen sich ebenfalls einreihen in die Kampffront der revolutionären Arbeiter. Ich habe erkannt, daß nur die Eisenbahneropposition die Interessen der Eisenbahner entschieden vertritt. Darum sage ich:

Alle Eisenbahner müssen bei der Betriebsrätewahl nicht den Einheitsverband wählen, sondern die Liste der Revolutionären Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner.

Stärkt die rote Klassenfront durch die Wahl roter Eisenbahnbetriebsräte!

PROLETARISCHES FEUILLETON

Der Inquisitor / Von Siegfried Nebel

Kauch lag wie Frühlingdunst über Seattle, der großen Industriestadt an der fernsten pazifischen Küste Amerikas...

In den modernen abseitigen Wohnvierteln herrschte tiefe vorläufige Ruhe. Nur selten einmal bewegte sich der Zweig eines Baumes und ließ den Schatten, den er warf, heimlich zittern.

Dr. Keaton, der bekannte Pastor einer der umfangreichsten Kirchengemeinden der Stadt, war mit raschen Schritten ans Fenster getreten. Heftig quoll das erregte Blut durch seine Adern, seine Finger bebten und sein Atem flog. Unruhig hörend, und gleichzeitig besorgt, damit ihn keiner sehe, legte er das brennende Ohr an die Scheibe, die noch zu klirren schien von dem dumpfen Echo der heftig zugeworfenen Haustüre.

Leichte Schritte eilten draußen über die Treppe hinunter — es war eine junge, wohlgekleidete Frau. Ganz verwirrt stand sie. Bei ihrem plötzlichen, fluchtartigen Verlassen des Pastorenhauses hatte sie ihre Handtasche liegen lassen. Aber sie traute sich jetzt nicht, zurückzugehen, obwohl sich in der Tasche einige wichtige Papiere ihres Mannes befanden, die ein kleiner Händler der Stadt war.

Dr. Keaton hörte, wie sich die junge Frau entfernte. Entschlossen und verbittert verzog er die Lippen. Mit vorgestreckten Händen und gespreizten Fingern, nur mühsam sich andächtig durchdringend, schritt er sein kühles, ruhiges Zimmer kreuz und quer. Dünne Schweissperlen kletterten auf seiner Stirn. Ein unterdrückter Fluch der Ratlosigkeit würgte ihn ... Er hatte jene junge Frau nicht bekommen! Teufel! Wie ein Wurm frass ihn seine Niederlage. Aber was war zu tun? Wild biß er sich in den Daumen, um aufzuwachen aus seiner Depression und Kränkung.

Niemand sonst war zu Hause. Durch einige offene Fenster trieb süßlicher Duft vom Garten her. In Dr. Keatons Augen trat eine unruhige Glut. Wie, wenn die junge Frau auch nur ein Wörtchen von dem Vorgefallenen verraten würde? Er mußte vorbeugen. Nah hinterließerte ihn der Gedanke, dafür zu sorgen, daß der Mann ... daß der Händler ins Militär gedrückt würde. Es war Krieg; jeder wehrhafte Mann wurde gebraucht! Und obwohl Dr. Keaton vor sich selber tat, als wolle er diesen plötzlichen Entschluß gleich einer Einföhrung des Teufels verschweigen, erwog er ihn dennoch im stillen. Dem Pastor Keaton fiel es gewiß nicht schwer, kraft seines Namens und seiner Stellung einen behördlichen Eingriff zu veranlassen. Er hatte es schon oft getan, hatte schon manche Zwangsaushebung eingeleitet ... und zwar zu Recht, wie er sich sagte.

Mit hinterhältigen Plänen blühte er auf die zwei Wein gläser, die in der Ecke standen. Das eine, das noch voll war, trank er leer und füllte es dann erneut. Später, als er sich an den Schreibtisch gesetzt hatte, um einige geschäftliche Angelegenheiten, die ihm Sorge bereiteten, durchzuarbeiten, schriele das Telefon. Die Frau des Fabrikbesizers Morton erinnerte ihn freundlichsterweise an eine Einladung — er solle nicht vergessen, mittags bei ihr zu erscheinen. Dr. Keaton mußte abwesend lächeln. Er ließ die Papiere samt einem Manuskript mit Contagiosprechtigen, die er zu veröffentlichen gedachte, beiseite und stand ungeschlüssig auf.

Stauben lagerte warm die Luft des Mittags. Ganz von weit, wie ein Rückenwind, tönte das Gelumme der Fabriken. Der Krieg ließ die Maschinen kaum je zur Ruhe gelangen. Vor dem Hauseingang Dr. Keatons hing reglos die Landesflagge. Auch überall sonst waren jetzt Fahnen angebracht bis weit hinein zu den fernsten grauen Häuserwänden und den bräunlich umdünkelten Türmen. Vom langen Hängen schienen sie schon halb verblüht, wie Erinnerungen an eine vergangene Zeit.

Pastor Keaton, mit ausgefuchter Würde gekleidet, einen schlanken Teufel auf den Lippen, fuhr in seinem eleganten Wagen planlos durch die Straßen. Vielleicht würde er sich dabei gestreuen und am Steuer einen neuen Entschluß fassen können...

Geruhig blühte er die Häuserfronten entlang, wie ein Richter der Stadt, dessen Amt doppelt wichtig geworden war durch die Abwesenheit von so viel tausend Männern. Vor einem Kolonialwarenladen brachte er sein Auto zum Halten. Dort fand eine größere Gruppe von heftig diskutierenden Frauen, ihnen hörte Dr. Keaton eine Weile zu und öffnete dann das Fenster seines Wagens. „Ihr“, rief er hinüber zu den Frauen, „Ihr kreißel miteinander, weil es so wenig Zucker gibt?“ Seine Stimme bekam einen lodenden Ton, den er in seinen Sonntagserden ausließ, um die Liebe zum Kampf wach zu halten und zu schüren. „Frauen, wißt ihr denn nicht, daß man den Zucker zu Kriegszwecken gebraucht? Ihr solltet nicht so heimtückisch sein!“

Dr. Keaton stieß während der Fahrt leise vor sich hin. An einer Straßenkreuzung im Geschäftsviertel winkte er zwei junge Schüler, die ihn ehrfürchtig grüßten, zu sich heran: „Haben eure Eltern schon Freiheitsanleihe gezeichnet? So, das ist schön. Ja, ja, wir müssen genau so unsere Pflicht tun wie unsere Väter und die Front.“

Dr. Keaton freute sich unglücklich darüber, wie das Auto seinem Willen zu gehorchen hatte. Einmal fuhr er mit spicetischer Langsamkeit, und dann wieder krümmte er den Rücken und raste dahin wie ein Pfeil. Es war an der Zeit, sich bei Mortons einzufinden.

Das Haus dieses Fabrikbesizers war eines der schönsten im ganzen Umkreis. Pastor Keaton suchte es gern auf. Schon auf der Treppe kam ihm Frau Morton entgegen. Ihr Gruß, ihre Gestalt, das Barfüß, das sie vermodete, verurachteten stets, daß die Augenlider Dr. Keatons merklich zu zittern begannen. Heute trug sie, wie der Pastor sofort erfuhr hatte, der warmen Witterung wegen keinen Hüftenhalter und nur ein leichtes, durchsichtiges Kleid. Er fühlte das Bedürfnis, seine Stimme herabzudämpfen zur größten Annehmlichkeit. Pastor Keaton konnte in geschickter Weise, je nach dem Gegenstand, den er umwarb, sich rau und hart stellen und konnte ebenso sanft sein und schmeichelnd kitzeln.

Frau Morton führte den Pastor in das Arbeitszimmer ihres Mannes, das vor einigen Tagen neu ausgekattelt worden war. Dr. Keaton, der diese Einrichtung zum ersten Male sah, war wirklich erstaunt und verstellte sich keineswegs, als er immer von neuem staunend sich umschau. „Herzlich“, nickte er, „und teuer muß das sein...“

„Sehen Sie nur einmal die Bücherregale, Herr Doktor!“

lächelte die junge Frau. „Ja, und die vielen Bücher, Feder rücken, Gold!“ wunderte sich der Pastor. Der Fabrikbesizer, ein kleiner Mensch mit rücksichtslosem Gesichtsausdruck, zeigte lächelnd auf seine Frau. „Das ist ihr Wert! Wieviel Bücher waren doch das, Liebchen? Kurz und gut, wohl an 35 Meter Bücher, die sie gleichzeitig mit den Regalen bestellt hat.“ Er hatte die Angewohnheit, jedes Wort besonders zu betonen.

„Herzlich“, nickte der Pastor noch einmal, und dann sprach er eine Weile von gemeinsamen geschäftlichen Interessen, bis der Tisch gedeckt war. Die verführerisch hergerichteten Speisen und die teuren Getränke erzeugten eine überaus heitere Stimmung. Der Fabrikbesizer sprach nachdenklich das Kinn vor: „Und das Schienenkomitee, Herr Doktor, das Sie angeregt haben, ist wirklich das vorzüglichste, was ich in letzter Zeit erlebte. Besser hat mein Betrieb noch nie geklappt.“

Frau Morton, die noch nicht wußte, was das Schienenkomitee zu bedeuten hatte, blühte den Pastor, der jetzt Demut heuchelte, fragend an. „Sich mal“, sagte Herr Morton an des Pastors Stelle zu ihr, „das Schienenkomitee hat die Aufgabe, ... Klein, ich muß anders beginnen. Das Schienenkomitee ist eine Gruppe von Arbeitern in meinem Betrieb, die aus eigenem Antrieb dafür sorgen, daß alle Arbeiter hundertprozentig amerikanisch und patriotisch sind, und daß sie acht Stunden am Tag und sechs Tage in der Woche mit aller Kraft arbeiten. Und übrigens ist auch das gut.“ wandte sich der Fabrikbesizer an den Pastor, „daß sie die Arbeiter veranlassen, Freiheitsanleihe zu zeichnen und Kriegspapirmarken zu kaufen...“ vorfreudlich, Herr Doktor! Ja, dieses Schienenkomitee, Liebchen, nimmt sich nun energisch



all jener Arbeiter an, die sich nicht zu antworten, wie wir es wünschen. Dieser hinterhältige Ruchel Richter — da weicht, ich erziele dir schon davon, es in jener Justizkanzlei, der wegen schwerer Körperverletzung eingekerkert gewesen war — also der ist wie umgewandelt, der ist geradezu ein Teufel für uns geworden. Er leitet nämlich das Schienenkomitee. Und wenn nun ein Arbeiter bestraft werden soll, halt das Schienenkomitee ein Rohr, das in der Schmiede erhitzt wird, und legt den betreffenden Arbeiter darauf, reitet ihn durch das Rohr und ...“

„Ach“, meinte Frau Morton trocken, „ist das nicht?“

„Was denn? Ja, heißt das, liebes Kind, wir können unter den heutigen Umständen doch nicht alle Arbeiten auf die Schultern der Justiz laden, da müssen wir uns schon selber helfen.“

Frau Morton lächelte wieder und hob ihr Glas: „Auf Ihr Wohl, Herr Doktor! Ich bewundere Sie immer mehr.“ Der Pastor neigte den Kopf. „Ja, auf Ihr Wohl“, rief auch Herr Morton, „und kommen Sie wirklich wieder einmal mit in die Fabrik. Sie werden erstaunt sein über die Disziplin, die jetzt herrscht.“

„Prost!“

Das Rohr, eine große Maschinenfabrik, lag am Rande der Stadt in einem Wald rauchender Schloten. Unablässig dröhnten die Räder und Kolben. Der Krieg brachte viel Anstöße, viel Arbeit. Durch den Neubau zahlreicher Arbeitskräfte war die Fabrik in launem, häufigem Wackeln begriffen. Die Luft roch brandig.

Die beiden Männer, die sich jetzt an Auto dort hinfuhren, zündeten sich eine Zigarette an und legten sich nachlässig zurück in die weichen Polster. Der Pastor, der den mächtigen Einfluß des Fabrikbesizers kannte, machte einige Andeutungen darüber, daß es in der Stadt eine bestimmte Schicht von kleinen Händlern gebe, die sich vor dem Kriege drückten. Der Fabrikbesizer nickte dazu und meinte, ja, diese Schicht sei wirklich unproduktiv und zu Hause von keinerlei Nutzen. Dr. Keaton aber dachte mit wachsender Selbstüberhebung an jenen Händler, dessen Frau heute Morgen vor ihm geklappt war...

Herr Morton begab sich in das Verwaltungsgelände der Fabrik. Dr. Keaton schlenderte langsam durch das ganze Werk. Die Mittagspause war eben beendet, und die Arbeiter hatten sich müde erhoben von dem nackten, schweißigen Platz, auf dem sie saßen. Hämmer dröhnten in mildem Chor, Stahlplatten klangen auf mit ohrenzerreißender Gewalt. Dicker Rauch hatte die Gesichter geschwärzt und der Schweiß fröh munde Flecke darauf.

Dr. Keatons Stimmung verfinsterte sich immer mehr; in der schwülen Luft unter dem niedrigen Glasdach trat Schweiß auch auf seine Stirn. Mit unterdrückter Verzögerung beantwortete er nur nachlässig die Grüße der Arbeiter. Kriecherische Blicke wandten sich ihm überall entgegen, denn die Arbeiter waren wiederholt auf ihre bedingungslose Untermütigkeit hin gründlich gelehrt worden. Justizäm blühten sie dem Pastor, dem Schöpfer ihres Schienenkomitees, nach ...

Dr. Keaton trat in den Klosterraum. Überlitterer Duft umfing ihn. An den getrockneten Wänden erblühte er ein endloses Gewimmel graugelber Larven, die immer wieder in die flutende Tauche herabfielen. Fremsen umflumten seinen Kopf. Der Pastor schrie beinahe auf, schlug wie toll mit seiner freien Hand durch die Luft und floh. Sein Magen zog sich zusammen. In das Gedröhn der Fabrik hinein, das jedes Wort erstichte, schrie er die wüstesten Flüche, deren er sich entsann. Er suchte nach einer Wackgelegenheit, fand aber keine...

Jetzt hatte er keine Lust mehr, sich von dem ins Wahlose gefeigerten Arbeitstempo zu überzeugen, es war ihm etwas Selbstverfündliches. Wegen der Freiheitsanleihe und der Kriegspapirmarken aber würde er ein andermal wiederkommen. Heute nicht! Ein bodenloser Haß suchte plötzlich in seinen Augen auf; alles erschien ihm zum Erbischen sinnlos. Jähnekräftig ging er auf den Hof.

Dort gewahrte ihn jener Justizkanzler Richter, der ihm sofort naheichte und mit grinsendem Gesicht zurück, sie hätten heute im Betrieb einen Verräter entdeckt. Dr. Keaton, noch bloß vor Wut, bemühte sich, jetzt möglichst würdevoll zu erscheinen. „Einen Verräter?“ fragte er.

„Ja, keine Freiheitsanleihe hat er gezeichnet und keine Marken gekauft!“

„So — und weigert sich?“

„Ja, er weigert sich auf ih ein — So, nicht!“

„Beho! Ist diese Sor... immer noch vorhanden?“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

„Jawohl, immer noch!“

Dresden-A.

Die trustfreie **CÄSAR** 5-Pf.-Zigarette

Residenz-Büffet und Konditorei Seestraße 7
Filiale: Waisenhausstr. 18

7% WI WOSA 7%
Wir verkaufen an jedermann! (Ohne Mitgliedszwang und ohne Einzahlung)
Lebensmittel und Fleischereiwaren

Drema A-G.
Milch Molkerieprodukte **Dresden** Sonstige Lebensmittel
Würzburger Straße 9

Zeichhütte Buchbindungs- und Malereibetrieb
Zu **Paula-Weirdorf**
Erdstr. 10, Dresden

Gertrud Seyfert Annenstr. 19/Schokoladen-Spezial-Geschäft
Anerkannt größte Auswahl u. billigste Preise
Der beliebte Thürmer-Kaffee hier erhältlich



Hüte, Mützen, Herren-Artikel
Sträßburger Hut-Bazar

Wettiner-, Ecke Gr. Zwingerstraße
FREITAL I, Untere Dresdner Str. 98

Brechelt & Co.
Inti, Carl Zieker
Lindenastraße 18
Eisenwaren - Küchengeräte

Elektrische Anlagen
Reparaturen Radio
Rudolf Grötzsch
Lindenastr., Ecke Uhlandstr. Tel. 43249

Die beste Milch
Für den Säugling, das größere Kind, zur Kur für Kranke und Erwachsene liefert unsere Milch in alle Stadtteile und nach außerhalb zur die altrenommierte Firma

Milchkuranstalt „Sanitas“
Besitzer: S. M. Winkler
Dresden-A., Zwickauer Straße 76
Telefon 43109
Das Haus der Säuglingskur, Beglaubigte Anerkennungen aus Aachen und Verviers. Kranken liegen ständig zur Einsicht aus. Fordern Sie Prospekte gratis. Höchste Auszeichnungen der Kinder- und Kindheilkunde. Internationale Hygiene-Ausstellung und sonstige hohe Auszeichnungen

Lebensmittel-Mende
Freiberger Straße 6
Billigste Bezugsquelle in Wurstwaren

Richter-Zigarren rauchen heißt Geld sparen und Besseres genießen!
Johannes Richter
Dresden-A. 1
Landhausstraße 8
Filiale: Amalienstraße 9

Gerd Baentsch
Am Schießhaus 17 / Telefon 29 438
Anleitung Propaganda für alle Organisationen

Huschhalle I
am Postplatz

Huschhalle II
Pillnitzer Str. 4

Die bekannten Altdeutschen in erster Qualität
Dazu das köstliche **Waldschlößchen-Bier**

Verlangt überall **Wimpelli**

Tischler- und Polster-Möbel
Niedrige Preise / Solide Waren / Große Auswahl in 5 Etagen / Stets wachsender Umsatz infolge persönlicher Empfehlung
Dresden-A. 1, Rosenstraße 45
(Nähe Ammonstraße)
Hesse

In jedes Haus Schokoladen von **Clauß**

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

Trinkt morgens Tee



Marke „Teekanne“, Mischung „Lila“ des Morgentee

Aber nicht so soll Teekanne „Lila“ getrunken werden wie am Nachmittag oder Abend, sondern stark dunkelrot aufgekesselt, möglichst mit Zusatz von Milch, je nach Geschmack mit oder ohne Zucker.

Teekanne „Lila“ ist ein kleblättriger, erquickender und kräftiger Morgentee, nach dessen Genuss man sich frischer und wohler fühlt als bei allen sogenannten fülligen Morgengetränken.

Fordern Sie in den Geschäften kurzweg

„TEEKANNE LILA“

Das 50-Gramm-Paket kostet nur 80 Pfennige und reicht für ca. 70 Tassen kräftigen Tee. Demnach die Tasse nur zirka 1 Pfennig.

50% Wäsche- u. Baumwollhaus
Fraueneck
Rebatt in Spai-Marken
Ecke Frauenstraße
Schössergasse 9, am Altmarkt

MEHL T. BIENERT GRIES

Photo-Leinert Apparate-Zubehör
Entwickeln und Kopieren
Weinligstraße 2, Dippoldiswalder Platz

Die hochfeine 5 Pf. Zigarette **CONFREIA**
(Konzernfrei)

Ernst Neßler, Nachf.
Wettinerstraße 7
Johannstraße 3
Dreyhainplatz 1
(Am Straßenbahnhal Micket)

Kolonialwaren Weinhandlung Spirituosen Kaffee-Rösterei
Verlangt Elertelgwaren und Makkaroni von **Max Sparmann, Kötzensbroda**

Sie rauchen noch keine **Supra?**
— — — **Schade!**
Es sind die besten Zigaretten! Konzernfrei
Supra 5 Pf. * Supra Ideal 6 Pf. Stadtwappen 4 Pf.

Marien-Apotheke
Altmarkt 10, Kreuzkirchenecke
Lieferung für alle Krankenkassen
Allopathie Homöopathie Biochemie

Drogen-Spezialhaus, Kräutergewölbe
Farben / Lacke / Pinsel usw.
Spalteholz & Bley Pillnitzer Straße 20

Herren- und Knaben-Bekleidung
Hüneburg

Sport- und Arbeitskleidung — Maßanfertigung
Wettinerstraße 35/37 • Besuch ohne Kaufzwang gestattet

Karl Lohse Wettinerstraße 46
Schokolad. u. Zuckerwaren erster Firmen
Vorkauf u. Wiederverkäufer

SEIDEN-HAUS Jacoby
DRESDEN-A., ALT MARKT 6

Berufskleidung aller Art
A. Altus, Große Brüdergasse 43, II

Wild-, Geflügel- und Feinkosthandlung
Otto Hartmann Kreuzstraße 13

Kauft in **Edeka** Geschäften



+ Zwerg-Drogerie +
Gute Farben — Gute Lacke
Günstige Preise Rosenstraße 5
Carstensen
Pillnitzer Straße 5/7
Schneiderei-Zutaten, Spitzen u. Besätze

Schokoladen-Hering
Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik
Kaffee-Groß-Rösterei
Alleiniger Hersteller der echten **Sanussa-Husten-Bonbons**
Hochwertige Kaffees zu volkstümlichen Preisen — Immer frisch geröstet!

Monats-Garderobe
gute Maßanzüge und Mäntel von 20, 15,- bis 10,-
Große Auswahl in neuesten Anzügen und Mänteln
Vorzeiger dieses erbl. 5. Preisen! **Habatt Lengermann**
Große Brüdergasse 23

Greiling-Schwarz-Weiss

es gibt keine bessere 48 Zigarette



Das Scheitern der englisch-ägyptischen Konferenz

London, 9. Mai. Nach wochenlangen Verhandlungen ist die englisch-ägyptische Konferenz in London abgebrochen worden. Der formelle Grund, der dafür angegeben wird, ist die Unmöglichkeit, sich über das Schicksal des Sudans, auf welchen die britische Bourgeoisie allein den vollen Anspruch, die ägyptische Mitsprache erhebt, zu einigen.

Bei der Abreise der ägyptischen Delegation veranstalteten in London lebende ägyptische Arbeiter und Studenten eine große Kundgebung vor dem Bahnhof. Eine mitgeführte Fahne trug die Aufschrift: „Es lebe die Unabhängigkeit Ägyptens und des Sudans.“

Als der ägyptische Premierminister Rehas Pascha vor etwa sechs Wochen nach London kam, waren die Erklärungen, die von Seiten des britischen Außenamtes ebenso wie von ägyptischer Seite über den bevorstehenden Verhandlungsgang gegeben wurden, so zuverlässig, daß die Besprechungen nur den Zweck zu haben schienen, eine im voraus abgemachte Anglegenheit formell zum Abschluß zu bringen. Tatsächlich war der Verrat des ägyptischen Wafd (Ägyptische national-reformistische Partei) und seine prinzipielle Zustimmung zu einem Pakt, der politisch einen Block mit dem britischen Imperialismus gegen die Massen der ägyptischen Werktätigen bedeutete, über jeden Zweifel erhaben. Rehas Pascha wollte nur noch, um das Gesicht zu wahren, um einige geringfügige Punkte feilschen, wozu ihm Henderson, der sozial-imperialistische Außenminister, der den britisch-ägyptischen Vertrag immer wieder gern als Muster seiner fortschrittlichen Kolonialpolitik reklamirte, gern Gelegenheit gab.

Während aber in London freundschaftlich und in bestem Einvernehmen die Besprechungen begannen, zogen düstere Wolken an dem Horizont des britischen Imperialismus herauf. Die große revolutionäre Bewegung in Indien setzte ein und im Laufe weniger Wochen war der britische Imperialismus mitten in schweren Kämpfen gegen ein ausländisches 200-Millionen-Volk hineingeraten. Weit über die Grenzen Indiens wirkten die Kämpfe von Kalkutta, Peshawar, Bombay revolutionierend. Es gibt fast keine britische Kolonie, an der die große indische Bewegung spurlos vorübergegangen wäre, wo nicht sofort die Erschütterung, die das britische Imperium durch die indische Revolution erleidet, sich fühlbar gemacht hätte.

Auch die Sprache der ägyptischen Zeitungen, die früher für den von Henderson vorgeschlagenen Pakt nur Lobesworte hatten und nur von notwendigen geringfügigen Veränderungen sprachen, wurde zusehends schärfer. In den Wafd-Versammlungen, wo nicht nur die offiziellen Führer, sondern auch einfache Wafd-Mitglieder zu Worte kamen, wurde der Vertrag heftig angegriffen. Die wachsende Stimmung gegen den verratlichen Pakt machte sich im ganzen Lande bemerkbar, anonyme Flugblätter, die sich in schärfster Weise gegen den Vertragsentwurf wandten, zirkulierten im Lande, in Mansuza (einer ägyptischen Provinzstadt, die von jeher einer der Brennpunkte der revolutionären Bewegung war) wurde ein Wafd-Abgeordneter mit einer feindseligen Demonstration, in der auch Rufe wie „Nieder mit den an England verkauften Verrätern!“ laut wurden, empfangen. Die bedrohte Wirtschaftskrise, die die wertvolle Bevölkerung Ägyptens in den letzten Monaten besonders hart mitnimmt, tat das ihre, um den Wafd zu größter Vorsicht zu zwingen.

Nicht zu vergessen ist, was der Einfluß war, der für den Wafd auf dem Spiele stand, wenn er im Momente eines revolutionären Aufschwungs in den britischen Kolonien, einer anwachsenden Volksbewegung in Ägypten selbst, einer überaus schwierigen Lage des britischen Imperialismus sich den britischen Bedingungen nicht nur in Bezug auf die militärische Okkupation des Sudan-Kanale, sondern auch auf Abtretung des Sudan von Ägypten unterworfen, wenn er einen Vertrag, wo all dies ausdrücklich mit der Unterzeichnung einer ägyptischen Nationalregierung betrautigt wird, abgeschlossen hätte. Der Wafd fand in Gefahr, nicht nur keine Popularität unter den wertvollen Massen zu verlieren, sondern auch die Unterstützung gewisser dürftiger Schichten, welche einen Verzicht auf den Sudan als direkte Interesselösung für sich ansah. Es droht eine Wafd-Spaltung.

Dieß zwang Rehas Pascha dazu, in erster Stunde den Ver-

Militärputschversuch in Spanien

Stürmische Kundgebungen im ganzen Lande — Generalstreik in Sevilla

Madrid, 9. Mai. Die Nachricht von einem im letzten Augenblick vereitelten Militärputsch hat gestern und heute in ganz Spanien zu großen Demonstrationen und Kundgebungen geführt. In der Nacht zum Donnerstag wurden die Generale Martinez Anido, ehemaliger Innenminister unter Primo de Rivera, und Barrera (ehemaliger Generalkapitän von Katalonien) in ihren Wohnungen verhaftet. Ein amtliches Communiqué teilt mit, daß die beiden Generale, geküßt auf die Pularenregimenten, einen Militärputsch geplant hätten, der für die Nacht vom Mittwoch zu Donnerstag angelegt war.

Die Garnisonen von Madrid und Barcelona sollen nach Zeitungsberichten, die amtlich demontiert werden, an der Verschwörung beteiligt gewesen sein. Wertwürdigerweise wurden die beiden verhafteten Generale bereits in den Abendstunden wieder auf freien Fuß gesetzt.

Nach weiteren Meldungen wurde General Berenguer, der die republikanischen, antimonarchistischen Kundgebungen in allen spanischen Städten mit brutaler Gewalt niederschlagen läßt, von einer Konferenz der prominentesten republikanischen Politiker durch eine Delegation über die Pläne des Generals Anido unterrichtet.

In Sevilla ist die Arbeiterschaft in den Generalstreik eingetreten. Bei ihren Straßenkundgebungen kam es bereits mehrere Male zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei.

In vielen anderen Städten fanden Arbeiterdemonstrationen trotz des bestehenden Versammlungsverbotes statt. Schwere Zusammenstöße wurden aus Sevilla, Granada, Cadix und Valladolid gemeldet.

In Valencia fand vor dem Gebäude des „Diario de Valencia“, der die Demonstranten angegriffen hatte, eine große Protestkundgebung statt. Das Gebäude der Zeitung wurde durch Steinwürfe schwer beschädigt.

Die Ereignisse in Spanien sind ein Ausdruck der unläslichen politischen Krise der Diktatur. Allen Anschein nach handelt es sich bei dem angeblich vereitelten Putschversuch, dessen Urheber so eilig wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, um ein abgekartetes Spiel, das angesichts der sich vertiefenden allgemeinen Gärung der liberalen republikanischen Bourgeoisie den Vorwand liefern soll, um vor der Diktatur Berenguer zu kapitulieren.

Für die Annahme sprechen alle bisher in der Öffentlichkeit gedruckten Nachrichten über die merkwürdigen Umstände bei der Aufdeckung des angeblichen Komplotts.

Die spontanen Aktionen der Arbeiterschaft, die sich den Demonstrationen der republikanischen Studentenschaft anschließen, um für ihre eigenen Forderungen zu demonstrieren, sind der liberalen Bourgeoisie so in die Knochen gefahren, daß sie lieber die Kapitulation vor der Diktatur in Kauf nimmt, um nicht die Gefahr des proletarischen Massenkampfes zu waden, die sie mit vollem Recht nicht mehr loswerden fürchtet.

Die Ereignisse des heutigen Tages werden eine weitere Aufklärung der politischen Krise in Spanien zur Folge haben.

In der Universität in Sevilla kam es zu Kämpfen zwischen Monarchisten und antimonarchistischen Studentenstruppen, weil die monarchistischen Studenten die auf dem Universitätsgebäude gehängte Fahne beschimpft hatten.

Die Führer der AP. Amerikas im Kerker

New York, 8. Mai. Die bekanntlich wegen der Organisation der Demonstrationen am 8. März zu je drei Jahren Gefängnis verurteilten Führer der kommunistischen Partei der USA, die Genossen Foster, Minor, Amer und Kaymond befinden sich in einem alten Einzel-Gefängnis, wo ihre Gesundheit aufs Schwerste gefährdet ist. Genosse Minor, der Chefredakteur des kommunistischen Zentralorgans „Daily Worker“, hat sich bereits ein schweres Leiden zugezogen und mußte in das Gefängnis-Hospital überführt werden.

Polnische Bergarbeiter streifen

Warschau, 9. Mai. In Sosnowice haben etwa 2000 Arbeiter der drei Gruben des Konzerns „Kasimir“ im Streik gegen die Einführung einer neuen Arbeitsordnung. Der Kampf hat sich bereits darauf zugespitzt, daß starke Polizeieinheiten in das Streikgebiet entsandt wurden.

laufspiele, den er für den Verrat des Wafd gefordert hatte, noch in bestimmte Forderungen in der Sudan-Frage zu erhöhen, was aber Henderson, der in der ägyptischen Frage vollständig von den Liberalen und Konventionen abhängig ist und dem es auch nicht einfiel, irgendwelche imperialistische Interessen preiszugeben, nicht annehmen konnte. Die Folge war der Bruch. Ein Bruch, der weder etwas an dem grundsätzlich verratlichen Charakter des Wafd, der ja Konzeption des Vertrags abgelehnt hatte, ändert, noch auch als endgültig zu betrachten ist. Die gewaltigen Veränderungen in der Weltsituation, die in den wenigen Wochen der Verhandlungen durch das Auftreten der mächtigen indischen Revolution und der Renaissance der chinesischen eintrat, sowie auch der Stimmungsumschlag in Ägypten haben Rehas Pascha zu diesem

Die Kämpfe in St. Pölten

Wien, 9. Mai. In St. Pölten befinden sich immer noch starke Gendarmereinkantungen von anómatis. Der Bundeshauptmann hat alle Bezirkshauptmannschaften in Niederösterreich angewiesen, die Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsgesetzes streng durchzuführen. Gegenkundgebungen sollen unter keinen Umständen gestattet werden.

In der Glanzstofffabrik in St. Pölten dauert die Bewegung an. Die Arbeiter weigern sich, mit den christlich-sozialistischen Elementen zusammenzuarbeiten. Die Behörden verzagen trotz des Militärangriffs und der aufgebotenen Maschinen-gewehre ihrem „Mittlererfolge“ keine Geltung zu verschaffen. Die größte Teil der Fabrikisten zieht es vor, dem Betriebe fernzubleiben. Einige sind unter dem Druck der Arbeiter von der christlich-sozialistischen zur freien Gewerkschaft übergetreten.

Die Nummer der „Roten Fahne“ vom Donnerstag wurde wegen Hochverrats beschlagnahmt, da sie die Arbeiter von St. Pölten aufforderte, nicht unter Besonnenheit zu arbeiten.

Unter den Schulkindern zeigt sich wachsende Erregung über die Kapitulation und den Verrat der sozialdemokratischen Schulhundführung.

Manöver gezwungen. Der Block zwischen britischem Imperialismus und ägyptischer Bourgeoisie ist aufgehoben, aber keineswegs aufgehoben. In der praktischen Politik aber bedeutet die Tatsache, daß es Henderson gerade im gegenwärtigen Augenblick nicht gelungen ist, den ägyptischen Vertrag unter Tsch und Joch zu bringen, eine neue Beschleunigung der Krise des britischen Imperiums. Indien im Aufstand, blutige Kämpfe in Südafrika, die arabischen Völker in revolutionärer Gärung, Unruhen in fast allen afrikanischen Kolonien Englands, Sowjetgebiete in Südrussland und nun auch Misserfolg an dem einzigen Punkt, wo die Labour-Regierung eine „befriedigende Regelung“ in der Tasche zu haben glaubte, Abbruch der britisch-ägyptischen Verhandlungen — ein trübseliges Gesamtbild nach fast einem Jahr Labour-Regierung.



50. Fortsetzung

Andere machen aus Granatsplittern Speerbeschwerer, Dolche, wer weiß was alles. Andere lassen von Kupferringen Fingerlinge, Broschen, Kunstwerke aus jungen Birkenzweigen entstehen. Andere legen den Löffel aus dem Mund und sitzen jede freie Minute beim Stat. Die Photographen photographieren die verwehenden Russen in den Drahtverhauen, das sind die „Gebildeten“, die Offiziere und Einjährigen, die teure Apparate hier haben. Halbverweste Menschen im Bild als Kriegsveteranen, deren Knochengerioste wie Vogelscheuven in den spanischen Ketten hängen — ist doch mindestens originell!

Es ist so schwer, hier Abwechslung zu finden. Man weiß, daß eine Pferdeaus auf eine Menschenlaus losgeht und amüßert sich bei diesem Ringkampf. Wenn alles nicht mehr befriedigt, hatten sie sich gegenseitig Besuche ab. Wochen sich Krügen und Porzellan aus Pöper, drehen den Kopf ihres Ehrenkleides um und empfangen „Gäste“. Sie leben sich in die Theater hinein, reiten auf ihrer Phantastie in die Helmat, greifen sich den Schnapsballen in der Ecke — an nichts ist Ueberflug, außer an Schnaps — und laufen, laufen! Saufen heißen Rum, weil kalter Rum in heißem Wasser eine zu schwache Mischung ergibt, wenn sie heiß bleiben soll. Die „Kapelle“ tritt in Funktion.

Alle Glocken, einige Töpfe, Schlagzeug von Topfbedeln. Heber einige Bretter sind Telephondrähte gespannt, das sind die Geigen. Die Trommelfläche mischeln in den Glocken, die Pautenschlegel auf die Töpfe, die Geigen quitzeln, die Topf-

bedel fallen krächzend ein. Auf einer Tonne wird noch getrommelt. Einer ruft den andern zu überhören:

Wenn das so weitergeht
im nächsten Jahr,
hum wir's Delirium,
Hallelujah!

Manchmal bringt einer seine „Braut“ mit nach Hause. Immer omanieren ist zu eintönig. Und immer noch einen Becher heißen Rum.

Ich sitze am Ofen, schaue in die Glut, Minute auf Minute: der Wahnwitz grüht aus den verzerrten, kindischen, vertrottelten Gesichtern. Das Gehirn droht zu platzen. Ich steife nach einem Becher und trinke, trinke, laufe, bis zur Bewußtlosigkeit.

Der Posten horcht in die Nacht. Was schnarrt da so furchtbar? Sie finden mich im Jemenischuppen auf den Säcken, völlig bewußtlos, bei zehn Grad Kälte.

Stellungswechsel!

Die Batterie packt, zieht fort, kein Mensch weiß, wohin. Im Westen verschlingen die Granaten täglich Zehntausende — keiner sagte nein, fragte man ihn, ob er hier fort und dorthin wolle. Sie gehen auch hier zugrunde, nur langsamer, noch unauflösel.

Aber wir ziehen nur ein wenig nach rechts oder links; heute wieder nach rechts. Die Infanterie hat schon Wochen vor dem gerückt. Minenwerfer sind in Stellung gegangen. Die alte Stellung soll wieder genommen werden.

Wir fahren in der Nacht durch einen sandigen Hohlweg, dann durch ein Dorf, dessen Häuser aus anderen Dörfern zusammengehalt und wieder aufgebaut wurden. Hinter dem Dorf deckt uns eine Allee alter Laubbäume. Die Batterie soll dann rechts über die Sanddünnung aufziehen, vor der ein großer Teil liegt. Unter dem Schuß der alten Bäume machen wir halt, die Munitionskolonnen hält im Hohlweg.

Zweihundert Meter in der Sanddünnung ist die Stellung für uns aufgewiesen, vor einer sich wellig hinziehenden Anhöhe. Dahinter erhebt sich eine etwas höhere Hügelkette, aus der es wie Steinbrüche herausleuchtet. Die Russen drücken hier dauernd auf die deutsche Infanteriestellung. Der erste Graben ist schon geräumt, er lag vor der Hügelkette. Ein weiterer erfolgreicher Durchbruch durch die Reiterstellung macht das Dorf mit seinem Proviantamt, Verbandplatz und der Krankenammel-

stelle zum direkten Ziel der russischen Maschinengewehre. Die Hügelkette muß wieder frei von Russen sein.

Wir sollen noch in der Dunkelheit antreten, und um 4.30 Uhr feuerbereit sein. Jeder von uns liegt ein klarer Himmel, über dem kleinen See eine Gashicht, die schon trägt. Borna lebt schon gleich nach Mitternacht das Gewehr- und Maschinengewehrgewehr auf, dazwischen die drohenden Einschläge der Mienen. Das Konzert der einschleichenden Artillerie läßt von links und rechts her zusammen. Russische Granaten und Schrapnells fallen sich von links an dem See herauf, kommen näher; ein Granate explodiert auf dem Eis und wirft eine Kleinfenerjähle hoch, die flutschend auf das Eis zurückfällt.

Die Batterie zieht auf, fährt im Trab auf die Sanddünnung, — bricht durch die dünne Decke, die Räder sinken ein, die Last zwingt die Pferde zum Schritt. Sie sehen schneidend, immer tiefer versinken die Kanonen. Die Steigung macht sich bemerkbar, das erste Geschütz hat schon fast hundert Meter vor der Stellung. Munitionskolonnen liegen in den Schären.

Wir schauen frei, die Pferde ziehen von neuem an. Ein Gaul wiehert laut in den dämmernden Morgen. Vor uns, hundert Meter vor der ausgeworfenen Stellung, heulen zwei Einschläge auf. Steinbröcken poltern zu Tal, Bächen gefrorener Erde springen aus dem Wald und werfen sich vor uns hin. Der flählere singende Ton der Brisanzgranaten kriecht wannend an unseren Ohren vorüber, über den Weiber, als schon der Abbruch der zweiten Salve aufjuckt. „Was wai omutter — Krampf!!! — Da Summ!“

„In die Spreiten!“

„In die Spreiten!“
„In zweiten Geschütz schlägt ein Mittelgeschütz unangekündigt hintenans, steigt dann vorn hoch. Springt trotz aller Hiebe über die Stränge, will zurück, fällt um und schlägt im Liegen um sich. Man schneidet es aus den Strängen; es springt schreiend auf und beißt dem Fahrer, der es halten will, den Oberarm durch. Dann stürzt es davon, überschlägt sich, springt wieder auf, kommt bis zum Weg am Weiber, überläßt sich einmal. Dann kommt es nur noch mit Kopf und Vorderbeinen hoch, scheint sich dauernd auf herabhängende Stränge zu treten oder auf das Sattelzeug, das ihm unter dem Leib zu hängen scheint. Gibt dann seine Anstrengungen auf und fällt schwer auf die Erde.“

(Fortsetzung folgt)

30 Schaufenster

RENNER Konfektion



Mantel m. Pelerine aus leichtem, kariertem Stoff, für junge Damen **16⁷⁵**

Mantel aus reinwollenem Ripel, flotte Glockenform, ganz gefüttert, in schwarz, marine... **29⁷⁵**

Mantel aus reinwollenem Herrenstoff, ganz auf Futter, flotte Sportform **49-**

Mantel aus Seide, ganz auf Kunstseide gefüttert, in schwarz und marine vorrätig **68-**

Mantel aus Wollgeorgette, ganz auf Kunstseide gefüttert, moderne Glockenform, reich mit Pelz verbrämt **78-**

Jaackenkleid, besonders preiswert, praktischer Sommerstoff, flotte Gürtelform **22-**



Kleid, jugendliche Form, prima Bastseide, Rock mit Falten, Gürtel, farbige Krawatte... **15⁵⁰**



Frauenkleid aus Wollmusselin, neuartiges Mouliné-muster, Glockenrock mit Gehfalte, Größe 42 bis 50 **25-**



Kleid aus Charmeuse-Satin, ringsum reiche Glocke, doppelseitig verarbeitet..... **27-**



Wollmusselinkleid, jugendl. Form, Westenteil aus Crêpe de Chine, Ärmel mit aparter Manschette... **34-**



Vollekleid, Boleroform, weiter Glockenrock u. Ärmel, Größe 42 bis 46 **38-**



Jaackchenkleid aus Crêpe de Chine, in schönen neuen Dessins **65-**

Flotter Mantel, reinw. Nattstoff, rückwärts Glocke und Pelerine, mit Hase verbrämt, in schwarz u. marine, ganz gefüttert **34-**

**Ein Riesenerfolg
aus
unserer
großen
Einkaufs**

**Für starke Damen
haben wir den
Namen**

Zahlung kann erfolgen bei Kauf der Ware unter Kürzung von 3% Skonto oder ohne jeden Aufschlag in 4 aufeinanderfolgenden Monatsraten
Unsere Versand-Abteilung erledigt für auswärts Wohnende alle Bestellungen

RENNER
Auswahl
Qualität
Preiswürdigkeit

RENNER

KAUFHAUS AM ALTMARKT

Der arme Teufel

aus der Oberlausitz.

Für Wahrheit und Recht! Den Schwachen zum Schutz! Den Mächtigen zum Trutz!

Verleger: Dr. G. Ziegler, Dresden, Brühl 1. 1930

6. Jahrgang, Nr. 107

10. Mai 1930

Druck: Dr. G. Ziegler, Dresden, Brühl 1. 1930

Zertrümmert Sachsens Bürgerblut-Diktatur

Nazis als Ministeranwärter / Neues Ablenkungsmanöver der „linken“ SPD-Führer / Nur die KPD ruft die Massen zum außerparlamentarischen Kampf / Heraus zur Kundgebung am Montag in den Blumenjahren Dresden!

Dresden, den 10. Mai.

Das 4-Männer-Kollegium, das unter der Führung Schieds das Regierungsgeschäft künftig in Sachsen führen soll, nennt sich „unpolitisches Beamtenkabinett“. Dabei ist es die vollkommenste ausgeprägte Regierungsgestaltung, die Sachsen jemals gehabt hat. Die Minister sind Volksparteiler oder der Volkspartei nahestehend. Die ihnen von den sächsischen Kapitalisten zugewiesene Aufgabe ist es, ohne Rücksicht auf das Parlament, ohne Rücksicht auf die Arbeiter, die Interessen der verschiedenen Parteien den Hungerterror mit List und Ausnahmemaßnahmen durchzuführen. „Unpolitisch“ nennt es sich nur deshalb, um die einzelnen Parteien der offiziellen Verantwortung für die Taten der Regierung zu entheben, den Parteien Spielraum zu gewähren, den Betrug gegenüber ihren kleinbürgerlichen Wählern besser durchführen zu können.

Welche Rolle spielen dabei die Faschisten und die „linken“ sozialdemokratischen Führer? Das Sachsisches Beobachter von heute morgen, der Sächsisches Beobachter, wendet sich plötzlich gegen das Kabinett Schied. „Die unzulängliche Ministerliste“ — „Was das Bürgerrecht neu machen?“ lautet die Ersetzungsfrage des Herrn Strager.

Nazis Ministerlehnsucht

Was ist los? Haben nicht erst vor wenigen Tagen die Nationalsozialisten Herrn Schied, den Beauftragten der sächsischen Volkspartei, in den Sattel gehoben? Haben sie nicht noch vor wenigen Tagen den kommunistischen Antrag auf beschleunigte Abstimmung über Landtagsauflösung niedergelegt? Warum plötzlich der Stellungswechsel? Sind unsere nationalsozialistischen Kapitalisten plötzlich zu „Lobenswürdigern der bürgerlichen Vorkriegsregime“ geworden? Der Sächsisches Beobachter gibt selbst Aufklärung darüber:

„Die Nationalsozialisten erheben nochmals mit aller Bestimmtheit die Forderung auf Besetzung des Arbeitsministeriums mit einem sechsundzwanzigjährigen Beamten.“

Hier liegt der Hale im Pfeffer. Jammern, Unterwürigkeit des kapitalistischen Pöbels, Streikbruch und Terror gegen die Arbeiter, aber gibt uns einen Minister; denn unsere „nationalsozialistischen“ Ziele, erklärte Hitler vor kurzem, „sind alles, was wir anstreben. Lann auch im Rahmen einer Republik verwirklicht werden“. Und die Futtertruppe für die oberen Ränge, des Ministerpostens mit dem „Lohnsog“ und die Bekleidung anderer fetter republikanischer Staatspfründen ist der erste Schritt dazu.

Über hinter der Forderung nach einem Minister verbirgt sich noch mehr. Es ist die Furcht vor der Pleite, vor der Massenabwanderung aus ihrem Lager. Die Arbeiterelemente in ihrem Lager beginnen bereits den Hitler, Goebbels, den Reichsmann und Riedorf, dem Sachsenkronprinzen August Wilhelm und dem Strager den Rücken zu kehren. Auf dem flachen Lande, vor allem dort, wo die kommunistische Partei ihre Offensive entfaltet, ist der Vorwärtsschritt der Hitlerianer zum Stillstand gekommen.

Aus Furcht vor den Massen wollen sie manövrieren, fürchten sie die bedingungslose Unterstützung des Schieds-Kabinetts. Mit einem Naziminister im Schieds-Kabinett wollen sie ihren Anhänger weismachen, daß ein solcher „Erfolg“ die Unterstützung einer „nichtmarxistischen“ Regierung wert wäre. Natürlich ist das ein ausgemachter Massenbetrug. Wir bringen unten eine Kollektion der neuesten Halbwahrheiten aus dem thüringischen „dritten Reich“, wo Nazi-Fritz regiert. Das ist das wahre Gesicht des Nationalfaschismus, nicht in der Theorie, sondern in der Praxis.

Ripinski's Flucht nach Berlin

Aber auch die „linken“ sozialdemokratischen Führer entlarven sich gründlich. Sollen wir noch einmal erwähnen, daß sie dreimal unsere Forderung auf Landtagsauflösung niederkimmten, daß sie bedingungslos an den Verhandlungstisch mit den volksparteilichen Kapitalisten gingen, daß sie laut Dresdener Volkszeitung noch gestern auch jetzt noch bereit sind, die Große Koalition zu schließen? Und nun, nachdem sie den Fugitiv erhalten haben, nachdem das

Schied-Kabinett gebildet ist, was wollen sie den sozialdemokratischen Arbeitern zu sagen?

Herr Richard Ripinski sagt es. Er legt es in einem Leitartikel des Vorwärts von gestern. So weit ist es schon mit der „Opposition“ der „Linken“ gegen den Berliner Parteivorstand gekommen, daß sie über Sachsenpolitik im Organ der Stämpfer und Wähler, der Söcker und Schmidt schreiben dürfen. Es ist danach Ripinski schreibt:

Die Entscheidung liegt bei den Nazis ... Die Festigung des Bürgerbluts vollzieht sich in Sachsen un-aufhaltbar, wenn die Arbeiterklasse nicht bald diesem Spiel ein Ende macht! Die Krise selbst zeigt die Ohnmacht des Bürgerturns, sie zu meistern, und die Notwendigkeit, Schritt mit der Kleinpartei zu machen.“ (Fortsetzung 2. Seite.)

Fort mit dem Verbot!

Jungarbeiter, auf die Straße! Heute, am Jahrestage des Verbots

der Roten Jungfront

demonstriert mit uns für Verbotsaufhebung heute, Sonnabend, 18 Uhr

auf dem Freiburger Platz!

Entlarvte faschistische Betrüger!

Nazi-Fraktion für Kopfsteuer — Den Massen Millionen, den Armen Bettelpennige

Weimar, 10. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Bei Beschlusfassung über den Thüringer Haushalt zeigte die nationalsozialistische Nazi-Fraktion unerschütterlich ihr arbeiterselbstliches Gesicht. 106 000 Mark sollen an Beihilfen zu den Kosten der gehobenen Rüstung gestrichen werden. 30 000 Mark gibt die Regierung weniger an Beihilfen zu den Kosten der außerordentlichen Armenausgaben im neuen Staatjahr aus. 100 000 Mark werden gestrichen für allgemeine Leistungen für wohlfahrtspflegerische Zwecke. Im gleichen Atemzug bewilligte die Nazi-Fraktion den Klassen 4 580 000 Mark, das sind 1 120 000 Mark mehr als im Vorjahr.

In namenhafter Abstimmung wurden die Steuererlege endgültig beschlossen. Das Abstimmungsergebnis war 27 für und 21 gegen diese Steuer. In diesen Steuererlegen ist ent-

halten die Kopfsteuer von jährlich 6 Mark für jeden Gemeindeangehörigen, selbst für Erwerbslose. Diese „Kopfsteuer“ bezichtigt.

Nachdem wird jetzt eine Lohnsummensteuer von 6 Prozent als Sondersteuer für die Konsumvereine, Kauf- und Warenhäuser erhoben.

Der Nationalsozialist Marxler enthielt sich bei namenhafter Abstimmung über die berühmte Kopfsteuer der Stimme, weil er im vorhergehenden Landtag gegen die Kopfsteuer stimmte und während des Wahlsieges diese Haltung besonders herausstreich. Die anderen Nationalsozialisten stimmten geschlossen für die schändliche, die Massen belastende Steuer, die von dem Sozialdemokraten Hilferding angeregt worden war.

Illustration zur Intern. Hygiene-Ausstellung in Dresden

Reaktionärer Anschlag selbst auf Kinder

Bührer streicht 20 000 Mark bei den Mitteln für Schulwanderungen

Dresden, den 10. Mai.

Der Sozialdemokrat Dr. Bührer hat an die Stadtverordneten ein Schreiben gerichtet, in dem er kurz mitteilt, daß an den Mitteln, die die Stadt bisher zur Durchführung von Schulkinderverwandlungen in den Haushaltplan eingestellt hatte, 20 000 Mark gestrichen werden sollen.

„Diese Sparmaßnahme soll wieder aufgehoben werden, sobald sich die Finanzlage der Stadt bessert.“ — mit diesem elenden Täuschungsmanöver sollen die Arbeiterkassen beruhigt werden. Tatsache ist, daß die Führung des sozialreaktionären Kurzes dem Sozialdemokraten Dr. Bührer vorbehalten bleibt, von dem die Sozialdemokraten bei keinem Amtsantritt behaupteten, daß er es sein werde, der den Sozialismus in der Gemeinde Dresden wieder um ein Entsetzliches dem Ziel näherbringen werde.

Arbeiterkassen! Elternräte! Nämlich Stellung gegen diese reaktionären Maßnahmen des Nazi- und seines SPD-Finanzdepartement Dr. Bührer! Fordert überall die Rücknahme dieses reaktionären Abtrübsels! Macht Sturm! Führt den Kampf mit der KPD! Diese Angelegenheit steht auf der

Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordneten vom Montag dem 12. Mai.

Anschlag auch auf die Schwerkrriegsbeschädigten

Seit dem Jahre 1925 haben sich die Ausgaben für Schwerekriegsbeschädigten-Freifahrten von 59 267,95 Mark auf 204 651,74 Mark im Jahre 1929 gesteigert. Im Jahre 1930 will Finanzdiktator Bührer nur 100 000 Mark für Schwerekriegsbeschädigten-Freifahrten bewilligen. Eine entsprechende Vorlage will der Rat ebenfalls in der Sitzung vom 12. Mai durchschleusen!

Schwerekriegsbeschädigte — unterstützt durch Beitritt zum Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit den Kampf gegen die reaktionären Maßnahmen der Bührer u. Co!

Ausgerechnet in Dresden findet am 17. dieses Monats die Eröffnung der Hygiene-Weltausstellung statt. Welch eine soziale Lüge ist hinter dem ganzen Ausstellungsbombardement verbirgt, zeigen die obengenannten Vorzüge der Sozialreaktion unter Führung eines „linken“ Sozialdemokraten. Die Antwort darauf wird das Dresdener Proletariat durch einen Massenaufruf am 17. Mai geben.

Jeder Eisenbahner, Postler und Telegraphenarbeiter wählt am 10., 11., 12. Mai: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

Massenprotest gegen das NSB-Verbot

Weiter vorstoßen! Organisiert den Massensturm in Betrieben und Stempelstellen! — Heute heraus zum Protestmeeting der revolutionären Jungarbeiter auf dem Freiburger Platz!

Gestern fand eine überfüllte Kundgebung des Dresdner Proletariats gegen das seit einem Jahr bestehende Verbot des NSB im Koglerheim statt. Kampfbegleitung beherrschte die im Saal und auf der Tribüne dichtgedrängten Massen. Arbeitermuffen spielten revolutionäre Kampflieder. Der Fahnenemarsch, das Kampfgebet des roten Sportler, die Begrüßungsansprachen von Vertretern der Partei, NS, Antifa, Betriebsvereinigungen u. a., in denen Grundmotiv war: mobilisiert die Betriebe, Stempelstellen und Arbeiterorganisationen gegen die Unterdrückung des NSB, hinterlegen einen impetuellen Eindruck.

In dem Refektorium des Kameraden Friedler wurde der reaktionäre Kurs in Jungdeutschland durch die SPD und die Reichsbannerbücherei aufgedeckt, die ihm den Weg vorbereitet und freigemacht hat. Die Arbeitermassen aber reagierten durch immer stärkere Gegenoffensive, und unsere Aufgabe muß es sein, einen Sturm zu entfachen.

gegen die Unterdrückung revolutionärer Organisationen. Mit dem Kampfbild des Proletariats, der „Internationale“, wurde die impetuelle Kundgebung geschlossen. Die Begleitung der Massen, der Beifall für die Redner waren Beweis für die Erkenntnis von der Notwendigkeit, die Kampftruppe der Massen zu heben und diese Energien in aktiven revolutionären Kampf zu verwandeln.

Heute mobilisiert die revolutionäre Jugend in Dresden auf dem Freiburger Platz auf zum Protest gegen das Verbot der roten Jungfront.

Folgende Resolution

wurde einstimmig angenommen:

„Die vom Kampfkomitee gegen das NSB-Verbot im Koglerheim einberufene und von vielen hundert Dresdner Arbeitern und Arbeiterinnen besuchte Protestversammlung gegen das NSB-Verbot erklärt sich völlig einverstanden mit den Ausführungen des Refektoriums. Die Versammlung gelobt, mit allen Kräften gegen das NSB-Verbot, das vom Gewerkschaftsamt und vom Bürgerklubamt weitergeführt wird, anzukämpfen.

Nur durch Massenaktionen ist es möglich, das Verbot zu Fall zu bringen. Deshalb ist es Pflicht aller Massenbewegten Arbeiter, die revolutionären Organisations-

ganisationen zu stärken und den Kampf gegen Sozial- und Nationalfaschismus, gegen Bürgerkloßdiktatur und Massenelend unter Führung der kommunistischen Partei aktiv zu unterstützen. Im besonderen geloben die Versammelten, in den Betrieben den Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus durch Herstellung der

einheitlichen Kampftruppe aller Arbeiter und Arbeiterinnen für die Existenzforderungen des Proletariats gegen die Anhebung und Zerschlagung der Sozialfaschisten, für den Sozialismus vorwärts zu führen. Eine Massenaktion werden wir entfachen.

Sinweg mit dem Verbot des roten Frontkämpferbundes! Sinweg mit dem lächerlichen Diktaturabstich! Sinweg in die rote Klassenfront gegen Sozial- und Nationalfaschismus!

Machtvolle Parteiarbeiterkonferenz der KPD Groß-Dresden

Dresden, den 10. Mai.

Die gestern abend stattgefundene, außerordentlich starkbesuchte Konferenz der Dresdner Parteiarbeiter der KPD beschäftigte sich mit der Auswertung des Bezirksparteitages und den vor uns stehenden Aufgaben. Im Mittelpunkt des Referats des Genossen Kerner stand die Frage der Vertiefung unserer bolschewistischen Massenarbeit.

In der reichhaltigen, von hartem Arbeitswillen getragenen Diskussion fand besonders starke Betonung die Mobilisierung der Dresdner Arbeiter zur „Eisendemonstration“ am 17. Mai anlässlich der Hygieneausstellung, die gründliche Vorbereitung der Konferenz der werktätigen Frauen am 23. Mai, der vor uns stehende Landtag am 18. Mai und das große Sporttreffen am 6. Juni in Dresden.

Der Verlauf der Konferenz brachte neben der freudigen Aufzeichnung vieler Ränge nicht nur unseren wachsenden Massenentwurf zum Ausdruck, sondern auch die Bereitschaft der Dresdner Parteiarbeiter, diesen Entwurf durch erhöhte praktische Arbeit auf allen Abschnitten unserer Massenpolitik organisatorisch zu vertiefen und weiter auszubauen.

„Sturmzeichen“ in der Volkszeitung

Die Erwerbslosen Dresdens werden ihr am 17. Mai die Antwort geben

„Sturmzeichen“, die alle vernünftigen Stellen in Lande aufstellen müssen, sind die neuen Arbeitslosenlisten. ... Wenn das Reich kein Geld hat, dann muß es eben auch ein Privatmann, in einem kritischen Fall an das Vermögen heranzugehen. Warum nicht eine Erhöhung der Vermögenssteuer?

„In das nicht ein Hohn der sozialdemokratischen Presse gegenüber den Erwerbslosen? Will sie mit diesen Phrasen die Sozialpolitik des Müller-Kabinetts verpöhlen machen? Hat die sozialdemokratische Reichsregierung nicht vor wenigen Wochen bereits unter der Herrschaft des Brüning-Kabinetts den kommunikativen Antrag auf Sonderbesteuerung der hohen Vermögen geschlossen niedergelassen?

„Ist nicht gerade der links-sozialdemokratische Dresdner Bürgermeister Führer bei seiner Entlassung daran, durch härtere Belastung der einzelnen Konten mit Mieten, Verwaltungskosten, Heizung und Beleuchtung den Haushalt auch der Erwerbslosen weiterhin zu belasten? Soll nicht kein Wohlstand trotz ungeheurer gesteigerter Erwerbslosenziffer eine Million Mark weniger Zuschuß erhalten wie im vorigen Jahr? Werden nicht die Erwerbslosen, wenn sie, wie am 6. und 13. März für ihre Forderungen demonstrieren, von der sozialdemokratischen Presse als „Feinde“ beschimpft?

Gegen die Aushungern der Erwerbslosen, gegen den reaktionären Führer-Club, gegen den sozialdemokratischen Massenbetrug werden die Dresdner Erwerbslosen gemeinsam mit allen Opfern der kapitalistischen Ordnung am 17. Mai, dem Eröffnungstag der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden, demonstrieren!

NSB-Vorstoß gegen Erwerbslosen-ausbeutung

Dresden, den 10. Mai.

Die kommunikativen Erwerbslosenorganisationen haben einen Antrag eingebracht, der den NSB ersucht, die geplante Wohlfahrtsarbeit (Pflichtarbeit für Wohlfahrtsarbeiter) nicht durchzuführen. Der Antrag kommt der Dresdner Reichsregierung sehr unangenehm. Die Erwerbslosen müssen durch Beschäftigung der Stadtverordnetenversammlung diesen Antrag unterstützen und ihn dadurch zur Annahme verhilfen.

Reichstwehroffiziere unter sich

Feiertag mit Bombenattentaten

Im engen Freundeskreis, darunter der Kommandant des Landbundes der Bombenleger Weidlich, gab nach Pressemeldungen der Kommandant des Wehrkreiskommandos das II ein Festessen in Nische (Hollstein). Das Fest war mit einem landverbreiteten Bildnis des Reichsadlers in Dosen geschmückt. Herr General Groener glaubt der Festessen nicht zuzutreten zu können, die Bombenattentäter hätten keine Beziehungen zur Reichswehr.

Dieses Festmahl können Reaktionen sich nur bereiten lassen, weil die SPD ihnen den Weg bahnte. Sie begrüßte Groener damals als den „echten“ Republikaner und bewilligt der Reichswehr und ihrem Offizierskorps seit Jahr und Tag alle Mittel. Die Wehrmacht der SPD ist mächtig und demagogisch. Das müssen die Arbeiter erkennen. So lange die Arbeiter streiken, müssen die Massen hungern. Deshalb ruft die kommunistische Partei alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf: Kampf mit uns gegen Hunger und Diktatur des Finanzkapitals!

Kühn im Dienst des Papstes

Gestern wurde in der Sachhandlung Dresden, Viktoriastraße 21, die Erbschürze des Genossen Fucharia gegen den antifaschistischen Feldzug des Papstes von Kühn besamt bei Lauscha.

Der „linke“ Arbeiter in Leipzig erweist Frau XI, und dem deutschen Traktatkapital denselben Respekt.

Eine neue Antwort an die Lügner

Es erscheint gegenwärtig eine Broschüre des Internationalen Arbeiterverbandes: „Die Wahrheit über die Religionsverfolgungen in der Sowjetunion.“ Diese Broschüre ist eine glänzende Antwort an die antifaschistische Lügenpresse. Sie zeigt die wahren Verhältnisse.

waltungsanstreben, Heizung und Beleuchtung den Haushalt auch der Erwerbslosen weiterhin zu belasten? Soll nicht kein Wohlstand trotz ungeheurer gesteigerter Erwerbslosenziffer eine Million Mark weniger Zuschuß erhalten wie im vorigen Jahr? Werden nicht die Erwerbslosen, wenn sie, wie am 6. und 13. März für ihre Forderungen demonstrieren, von der sozialdemokratischen Presse als „Feinde“ beschimpft?

Gegen die Aushungern der Erwerbslosen, gegen den reaktionären Führer-Club, gegen den sozialdemokratischen Massenbetrug werden die Dresdner Erwerbslosen gemeinsam mit allen Opfern der kapitalistischen Ordnung am 17. Mai, dem Eröffnungstag der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden, demonstrieren!

Neue Massenentlassungen in der sächsischen Metallindustrie

Die Maschinenfabrik Hilber in Chemnitz hat die Entlassung von 400 Arbeitern angedeutet. Auch in der Sächsischen Maschinenfabrik trifft man intensive Vorbereitungen, um die letzten Massenentlassungen durchzuführen. Ganze Betriebsabteilungen wurden bereits stillgelegt.

Lohnerhöhung gefordert

Berlin, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht) Die Arbeiter der Berliner Berlebers-Gesellschaft (BBG) haben unter Bezugnahme auf die Lohnbewegung der Kammerarbeiter eine Lohnerhöhung gefordert. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die BBG durch die kürzlich stattgefundene Tarifserhöhung in der Lage ist, den höchsten Lohn zu zahlen.

Reichsbannerkapelle marschiert mit NSB

Es ist jetzt wohl bekannt, daß in Straß und die kommunistische Maidemonstration in diesem Jahre eine Massenbeteiligung aufwies. Der Demonstrationstag war gewaltig, während in den vergangenen Jahren nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Arbeiter hinter der kommunistischen Fahne marschierte. Das Reichsbanner selbst hat in Straß und die Zeitliche gegeben. Dem sozialdemokratischen „Vorkommen“ ist begründeterweise vor lauter Schreck die Spunde zergerollt. Eine ganze Anzahl neue Mitglieder wurde in die Partei, die Jugend und die Antifa aufgenommen.

Kleine Meldungen

Drei Kattjächte in Biemendorf bei Harzburg sind erloschen. 400 Arbeiter werden durch die Katastrophe, die durch das Eindringen von Vänge in die untere Sohle erloscht, arbeitslos. Erdbeben gefährden den Eisenbahndamm und einen Teil des Ortes Biemendorf.

Die Rantingregierung hat im Kampf gegen die Nozetruppen zwei Orte erobert mit einem Menschenverlust von 7000. Tschang-fai-chi ist durch die Kämpfe ausgeschalten und nicht in der Lage, nach Norden zu fahren, wo er beabsichtigte, die Aktion gegen die Nozetruppen zu leiten.

Macdonald ist empört, daß einer seiner Ministerkollegen der konservativen Presse den Scheinbegriff über die fortschreitende Verfallung Gandhis berichtet. Ein Vertreter empört sich über seinen Kollegen.

Gegen die faschistischen Bombenattentäter ist die Antifaschistenliga fertiggestellt. Es ist ganz klar, daß diese Parteien nicht viel zu fürchten haben.

In Polen steht wieder eine Umbildung der Regierung bevor. „Blindes Manöver“ werden immer schwieriger angesichts der anwachsenden revolutionären Stimmung der polnischen Arbeiter und Bauern.

Bahnen in ein ausgedehntes Profitarbeiterland. Die SPD vertritt angeblich in Sachsen über die Rechte Organisation, die hier die proletarische Massenmacht. Es droht die Hungergefahr eines unparteilichen Beamtenkabinetts. Was aber sagt Herr Lipinski? Die Entscheidung liegt bei den 3 Nazis. „Wer meint: Welchen Namen trägt Lipinski? „Ehlich mit der Kleinpartei.“ Also vielleicht Anhebung an Reich? Nicht wahr Berlin. Auch vor dem Kampf gegen die sächsischen Führerstadt betriffen. Das ist der „Kaweg“, den die „Linken“ sächsischen SPD-Führer den Arbeitern weisen. Und währenddessen geben sie durch ihre Tarifpolitik, durch den Blutterror eines Reichstages, daß sie nicht daran denken, den Proletariat zum Kampf gegen die sächsischen Kapitalisten zu führen, sondern deren parasitäre „Ordnung“ des Hungers, der Massenarbeitslosigkeit, der Sozialreaktion beizubehalten.

Streikämpfe sind der Ausweg!

Die Bewirtschaftungsminister der Nazis und der „linken“ SPD-Führer zu durchsetzen, ihren Massenbetrug aufzuzeigen, ist unsere Pflicht. Klar und eindeutig, ohne Schwankung, ohne Kompromisse, ohne Rücksicht auf die Interessen der kapitalistischen Eliten haben wir von Anfang der Krise an die Forderung auf Landtagsauflösung erhoben.

Wir sind die einzigen, die die Abrechnung der Massen nicht zu fürchten brauchen.

Wir sind die einzigen, die bei Neuwahlen eine gewaltige rote Meeresschau wüßten können.

Wir sind die einzigen, die einen neuen Wahlkampf im Interesse der arbeitenden Massen führen werden. Nicht im Zeichen einer Mondkalauererei, sondern im Zeichen der außerparlamentarischen Massenmobilisation.

Nur hier liegt der Hebel zum wirklichen, ernsthaften Kampf gegen die schändliche Gefährdung und Ausbeutung der Regierung gegen die wertvolle Antikriegsopposition der sächsischen Kapitalisten. Streiks im höheren Lohn und Arbeitseinstellung bei vollem Lohnausgleich; Streiks der Betriebsarbeiterinnen bei gleicher Lohn bei gleicher Arbeit; Einbeziehung der Gewerkschaften in den Kampf für Arbeit und Brot — das ist die entscheidende Ebene, auf der sich der Klassenkampf des sächsischen Proletariats gegen die Bürgerkloßdiktatur und seine Trabanten entwickeln muß.

Wenn es zur Landtagsauflösung kommt, werden die „linken“ SPD-Führer aufs neue verurteilt, die SPD-Arbeiter in den Dienst ihrer Mandatjäger zu spannen. Wir müssen das verhindern. Wir müssen appellieren an das Klassenbewußtsein dieser Arbeiter, müssen es werden, höher entwickeln, müssen ihnen begreiflich machen, daß das Dummestgenie des Hungers nur überdauern werden kann mit der unbezwinglichen Schlagkraft der revolutionären Einheitsfront unter dem Banner der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Wir rufen die Dresdner Arbeiter an, mit uns gemeinsam gegen das Müller-Kabinett, für Landtagsauflösung zu demonstrieren am Montag, dem 12. Mai, 19,30 Uhr, in den Blumenjulen. Erscheint in Massen!

Terrorwelle auch in Bauken

Meldung unseres Bauhauer Arbeiters (Korrespondent)

Bauken. In einer Verhandlung wegen Anrufes und Widerstandes gegen die Staatsgewalt wurden die Arbeiter Sozial 10 1/2 Monate und 1 Woche Gefängnis, 3 Reittag zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Die Arbeiter A. Reittag und Bauer wurden freigesprochen. Ein „Arbeiter“ Hildebrandt hatte sich freiwillig als Belastungszeuge bei der Polizei gemeldet und trug dadurch in der Verhandlung bei. Der Staatsanwalt hatte Hildebrandt befragt. Die Bauhauer Arbeiterschaft ist über das Terrorverbot empört.

Das konservative Kabinett Lindemann in Schweden wird voraussichtlich bei Beratung der Zollvorlage, die im Ausschuss abgelehnt wurde, zurücktreten. Die Sozialdemokratie strebt eine Koalitionserklärung auch in Schweden an und stimmt deshalb gegen die Vorlage.

Im Saarbergbau sollen im Mai zwei Hektararbeiten eingeleitet und im Juni 1000 Bergarbeiter entlassen werden. Die Kohlenbarone kümmern sich den Teufel um das Schicksal der Proleten. Die Arbeiter müssen durch Wahl revolutionärer Vertrauensleute den Kampf für die Forderungen der revolutionären Opposition aufnehmen.

Kaufkampf: SPD- und Nazi-Stadtverordnete

Aber in gemeinsamer Front gegen die Mieter

Chemnitz, den 10. Mai.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung kam es zwischen Nazis und SPD zu einer Prügelei, bei der der Nationalsozialist Vajch dem SPD-Mann Kauf mit einem Zettel auf den Kopf schlug. Heftige dieses Kaufkampfes war die Forderung der SPD, in Sachsen die Luftkutscherei zu verbieten. Die Nazis bezeichnen das als Feindschaft und nannten den SPD-Mann Dr. Kaiser einen „Judenhimmel“. Die SPD-Fraktion, 21 Mann stark, umstellte die beiden Nazis und ein kleiner Kaufkampf „reparierte“ die sozialdemokratische „Ehre“. Der Vorliegende war hilflos in dieser Situation und erteilte, nachdem wieder Ruhe eingetreten war, seinem Koalitionspartner, dem Nazi Vajch, einen Ordnungsruf.

Dieser Kaufkampf aber ging voraus die Begründung eines kommunistischen Antrages gegen die Erhöhung der Mieten durch Heberweitung an den Mai durch die einheitliche Front sämtlicher Parteien, von der SPD bis zu den Nazis. Wenn die SPD-Prärie die Prügelei als „Kampf gegen den Faschismus“ zu verherrlichen sucht, wie es die Parteiführung zu tun beliebt, so beweisen die tatsächlichen Vorgänge, daß nur ihre „Ehre“ verletzt war. Im Kampf gegen die Mieter stehen Sozial- und Nationalfaschisten in einer Einheitsfront.

Geschleimte Bettelaktion der Nazis

Wende in der ersten Sitzung des neu gewählten Thüringer Landtages beantragte die kommunistische Fraktion eine Winternothilfe für die Erwerbslosen, Arbeitslosen, Sozial- und Kleinrentner. Die Nazis, die vor der Wahl den Erwerbslosen das Blau vom Himmel versprochen, verschleppten die Beratung des Antrages. Die SPD verhielt sich bei der Abstimmung der Stimme. Die Nazis trafen dann beschleunigt in einer „Landesparlament“ auf. Vom Wende der Abrechnung vor. Die Bettelaktion hat wenigstens einen Zweck erreicht. Es ist nun auch verständlich, warum in Thüringen die faschistische Polizei auf Arbeiter hinaus schießt. — Es ist jedoch, daß die kommunistische Fraktion diese

Erhebe die Faust!

Mutter, warum muß ich Zeitung tragen? Mutter, warum muß der Vater sich plagen. Und warum bist du immer so blaß? Erklär mir doch, woran liegt denn das?

Dresdens Arbeiter demonstrieren gegen den „Rote-Loge“-Skandal

Wie wir gestern aus vertraulicher Quelle zu melden imstande waren, sollen die Verhandlungen gegen die Mitglieder der „Rote Loge“ dadurch unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden, indem Tribünenkarten auszugeben werden sollen.

SPD für Musikinstrumentensteuer!

Die Arbeiterstimme hat kürzlich an eine Meldung, betreffend die Musikinstrumentensteuer, die Bemerkung geknüpft, wenn der Arbeiter-Radio-Bund eine ernsthafte Protestbewegung gegen die Einführung der Musikinstrumentensteuer organisierte.

Anmerk. d. Redaktion: Diese Meldung des Genossen vom Arbeiter-Radio-Bund ist bezeichnend für den reaktionären Kurs der SPD-Fraktion.

Dresdner Klassenrichter übt Gerechtigkeit

Gleiches Recht — nur für die Besitzenden

In der deutschen Republik von „Gerechtheit“ sprechen zu wollen, ist ein etwas riskantes Unternehmen. Vor allem dann, wenn man Klassenrecht und Klassenjustiz erheben will.

Zu dem Elend noch Hohn!

Ein Wort an die werftätigen Frauen zum Muttertagschwandel der Bourgeoisie

(Von einer werftätigen Frau)

Die Bourgeoisie und ihre loyalistischen Anhänger glauben durch ein Klammern ankommen und einige schmutzige Redenwässer die werftätigen Mütter in der Stadt und im Dorf über das fürchterliche Elend der Mütter hinwegtäuschen zu können.

1 Million Arbeitslosen in Deutschland! 4400 Frauen haben im Wochenlohn! Die Hälfte des deutschen Muttertags gehört!

Die Zoll- und Steuerpolitik treibt die Preise in die Höhe und Millionen Mütter sind nicht in der Lage, ihren Kindern das Nötigste zu geben.

dem schreibt die Dresdner Volkszeitung, das Organ des nationalen Kampfes an den Arbeitermännern, gestern:

„Die Frau ist gleichberechtigt“

Dieser Schwundel ist offensichtlich und beweist, daß die Frauen und Mütter von der SPD nur deshalb betrogen werden, damit sie sich mit dem Elend in der kapitalistischen Gesellschaft abfinden.

Die Arbeiterin im Betrieb, die Landarbeiterin und Frau des kleinen Bauern dürfen sich nicht länger einreden lassen, daß sie nicht kämpfend, den Kampf gegen das Elend zu führen.

Am 25. Mai finden Konferenzen werftätiger Frauen in einer Anzahl reichlicher Unterbesätze statt. Am Muttertag erzählt der Kollege im Betrieb und an der Stammtisch, der proletarischen Mutter und der Kleinbauern, daß die werftätigen Frauen aus Stadt und Dorf Stellung nehmen müssen gegen das Elend!

Kampf dem Elend der Mütter! Kampf dem kapitalistischen System! Das muß die Antwort der werftätigen Frauen auf den Schwundel vom Muttertag sein!

„Zu Mutters Tag als süße Labe — von Riquet eine Liebesgabe...“

Der kommende Sonntag erhält seinen besonderen Reiz durch das, daß er zum Muttertag 1930 bestimmt ist. Der Vater hat also die Verpflichtung an diesem Tag seinen Gefühlen für die Mutter Ausdruck zu geben.

Ueber der Forderung des Konsums und Klammernschäfts durch den Muttertag wollen wir aber die leibliche Bedeutung nicht vergessen, die dieser Einrichtung zukommt.

nicht hätten? Wer markierte bereits gegen Rußland, wenn die Mutter nicht die Refruten lieferte? Und wie würde es um die Löhne, wenn das Gewerkschaftsrecht durch staatsfeindlichen Geburtenschwundgang allzu sehr gemindert würde?

Infolgedessen nimmt der bürgerliche Staat sich liebevoll der Mutter an. Im liebevollsten dieser, die es gar nicht werden möchte. Eine Frau, die ihre Arbeit im Muttertag über die Arbeit durch einen anderen zuläßt, wird mit Geld belohnt.

Also, es läßt sich nicht leugnen: der Staat sorgt für die Mutter — auf seine Art. Für die Kinder dieser Mütter sorgt er freilich nicht immer mit der gleichen Liebe.

So leben wir, so leben wir...

Für die Vögel wird gefordert — und für Proleten?

Die Volkszeitung berichtet, wie die gesamte übrige bürgerliche Presse, von einem „irührenden“ Vorfall. Und sie wünscht, daß man hieraus den Schluß zu ziehen habe: Die menschlichen Institutionen sind ja so o o verständnisvoll für alles Mögliche und Unmögliche.

„Das Weisheits im Freistaat. Vor einigen Tagen entdeckte ein Einwohner von Fuchsbühl-Friedenwald in einem Felderweide ein Weisheits mit zehn Eiern.“

Nun, daran wäre ja nichts weiter auszuweisen. Man sieht eben, daß für „Gefühle“ auch bei den Beamten der deutschen Republik Bloß vorhanden ist. Bloß an etwas muß man jammern können: Was würden wohl die „loyalen“ Behörden tun, wenn sich ein paar ernüchterte Erwerbslose auf eigene Faust in den Amtszimmern und Polizeihäusern „ihres“ Staates ein-

quartieren wollten, weil sie noch nicht einmal das Schicksal gekannt haben...?

Aber diese Frage ist natürlich etwas „ganz anderes“... Hier- von schweigt des Sängers Höflichkeit. Ja — so leben wir...

Staatlicher Mutterschutz

schützt es in der Verfassung, aber die schlechten Schwangerschutzbestimmungen werden weiter abgehaut, die Reichsmittel von 29 auf 15 Millionen Mark herabgesetzt.

Der Freistaat Sachsen

verringert den Staatszuschuß für die Wöchnerinnenhilfe um die Hälfte und schlägt damit selbst der Verfassung ins Gesicht!

Arbeiterfrauen und -mädchen!

Kämpft gegen diese Abbaumaßnahmen durch Massenaufruf! Am 17. Mai heraus zum Protest gegen die Hygieneausstellung und zum Kampf gegen die soziale Reaktion auf die Straße!

„Ein oberflächliches, tendenziöses Machwerk“

So bezeichnet die Dresdner Volkszeitung in ihrer gestrigen Ausgabe den Artikel des Genossen Gabel, in dem dieser zu den ungeheuerlichen Abstrichen im Haushaltsplan der Stadt Dresden für das Jahr 1930 Stellung nahm.

„Leblich dazu bestimmt, unfundigen Lesern ein falsches Bild über den Haushaltsplan der Stadt Dresden zu machen und ihnen vorzumischen, daß dieser Haushaltsplan eine arbeiterfeindliche Richtung habe.“

Wir werden in unserer Montagausgabe ausführlich nachweisen, wie reaktionär der Haushaltsplan des Sozialdemokraten Führer ist und wie sich die Partei, die „Opposition“ im Landtag nimmt, im Dresdner Rathaus als die beste Handlangerin der Interessen des Freistaats erweist.

Eisenbahner, zerreißt die Youngfetten!

Das Wahlflugblatt des Einheitsverbandes befaßt den Verrat der Reformisten — Infame Heße gegen revolutionäre Eisenbahner — Gebt die Antwort durch die Wahl roter Betriebsräte!

Die Bezirksleitung des Einheitsverbandes Schiens hat am Donnerstag ihr Wahlflugblatt zur Reichsbahnbetriebsratswahl zur Verteilung gebracht. Mit denselben trägt uns Verleumdungen, mit denen man in dem „Verbandsorgan“ des Einheitsverbandes gegen die revolutionäre Eisenbahneropposition argumentierte, kämpft man auch in dem Wahlflugblatt. Da man nichts über seine eigene geleistete Arbeit sagen kann, muß man zu dem Mittel der Verleumdung greifen. Eine zeigt das Wahlflugblatt der Bezirksleitung des EoE, daß man den diesjährigen Betriebsratswahlkampf in hohem Maße mit den Christen und Gelben gegen die revolutionäre Opposition führt. Ganze sechs Seiten widmet man diesen Eisenbahnerorganisations und mit halten es für notwendig, diese 6 Seiten hier zu wiederholen:

„SoE und NSB werden auch bei dieser Wahl für ihre wirtschaftsfriedliche und christlich-nationale Sache. Wo ist die wirtschaftsfriedliche Schmalmeierblüte zurück? Sie besorgen die Geschäfte der Arbeitgeber und halten den Arbeiter durch unehrlichen Scheinradikalismus von einer tatsächlichen Wahrnehmung seiner Geschäfte zurück.“

Kein Wort vom Kampf gegen den SoE und den NSB, sondern man mißt diesen mit unehrlichen Scheinradikalismus vor, den man selbst in Anwendung bringt.

Ja nicht der EoE die wirtschaftsfriedliche Organisation, die es überhaupt gibt?

Hat nicht der Vorstand des EoE bei jeder Gelegenheit betont, daß man seinen Kampf führen dürfe, sondern den Wirtschaftsfrieden möhren müße?

Haben die Elemente in der Führung des EoE verstanden, daß sie in dem Mittelungsblatt des Vorstandes, Nr. 24 und 25 vom Juli 1922, folgendes geschrieben:

„Wir leben in einem vollkommen veränderten Staat. Die Verfassung des Reiches macht die Arbeiterschaft zu Mitträger und Mitverantwortlichen des Staats- und Wirtschaftslebens.“

Diese Worte sind die härteste Betonung des Wirtschaftsfriedens.

Sah sich der Vorstand des EoE gemeldet gegen die Worte von Karpel, die dieser in der Gewerkschaftszeitung des NSB Mitte Februar 1923 schrieb, und die lauten:

„Die staatspolitische, von hoher Verantwortung getragene Einstellung, die insbesondere die Gewerkschaftsopposition des NSB in Breslau 1923 und in Hamburg 1928 bekräftigt haben, ist die Garantie dafür, daß nicht die Gewerkschaften es sein werden, die die Autorität des Staates untergraben.“

Kein! Mit diesen Worten erklärte sich die EoE-Führung vollständig einverstanden. Die Verantwortung der Sozialdemokratie muß selbst in den eigenen Organen der SPD offen eingestanden werden. So heißt es in dem von den „Lützen“ SPD-Leuten herausgegebenen Kampfbuch Nr. 9 vom 1. Mai 1920 in einem Artikel „Sinn der Koalitionspolitik“:

„Anfang März 1923 war es der Finanzminister der SPD (Hilferding), der mit Rücksicht auf eventuelle Lohnforderungen

der Protesten der Industrie, die vermieden werden mußten, im Interesse der Reparationsverhandlungen und der Konjunktur, eine allgemeine Erhöhung der Löhne der Reichsbahnarbeiter für unzulässig erklärte.“

Der Inhalt dieser beiden einseitigen Wahlflugblätter werden dem Kampf der revolutionären Eisenbahneropposition gegenüber. Besonders hat es den Furoren des EoE die Arbeiterschaft angetan. Sie schreiben:

„Ein Beispiel der trivialen Verlogenheit. Die Dresdner Arbeiterschaft schrieb am 8. April 1923: Es besteht kein Zweifel, daß die reformistische Verbandsbürokratie der Eisenbahner, daß der geschäftsführende Vorstand des Hauptbetriebs- und Betriebsrates seit längerer Zeit von der gesamten Stillelegung der Dresdner Werkstätte unterrichtet wurde. Mit der Geheimhaltung dieser Stilllegungsmassnahmen reichten sie der Kette ihres Betrages ein neues Glied an.“

Nach der Ausführung dieses Zitates sollen die Reformisten jetzt, daß dem Vorstand selbst und den Betriebsräten nichts von der Ablicht der Stilllegung bekannt war, sofort, als die Ablicht der Verleumdung bekannt geworden sei, hätten Betriebsräte und Vorstand Verhandlungen gepflogen mit dem Erfolg, daß die Stilllegung rückgängig gemacht worden sei.

Auf welcher Seite herrscht nun triviale Verlogenheit?

Tatsache ist, daß die Stilllegung der Werkstätten einschließlich des KKW Dresden-Friedrichstadt in der Sitzung des Verwaltungsrates der Reichsbahn-AG Anfang März beschlossen wurde und daß an dieser Reichsbahn-AG, das Mitglied im Verwaltungsrat der Reichsbahn-AG, Hermann, teilgenommen hat. Am 1. April begannen bereits die Verhandlungen der Tarifverwalter mit der Hauptverwaltung über die Stilllegung der Werkstätten, am 4. April erklärten aber die Direktoren der Dresdner Betriebsverwaltung und Ortsverwaltung noch, daß ihnen von der Stilllegung nichts bekannt sei.

In der Sitzung des Hauptbetriebsrates vom 13. und 14. 2. beantragte der Vertreter der revolutionären Eisenbahneropposition, sofort Maßnahmen gegen die Massenentlassungen und die Stilllegung von Werkstätten zu ergreifen.

Die Betriebsräte des EoE, der OoE und des NSB stimmten geschlossen den Antrag nieder.

In der Sitzung des Sachlichen Vorstandes vom 8. April stimmten Sozialdemokraten und Bürgerliche geschlossen den Antrag der kommunistischen Fraktion nieder, der die Rückgängigmachung aller Entlassungen und die Aufhebung aller Stilllegungsmassnahmen von Reichsbahnbetrieben forderte.

Ganz klar ist also bemerkt, daß die triviale Verlogenheit nicht auf Seiten der Arbeiterschaft, sondern der reformistischen Bürokratie des EoE liegt.

Durch die Anführung eines Zitates aus der deutschnationalen Deutschen Allgemeinen Zeitung glaubt die Bezirksleitung

Der 10., 11. und 12. Mai ...

Genossen Zellen- und Ortsgruppenleiter!

Hast du schon beim Unterbezirkskomitee der RGO Flugblätter und Stimmzettel für die Reichsbahnbetriebsratswahl abgeholt?

Hast du schon einige Eisenbahndienststellen festgelegt, die du mit deiner Zelle zur Wahl bearbeitest?

Hast du dich schon mit den Eisenbahnern dieser Dienststellen in Verbindung gesetzt und festgestellt, ob am Sonnabend oder Sonntag die Wahl stattfindet und wann die Arbeitszeit beginnt?

Hast du schon Plakate anfertigen lassen, die die Eisenbahner zur Wahl der Liste „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner“ auffordern?

Hast du schon Genossen bestimmt, die die Wohnkolonien der Eisenbahner und die Krankenhäuser, wo Eisenbahner untergebracht sind, bearbeiten?

Hast du schon Genossen bestimmt, die die Postämter mit Flugblättern und Stimmzetteln besetzen und in die Stadtbüchereien ebenfalls Flugblätter und Stimmzettel werfen?

Wenn du diese Aufgaben noch nicht erfüllt hast, gehe sofort ans Werk, denn wir brauchen die Mitarbeit aller Genossen, wenn wir über Dormüller und seine Trabanten siegen wollen.

des EoE, die Kommunisten und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition vor den Arbeitern forsumptieren zu können.

Richtig ist, daß die Kommunisten einen Stoß im Reich der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie darstellten. Aber gerade deshalb, weil sie kämpften gegen die Parteipolitik der SPD, weil sie kämpften gegen die sozialdemokratische, reformistische Gewerkschaftsführung, die die treuesten Stützen der kapitalistischen Republik und Wirtschaft sind, deshalb werden sie von der sozialdemokratischen und bürgerlichen Rechte aufs härteste verfolgt.

Von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten wurde Gewerkschaftsopposition angenommen.

Hat man ein Hochverratsverfahren gegen den roten Eisenbahner eingeleitet und die Schranken der revolutionären Eisenbahner in der Werkstätte Gotha nach dem Material der revolutionären Eisenbahneropposition von Polizei durchsuchen lassen, weil die revolutionären Eisenbahner Helfer der Reaktion oder Tölpel der kapitalistischen Gesellschaft sind?

Jeder Eisenbahner vermag darauf selbst die Antwort zu geben.

Welche Partei die Parteigenossen vor roten Eisenbahnbetriebsräten hat, ist das führende Organ der Arbeitergesellschaft, die Deutsche Bergwerkszeitung, die am 12. 3. 26 schrieb:

„Wir können das Erstarren einer nationalen Eisenbahnergewerkschaft nur begrüßen; denn die Bahn ist der Lebensnerv einer Wirtschaft. Sie ist das entscheidende Instrument, um einen Generalstreik wirksam bekämpfen zu können. Ein Eindringen der bolschewistischen Propaganda in die Reihen der Eisenbahner ist darum besonders gefährlich.“

Die Unternehmer und ihre Handlanger, die Reformisten, wissen, welche große Gefahr ihnen droht, wenn bei der Reichsbahnbetriebsratswahl die Eisenbahner rote Betriebsräte wählen. Sie wissen, daß es dann nicht mehr ein leeres Wort bleiben wird, daß die Eisenbahner die Hand an der Gurgel des Staates haben, sondern daß die Eisenbahner dazu übergehen werden, diese Hände zum Druck zu gebrauchen.

Eisenbahner! Ihr müßt erkennen, gleichviel welcher Partei ihr angehört, ob ihr heute noch bei den Christen oder Gelben organisiert oder unorganisiert seid, daß nur revolutionäre Betriebsräte eure Interessen vertreten.

Schließt die Einheitsfront aller Eisenbahner zum Kampf gegen Dormüller-Itzmann!

Zerreißt die Kette des Youngplans!

Kämpft gegen den Verrat der reformistischen, christlichen und gelben Gewerkschaftsführer!

Gebt eure Stimme ab für die Liste

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner!

Alle Post- und Telegraphenarbeiter wählen diese Liste

Zentralbetriebsrat

Liste 4

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

Stroinski, Hans, Telegraphenarbeiter, Berlin.

Koch, Georg, Feinmechaniker, Hamburg.

Kabus, Hilbe, Postbesorgerin, Berlin.

Cisner, Hans, Telegraphenhandwerker, Leipzig.

Oßmann, Hermann, Postbesorger, Barmen.

Generalmittel für Vertrieb: Ernst Schüller W & N; für den Vertrieb: Wille, Berlin; Dresden; für Vertrieb: Erhard, Wuppertal; Dresden; Berlin; Dresden; Verlagsanstalt W & N; Prof. Witten, Dresden.

Qualität gegen leichteste Rufen

5 Winkler-Läden

NÄHMASCHINEN
SCHREIBMASCHINEN
MOTORRAD
KLEINAUTOS
FAHRADER
WASCHMASCHINEN
SPRECHMASCHINEN

Strussere 9, Johann-Lücke-Platz
Prager Str. 36, Kasernenstraße 7

Korruption! Korruption! Korruption!

Die Ortsverwaltung Dresden des EoE kauft Wahlstimmen!

Die Verleumdung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie kennt keine Grenzen. Es genügt ihnen nicht, daß sie an den Eisenbahner jahraus, jahrein Verrat üben, daß sie Streikbrechern Dankschreiben zuwenden und ihnen als Geschenk die aus den Mitgliederbeiträgen gezahlten Jahreskalender mit Widmung übermitteln, sie gehen jetzt dazu über, Stimmen für die Betriebsratswahl zu kaufen. So hat auch die Ortsverwaltung Dresden des EoE Kollegen, die dieses Jahr auf der revolutionären Liste kandidieren, aufs Verbandsbüro kommen lassen und ihnen zu verstehen gegeben, daß, wenn sie von den revolutionären Listen zurücktreten, man ihnen in ihrer Kotlage behilflich sein könne und bereit sei, ihnen ein Darlehen zu geben. Die reformistischen Kollegen erklärten den Kollegen, daß man zwar auf Grund des Statuts Darlehen an die Mitglieder nicht zahlen dürfe, daß es sich aber hier um Ausnahmefälle handle. Der Zweck dieser Ausnahme ist zu durchsichtig. Er dient auch nur dazu, um die meisten Arbeiter, die solche Unterstützungen annehmen, entweder

für sich zu gewinnen, oder zu korrumpieren. Die Eisenbahner müssen sich mit Absehen von solchen Methoden der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie wenden und diesen korrupten Elementen am 11. und 12. Mai die Antwort geben!

Die Eisenbahner wählen

- Ortsbetriebsrat: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner
- Bezirksbetriebsrat: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner
- Hauptbetriebsrat: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner

Ehrenmänner in der Arbeiterpensionstasse

der Deutschen Reichsbahn-AG — und wie sie ihr Wort halten

„Ich glaube, ich hatte es mit Ehrenmännern zu tun.“ Von diesem Mann wurde der Schmeißer Michel schnell befreit. „Weil ich aber weiß, daß es noch Recht und Gerechtigkeit gibt, ging ich zum Arbeitsgericht.“

Und Michel hatte kolossales Schwein. Als Gerichtsvollziehender hatte er den „sozialen“ Richter vom Dresden, Dr. Kleinhold, als „Arbeiter“ beiseite verdrängt der reformistische Gewerkschaftsangehörige Hähnel dem „Recht“ zum Siege.

Was war die Ursache der Klage vor dem Gericht? Von der Arbeiterpensionstasse der Deutschen Reichsbahn-AG wurde Michel als Obermeister für das Jahr 1923 abgewählt. Seine Kräfte ließen zulolge seines Alters mit jedem Jahre mehr nach. Als Zwölftausendjährigjähriger hatte er im Februar 1923 Antrag auf Invalidenrente. Das Vorstandsmitglied Reuschle machte ihm den Vorschlag, den Dienst aufzugeben. Es wurde über die dreimonatige Kündigungsgeldleistung erzielt. Michel verzichtete auf Innehaltung dieser Art und ging sofort. Als Gegenleistung soll ihm die Arbeiterpensionstasse der Deutschen Reichsbahn-AG eine mielfreie Wohnung zugewiesen haben.

Alles war in Butter. Michel freute sich auf einen „sorglosen, sonnigen Lebensabend“. Der erste Monat war herun, und da — in aufrichtiger freundschaftlicher Weise wurde Michel aufgefunden. Mietschein wurde ihm besorgt. Er zahlte. Von Obermeister Dr. Kleinhold bis Dresden ist es weit. Die Herren in Dresden haben von den betroffenen Arbeiterparteien wahrscheinlich noch keine Kenntnis — so dachte Michel. 12 volle Monate schloß er ab.

„Es sind ja Ehrenmänner“ — sein einziger Trost. Doch nun wurde es ihm zu dumm. Wenn die ihr Wort nicht halten, brauch ich es auch nicht zu halten. Er glaubte an Recht und Gerechtigkeit und forderte für die nicht innegehaltenen Kündigung 100 RM Lohn. Der sozialistische Arbeitsrichter „belehrt“ ihn, daß dies „unmöglich“ sei. Er konnte aber die angebotene Mietschein anfragen. Dies tat er. Fortanbismittig Reuschle bekräftigte aber als Jurist, daß er keine Zulicherungen für eine mielfreie Wohnung gegeben habe.

Dem Zuhörer drängt sich hier die Frage auf, warum sollte Michel auf die Kündigung verzichten haben, wenn ihm keine anderen Vorkommnisse gemacht wurden? Es nützte aber nichts, der Jurist blieb bei seiner Aussage.

„Nehmen Sie die Klage zurück!“

„Nein? Zurücknehmen? Ich bin doch im Recht!“

Der Vorsitzende wußte mit der Michel. Weber „Recht“ lehnt er keine eigene Meinung zu haben. Urteil: Die Klage wird abgewiesen. Lange blieb Michel noch im Saal stehen. Gedankenverloren starrte er vor sich hin. — Ehrenmänner — Recht — Gerechtigkeit — Lebensabend.

Alles futsch! Auch die Invalidenrente wurde abgelehnt.

Am 11. d. M. gehen die Eisenbahner zur Betriebsratswahl. Höfentlich suchen alle, die diesen Arbeitsgerichtsbescheid gesehen haben, ihre Rechte: Wahl der NSB!

„Nehmen, annehmen! — fährt die SPD

Was annehmen? — Den massenbelastenden Haushaltplan der Stadt Zittau

(Arbeiterkorrespondenz)

Zittau. Der diesjährige Haushaltplan ist sehr deutlich, daß die Gemeinde ein Glied des kapitalistischen Staates ist. So wie in Reich und Land werden alle Kosten auf die Schultern der breiten Massen geschoben.

Die Ansprüche für Arbeiterlöhne werden verfürzt und die sozialen Ausgaben vermindert. Die Sozialdemokraten haben sich nicht nur für den reaktionären Haushaltplan eingesetzt, sondern auch für die sozio-reaktionäre Haushaltsplanung am 28. April den Charakter des Haushaltsplanes auf und stellte zu dem einzelnen Kapitel Abänderungsanträge. Er forderte, daß die Wünsche für Arbeiterlöhne

wesentlich erhöht werden, da die Kürzung der Lohnansätze bedeutet, daß wiederum häßliche Arbeiter entlassen werden, wodurch sich die Zahl der Erwerbslosen noch mehr erhöht. Die anderen Fraktionen, von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten, sagten kein Wort gegen die Verminderung der Lohnansätze. Sie waren also damit einverstanden. Die kommunalistischen Erhöhungsanträge wurden nicht unterstützt.

Die soziale Totenbelastung
erhöhte bisher eine Summe von 45.000 Mark, im neuen Haushaltplan sind nur 28.000 Mark eingelegt worden. Die Verminderung der Ausgaben soll durch ein neues Ortsgeld erreicht werden, nachdem die soziale Belastung nur auf Antrag hin gewährt wird. Diese Maßnahme dürfte jedoch noch nicht genügen, um mit der angelegten Summe auszukommen; man wird also noch weitere Verschlechterungen in das neue Ortsgeld hineinstecken. Genosse Wehnert beantragte, das Ortsgeld in seiner bisherigen Form zu lassen und für die soziale Totenbelastung 50.000 Mark einzulegen. Die Anträge fanden keine Unterstützung.

Milchzubereitung und des Milchrisiko
sind schon oft den Angriffen der Rechtsparteien ausgesetzt gewesen. Im Entwurf zum Haushaltplan waren zusammen 3000 Mark eingelegt. Genosse Wehnert beantragte 8000 Mark einzulegen. Auch dieser Antrag wurde nicht unterstützt. Man bewilligte aber dann noch 2000 Mark, die aus der Mineralwassersteuer genommen werden sollen. Wie ungenügend die eingelegte Summe ist, zeigt sich schon daran, daß jetzt auf dem Wohlfahrtsamt vielen Arbeitern die Milchzubereitung entzogen wird, weil ihre Kinder angeblich schwer genug sind. Somit wird immer große Notlage gemacht, „Trink Milch“ und hier wird bedürftigen Familien die Berechtigung verweigert. Die

Fürsorge für werdende und kranke Mütter sowie die Kleinkinderfürsorge
schrumpfen im Zittauer Haushalt immer mehr zusammen. Die Anträge des Genossen Wehnert auf Einklang von 3000 Mark für Mütterfürsorge und 500 Mark für Kleinkinderfürsorge wurden abgelehnt.

Die Tuberkulosefürsorge
ist herabgesetzt worden, weil angeblich die Tuberkulose in Zittau abnimmt. Besonders trüb ist

die Behandlung der Sozialrentnerfürsorge
vorgesehen worden. Diese wurde herabgesetzt von 138.000 Mark auf 125.000 Mark. Genosse Wehnert stellte den im vorigen Jahre von der SPD vertretene Antrag auf Einklang von 175.000 Mark. Es war beabsichtigt für die Einstellung der Zittauer SPD, daß sie diesen Antrag nicht unterstütze und sogar Passagen Stellung nahm. Im vorigen Jahre brauchten sie die Sozialrentner für ihre Agitation, weil die Gemeindevorstände vor der Tür hand. Dieses Jahr lehnen sie die Erhöhung der Sozialrente ab. Die Zittauer SPD-Leute machen es genau so wie ihre Kollegen im Reich, nach der Wahl stimmen sie gegen ihre eigenen Anträge. Auch der kommunalistische Antrag, den Antrag der

Ausgewiesenenfürsorge
zu erhöhen, fand keine Unterstützung. Für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft will die Stadtbewirtschaft möglichst wenig ausgegeben. Ferner beantragte Genosse Wehnert, den Antrag für

Witze und Feiertage
in Höhe von 3000 Mark zu streichen und diese 3000 Mark zum Ausbau des Reichshauses zu verwenden. Das Reichshaus befindet sich in einem verfallenen Zustand. Aber weil dort nur Proleten wohnen, haben die Stadtväter kein Geld zum Ausbau übrig. Selbst die SPD lehnte es ab, die 3000 Mark für das Reichshaus zu bewilligen.

Genosse Wehnert betonte in seinen Ausführungen, daß die Reichsregierung gezwungen werden muß, den Gemeinden mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese ihre sozialen Aufgaben erfüllen können. Ferner kann Geld gespart werden, indem folgender Antrag angenommen und zur Durchführung komme:

Antrag:
„Das Höchstgehalt aller Beamten der Stadt Zittau darf 6000 Mark im Jahre einschließlich aller Vergünstigungen, Zulagen und Aufwandsentschädigungen nicht übersteigen.“
Auch dieser Antrag wurde von keiner Fraktion unterstützt. Für

Sparmaßnahmen solcher Art sind die Parteien von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten nicht zu haben. Im den 714-Millionen-Mark-Haushaltplan zu balancieren und der Reichsregierung die Mittel aus den Steuern der breiten Masse zu Kürzungen, Polizeiapparat, Kirche und Geldrente an die Kapitalisten zu überlassen, ist beschlossen worden, den

Stromtarifpreis und den Wasserpreis zu erhöhen, sowie 150 Prozent Grund- und Gewerbesteuerzuschläge zu erhöhen.

Genosse Wehnert lehnte diese Maßnahmen ab, da sie sich unförmlich auswirken, indem sie die Arbeiterschaft und die Klein- und Gewerbetreibenden belasten. Er forderte die Erhebung progressiver Steuern.

Die Sozialdemokraten zeigten bei der Beratung des Haushaltplanes ihre Verbundenheit mit dem bürgerlichen Staatsapparat. Sie hielten die Gemeinde auf Kosten der Arbeiterschaft und des kleinen Gewerbes am Leben.

Die Nazis beschränkten sich auf eine lebhafte Resolution
und auf einige unwesentliche Anträge. Auch sie lehnten alle Anträge der SPD zur Umgestaltung des Haushaltplanes ab. Einen solchen reaktionären Haushaltplan lehnen wir Kommunisten im Interesse der verfallenden Bevölkerung ab. Wenn die Nazis in der Volksversammlung die Ablehnung des Haushaltplanes durch Genossen Wehnert so hinstellen versuchen, als habe er falsch gehandelt, weil auch Rechtsparteien gegen den Plan stimmten, so muß festgestellt werden, daß diese im großen und ganzen mit dem Haushaltplan einverstanden waren; nur weil ihnen in einigen Fragen nicht weit genug entgegengekommen worden war, lehnten sie ab.

Das ändert nichts an der Tatsache, daß dieser Haushaltplan kapitalistisch ist. Sein größter Förderer ist der rechtsstehende Oberbürgermeister Zwingeberg.

Die Sozialdemokraten wollen mit ihrem Gehetel nur davon ablenken, daß sie gegen die Interessen der Arbeiterschaft gehandelt haben.

In wichtigen Kapiteln haben sie selbst ihr eigenes früheres Abgelehnt. Die Haushaltsberatung hat den Parteien im Stadtparlament die Maske vom Gesicht gezogen.

Die Arbeiterschaft muß daran erkennen, daß nur die Kommunisten für ihre Interessen eintreten. (1149)

Vortwärts im Geiste Lenins!

(Arbeiterkorrespondenz)

Beitrag. Zu klaren Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und dem bürgerlich-sozialdemokratischen Block kam es in der Gemeindevorordnetenversammlung vom 7. Mai. An Hand des arbeiterfeindlichen Haushaltsplanes stellte Genosse Oskar Schubert verschiedene Abänderungsanträge. Genossin Inger Borek: „Keine Ausgaben durch Heranziehung des Bekümmert“ lehnte die vereinte, reaktionäre Gesellschaft unter Führung des SPD-Bürgermeisters alles ab. Gemeindevorordnetenvorsteher, Genosse Paul Schubert, brandmarkte in klaren Ausführungen die unverantwortliche Ausgabenpolitik. Auf der einen Seite gewaltig gesteigerte Verwaltungsausgaben, auf der anderen Seite angeblich keine Mittel für Wohnungsbau, für Straßenbau, Kapital Wohlfahrtsfürsorge. Hier werden die Ausgewiesenen zur Verzweiflung getrieben. Alles dies läßt die angeblichen Arbeitervertreter fast als eigenes Werk, die kommunale Totenbelastung, nicht zu bejahen. Höher geht's nimmer! Bei der Abstimmung schufen unsere Genossen den Haushaltplan ab. Nur die, allerdings viel zu geringen Mittel für die Wohlfahrtsfürsorge bewilligten sie. Zum Vorhanden des neuen Schulausschusses wurde der Bürgermeister, um Schulleiter Lehrer Kewler gewählt. Ferien sind vom 12. Juli bis 4. August und 28. September bis 11. Oktober. Vertreter der Arbeiterschaft im Schulausschuss ist Gen. Paul Schubert. Eine Verringerung der Wassergebühren wurde im Wallerhausklub gegen die Stimme des Gen. Waiwald abgelehnt. SPD-Vorwärtler verteidigte sogar noch diese, die Arbeiterschaft so ungeheuer belastende Gebührenordnung. Seine Taile wurde von Gen. Paul Schubert gebührend zurückgewiesen. Auf Grund der noch unerschauten 20.000 Mark hat jeder Einwohner eine Kopfsteuer von 3 bis 4 Mark jährlich zu zahlen. Wallerhausklub! Hämmer auch diese Ausgeburt in den Kopf! Der kommunalistische Antrag, alle Ausgewiesenen in die gehobene Kategorie zu übernehmen, wurde angenommen. Zum Schluß wies unsere Genossen die bürgerlichen Agitationsreden in Sachen des Verkaufs des Schiedsgerichts zurück. Einige sozialdemokratische Kandidaten aus der Arbeitererschaft machten sich ganz besonders bemerkbar. Ja, die Wahrheit ist manchmal unangenehm. Vortwärts, im Geiste Lenins!

(A.R. 1150)

Verkehrsunfall auf der Landstraße

Stolpen. Hier stieß ein aus Görlitz kommender Kleintransportwagen mit einem größeren Auto zusammen. Der Kleintransportwagen wurde umgeworfen. Die Insassen, Mann, Frau und drei Kinder, wurden verletzt.

Pirna im Zeitalter der Hygiene

(Arbeiterkorrespondenz)

Pirna. Im Stadteil Zschandorf wohnt eine Arbeiterfamilie mit 3 Kindern in 2 Zimmern. (Als Wohnräume kann man sie nicht bezeichnen.) Dieselbe ist vor einigen Jahren als Wohnraum vergeben worden. Trotz vorzüglicher Einrichtung ist hier noch keine Abhilfe geschaffen worden. Der Zustand der Wohnung ist katastrophal. Der Fuß ist von den Wänden, Schimmel und Bläse linienartig an den Fenstern abgehoben. Zwei Kinder (1½ und 5 Jahre) sind erkrankt. Die Möbel sind dem Verderben preisgegeben. Alles Körperliche auf dem Wohnungsamt ist bis jetzt erfolglos geblieben. Das Haus ist derzeit baufällig, daß man schon eine Familie wegen Lebensgefahr herausnehmen müßte. In der Nacht vom 6. bis 7. Mai ließ sich ein Teil des Deckens über dem Bett in dem der Ehemann mit einem 14jährigen Kinde schlief, und schlug den beiden ins Gesicht, so daß sie Hausabstürzungen drohten. Will man warten, bis diese Höhlenbewohner völlig erkrankt sind? Herr Stadthausmeister Schmidt beschaffte mit einer 6-Zimmer-Wohnung. Dazu fand die Stadt Mittel und Wege, während auf der anderen Seite Arbeiterfamilien in solchen Höhlen wohnen läßt, weil man angeblich nicht helfen kann. Und das alles im Zeichen der Hygiene. Nur die Kommunisten kämpfen gegen Mietpreissteigerung und Wohnungsnot. Werbet Mitglied der SPD. Zeit und verdreht die Arbeiterstimme! (1145)

Die Polizei ist schlagfertig!

(Arbeiterkorrespondenz)

Pirna. Dies kann man von der Pirnaer Polizei ohne weiteres behaupten. Nicht, daß wir dabei die Großkampagne wie die Pogromen vor Jahren, den 1. Mai 1924, den 6. März 1930 heranziehen wollen, nein, nicht im geringsten; Pirnas Polizei ist jederzeit schlagfertig, auch im Privatleben ihren Hausmitbewohnern gegenüber.

Freiert da der Polizei Türpe bis in die späte Nacht hinein irgendein Betrug, so daß die Hausbewohner in ihrer Nachtruhe gestört werden. Ein 75 Jahre alter Hausbewohner, der gegen den nächtlichen Lärm protestierte, wird darauf von Türpe selbst mit der Faust niedergeschlagen. Er fällt auf die rechte Schulter. Die Folge: Schlüsselbruch.

Da Pirna immer in der Welt voran sein will, kann es sich auch mit Sennungs Luftausgleich nicht zufrieden geben, darum hat Pirna seit dem 1. Mai ein besonderes Polizeigebiet. Die Tat, die wir oben schilderten, ist nach nur Inkrafttreten dieses Gesetzes geschehen. Nunmehr wird sich zeigen, inwieweit die Polizei unter dem Schutz der Pirnaer Polizeiverordnung zur mütigen Tat vorwärtschreiten wird.

Die Arbeiterschaft muß erkennen, daß nur in geistiger und geschlossener Front sie ihre Befreiung erringen kann. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen der Partei der Minister, Parlamentarier, Bonzen und Kapitalisten vom Rücken des Polizeihauptmannes Galle den Rücken kehren, hinein in die kommunistische Partei! Kampf für den Sieg der arbeitenden Klasse. (1151)

Er ist noch „zu ziehen“

(Arbeiterkorrespondenz)

Pirna. Wie man Diensthofen behandelt, das weiß am besten die hier auf der Barbiergasse wohnhafte Fleischermeisterfrau Schreiber. Die erlaubt sich, ihren Verdienst einen Kaugummis und Gummihandel zu heischen. Sie verbietet ihm sogar, mit den weiblichen Diensthofen zu sprechen und äußerte sich, ihm gehörten bloß ein paar richtige Schellen, denn er wäre noch zu ziehen. Verlingel! Jungarbeiter! Zieh daraus die Lehren. Tretet ein in den RSD. (1152)

Öffentl. Einwohnerversammlung in Pirna

am Montag dem 12. Mai 10 Uhr im Volkshaus. Es spricht Genosse Schwarz, Dresden, über: Bürgerblock oder Landtagsauflösung! Freie Aussprache! Werttätige, Erwerbslose, Rentner, erscheint in Massen! Unkostenbeitrag 10 Pfennig. SPD Pirna.

Der Großröhrsdorfer Bürgermeister hat Angst vor den Kommunisten!

Großröhrsdorf. Wie wir schon berichteten, wurden in der letzten Stadtvorordnetenversammlung zwei Vertreter Einwohner von der Justiztribüne entfernt, obwohl sie sich keines Verstoßes schuldig gemacht hatten. Wie wir weiter erfahren, ist die Entlassung durch den Rathobau auf Anweisung des Hausmeisters unter Ausschluß eines Polizisten erfolgt. Den beiden ausständigen Auhörern wurde auch nicht gestattet, sich bei unserem Genossen K u h i n t z zu beschweren, sondern sie wurden an die Treppe und hinuntergedrängt. Später wurden dann die Aufgänge durch den Hausmeister blockiert, damit den hinausgeworfenen keine Möglichkeit zum Wiedereintritt gegeben war. Nur durch Zufall erfuhr unter Genossen noch während der Sitzung von dem erfolgten Hinauswurf und protestierte dagegen und behauptete, daß keine Entlassung der Hausmeister nicht von sich aus den Hinauswurf angeordnet habe, sondern daß wahrscheinlich der Rat dahinterstehe. Der Bürgermeister beharrt das entschieden. Als nach Räumung der gelamten Tribüne, die dann erfolgte, der Hausmeister vor das weiter laufende Plenum tritt und angeben sollte, wer die Anweisung gegeben habe, erklärte dieser, dies sei vom Bürgermeister ausgesprochen. Dem Bürgermeister war diese Feststellung außerordentlich peinlich, weil er dadurch bei einer Unwahrheit ertrapt wurde und die Behauptungen unseres Genossen als richtig feststellte wurden. Diese Verewaltung der Öffentlichkeit ist aber nur deshalb erfolgt, weil erlaubt wurde, daß es Redeberechtigten Kommunisten seien, die maßloserweise die Sitzung stören könnten. Was doch ein Tugend-Bürgermeister für eine Angst vor zwei Kommunisten haben kann und wenn es auch nur harmlose Besucher der Sitzung sind. Auf alle Fälle hat die Einwohnererschaft die Pflicht, gegen solche Verewaltung der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen, deshalb kommen alle werktätigen Einwohner heute Sonnabend 20 Uhr in den Bergkellerklub zur öffentlichen Einwohnerversammlung.

Die werktätigen Einwohner haben das Wort

„Wir lehnen die Politik der SPD ab“

Nähtischgeheren. Am 8. d. M. fand im Lindengarten eine öffentliche Einwohnerversammlung statt, die sich mit den unerhöhten Vorgängen in der Gemeindevorordnetenversammlung am 3. d. M. befaßte. Diese Versammlung, die trotz dem trübenden Regen sehr gut besucht war, handelte das große Interesse, das die betreffenden Ereignisse innerhalb der Einwohnererschaft erweckt haben. Der Referent Genosse Lenz führte folgendes aus: Die Stellungnahme der Kommunisten zu den Haushaltsplänen in Reich, Land und Gemeinden ist eine grundsätzlich ablehnende, weil in einem Staatswesen mit kapitalistischer Form auch der Haushaltplan kapitalistisch d. h. im Interesse des Unternehmertums aufgestellt ist. Die Kommunisten wissen, daß sie an der allgemeinen Notlage der Gemeinden durch keinerlei Anträge etwas ändern können; das hindert sie aber nicht, immer wieder Anträge, die im Interesse des Proletariats liegen, zu stellen, da sie mit allen Mitteln danach streben, den Haushaltplan des Proletariats zu verbessern, während es ihnen gleichgültig sein kann, was aus den kapitalistisch orientierten Haushaltsplänen des Reiches, der Staaten und der Gemeinden wird. Um die arbeiterfeindliche Tendenz all dieser Haushaltspläne aufzuzeigen, ist es erforderlich, alle Kapitel ausführlich unter die Lupe zu nehmen. In unserer Gemeinde war man auf den famosen Ausweg gekommen, den Haushaltplan im Ausschuß fertigzuberaten, um über ihn dann in der öffentlichen Sitzung am 3. d. M. zusammen mit den übrigen wichtigen Punkten der Tagesordnung ein bloc abstimmen zu lassen. Diesen Antrag stellte in der Sitzung der latium bekannte Direktor der Heimstätten-Gesellschaft Sachse, Exadert, und zwar weil, wie er sagte, der Herr Bürgermeister (SPD) bei Aufstellung des Haushaltsplanes den Wünschen der Bürgerlichen in jeder Beziehung nachgekommen ist. Als unsere Genossen auf Diskussion bestanden, erklärte nunmehr auch der SPD-Vertreter und anscheinend zukünftige Sozialdemokrat R o h l, daß er sich dem Vorschlag des Herrn Exadert anschließen und ebenfalls vorstellige den Haushaltplan ein bloc anzunehmen, wobei er seiner Freude Ausdruck gab, daß der Haushaltplan balanciere, ohne irgendwelche „Schädigung der Arbeiterklasse“.

Es hat den Anschein, als schäme die Verwaltung bei diesem Herrn infolge reichlicher Bierkonzessionen rapide fort, wenn er Ähnliche von etwa 45.000 M. bei den Kapiteln Wohlfahrtsfürsorge, Schulen, kommunale Totenbelastung, Straßenbau usw. nicht mehr als Schädigung der Arbeiterschaft anlehnt. Aber über diesen Zustand ihres Vertreters mögen sich seine Wähler selbst den Kopf zerbrechen. Unsere Genossen konnten jedenfalls, trotzdem sie immer wieder das Wort zur Geschäftsordnung verlangten, es aber nicht erhielten, die en-bloc-Ablehnung nicht verhindern, und Genosse Lenz, der dieses Verhalten sehr richtig mit Schuzerei anprangerte, wurde zum Verlassen der Sitzung aufgefordert, und da er auf seinem Platz verblieb, mit den Stimmen der Bürgerlichen und SPD für weitere 2 Sitzungen ausgeschlossen. Genosse Lenz berichtete weiterhin über verschiedene Amtshandlungen, die sich der SPD-Bürgermeister Schmidt im Laufe seiner Amtszeit geleistet hat und die nun Gegenstand einer Besondere bei der Amtshauptmannschaft werden sollen. Unter diesen Amtshandlungen war besonders die Tatsache interessant, daß die Gemeindeverwaltung ohne Wissen der Gemeindevorordneten die Mietsteuern auf mehrere Jahre hinaus verpfändet hat. Anschließend daran gab Gen. Münzinger einen kurzen Bericht über seine Tätigkeit im Finanzausschuss und erklärte, daß alle seine Vorschläge zur Beibehaltung der bisherigen Kapitelbedrag gegen seine Stimme abgelehnt worden sind. Zum Schluß schilderte Genosse Hoop, Dresden, in sehr eindringlicher Weise die Auswirkungen der Weltwirtschaft auf die Haushalte der Gemeinden. Er empfahl die Bildung kommunalpolitischer Beiräte zur Unterstützung der kommunalistischen Gemeindevorordneten und erklärte, daß damit bereits gute Erfolge erzielt worden seien. Eine Resolution, in der das Borgehen des Bürgermeisters aufs Schärfste verurteilt wird und der schamlose Betrag der SPD-Vertreter gebührend markiert wird, fand einstimmige Annahme. Werttätige, veräumt nicht, die kommenden Gemeindevorordnetenversammlungen zu besuchen!

Genossen! Leistet morgen Werbearbeit für den Sieg der roten Listen bei Post und Reichsbahn!

„Rentabilität“ oder Klassenkampf?

Zum 65. Verbandstag der Sächsischen Konsumvereine

Am 11. und 12. Mai fand in Jittau der Verband Sächsischer Konsumvereine. Dieser Verband ist eine Unterorganisation des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, und zwar eine der bedeutendsten. Hier in Jittau stand die Arbeit der modernen deutschen Genossenschaftsbewegung, hier standen auch die Konsumvereine unter der Führung von hiesigen Arbeitervereinigungen, vollzog sich auch die Trennung von der Reichsbewegung Genossenschaftsbewegung Schulze-Delebré. Bei der Gründung der Bewegung auf dem Genossenschaftskongress in Krenau im Jahre 1899 waren es vor allem die hiesigen Arbeiterkonsumvereine, die sich selbst in größerer Anzahl zum Zentralverband Deutscher Konsumvereine zusammenschlossen.

Es ist nichts Abirrgeblieben von dem revolutionären Schwung, der die Jugendzeit der genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse belebte. Die proletarischen Bewegungen haben im Laufe weniger Jahrzehnte nicht nur die Gestalt, sondern auch ihren Charakter von Grund aus verändert, und es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn der prozentuale Anteil der Arbeitermitglieder an der Gesamtmitgliedszahl der Konsumvereine immer mehr zurückgeht. Die Konsumvereine sind heute unter der Führung von völlig verbürgerlichten sozialdemokratischen Geschäftsführern und Sekretären frei von jedem Anreizswillen gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und ihre Sozialpolitik der Arbeiterbewegung mehr. Die Genossenschaftsbürokratie, die während des Krieges Chausseur und Durchhaltepolitik trieb, hat längst ihren Frieden mit den „Influenteuren des Proletariats“ gemacht. Dieser Staat ist ihr Staat, und so wie die „Demokratie“ dieses Staates ist auch ihre eigene „Demokratie“ in den Konsumvereinen beschlossen.

Die Mitgliedschaft ist so gut wie völlig von der Verwaltung ihrer Vereine ausgeschlossen, sie hat meist nur das Recht, Mitglieder zu wählen. Heute sind die Konsumvereine mit wenig Ausnahmen weiter nichts, als eine soziale Reformbewegung von sehr geringem wirtschaftlichem und gar keinem politischen Nutzen für die Arbeiterklasse.

Die Verladung in den Reformismus vollzog sich unter dem fadenheimlichen Mantel der politischen Neutralität. Politisch neutral aber ist der Zentralverband Deutscher Konsumvereine mit seinen Unterverbänden immer nur gegen die herrschenden Nachbarn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gewesen, gegen die genossenschaftliche Opposition, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, und gegen die Kommunisten, die einzelnen konsequenten Kämpfer für die sozialistische Weltanschauung, die Genossenschaftsbürokratie nicht nur unduldsam, sondern kämpft mit Mitteln gegen sie, vor deren Anwendung sich selbst die kapitalistischen Organisationen scheuen. Die Genossenschaftsbürokratie hat somit durch ihr Verhalten überdies auf die Entwicklung zur Partei und Staat beherrschenden kapitalistischen Monopolwirtschaft einwirkt, trägt durch ihre Politik auch zum Schuld an dem Niedergang von unvorstellbarem Umfang, der sich jetzt auf die Tausende der Arbeiter und Angestellten durch die Abmächtigung der Gewerkschaften und durch die Sanierung der großen industriellen Güter und industriellen Betriebe auf Kosten der breiten Massen vollzieht.

Die Genossenschaftsbürokratie gräbt sich mit alledem ihr eigenes Grab. Die Unmöglichkeit in der Konsumgenossenschaftlichen Richtung, dem Hauptorgan des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, reden eine für die Genossenschaftsbürokratie deutsche Sprache. Die Ursache der Konsumvereine sind im Durchschnitt bereits zurückgegangen. Die Ursache dieser Erscheinung liegt in der Senkung der Kaufkraft der Massen; durch Arbeitslosigkeit von Millionen, durch die das meiste Einkommen der Masse auf alle wichtigen Massenverbrauchsgegenstände, durch Vermehrung der indirekten Steuern, die den Großgeheimnissen auf

Kosten der Proletarier durch die Reichsregierung gemacht werden, durch den weiteren Abbau der sozialen Einrichtungen und durch die Entzug der Löhne.

Nicht kämpfen die Arbeiter, sagt Katsch und Gen. in der Rundschau wie willgemordete Epikureer über den „Staat der Epikureer“, womit sie die Joll- und Steuerpolitik der ehemaligen Koalitionspartner der SPD meinen, die übrigens die Joll- und Steuerpolitik unter der früheren SPD-Führung nur konsequent fortgesetzt haben. Arbeiter schreibt: „Der Bestand des jetzigen Kabinetts Krüning wurde bis auf weiteres durch Standesbeschlüsse der SPD-Verbraucherstellen erfüllt. Die eigentlichen Treiber in diesem unerhörten Akt der Bekämpfung waren die Wirtschaftspolitiker unter Führung eines Radermeisters, über dessen politische und intellektuelle Qualitäten man am besten nicht spricht. An die Stelle der alten Koalition trat die verlogene, verlegene und treue Grinasse (!). Man kann nur hoffen, daß dieser neue Staat ihr letzter, daß er ihr Charakter sein möge!“

Aus dieser Schimpf-Spielerei, spricht die unerschütterliche Wort, nichts weiter. Den Joll- und Steueränderern, die auch die Umwälzung der Konsumvereine gewaltig erhöht haben, wird dies und das und immer der Tod gewünscht, eine Teilstellung des Klassenkampfes der Bewegung oder gar ein Gebühre der reformistischen Genossenschaftsbürokratie endlich selbst in die Hände zu werden, und die Millionen der organisierten Arbeiter und Angestellten werden endlich in die Hände der Arbeiter der Partei zu finden. So kann die bestochene Bürokratie in der Partei. Die Massen erleben, daß die Wirtschaftspolitik unter ausbrechender Besetzung auf das Republikanische der sozialdemokratischen Reichsministerien Generalia gegen die nach dem Staatsantritt rufen!

Die revolutionäre Opposition im Zentralverband hat seit länger als einem Jahrzehnt einen blühenden Kampf gegen die Joll- und Steueränderer, die auch die Umwälzung der Konsumvereine gewaltig erhöht haben, wird dies und das und immer der Tod gewünscht, eine Teilstellung des Klassenkampfes der Bewegung oder gar ein Gebühre der reformistischen Genossenschaftsbürokratie endlich selbst in die Hände zu werden, und die Millionen der organisierten Arbeiter und Angestellten werden endlich in die Hände der Arbeiter der Partei zu finden. So kann die bestochene Bürokratie in der Partei. Die Massen erleben, daß die Wirtschaftspolitik unter ausbrechender Besetzung auf das Republikanische der sozialdemokratischen Reichsministerien Generalia gegen die nach dem Staatsantritt rufen!

„Aufmarsch der Revolutionstruppen“

„Rotfront beherrscht die Straße“

Neber den grandiosen Aufmarsch der Berliner Arbeiter am Jahresanfang des Verbots des KAD bringt die „Rote Fahne“ folgende bürgerliche Voraussage:

Von rechts bis links hand geliera die ganze bürgerliche Welt unter dem Banner der außerordentlichen Demonstration des Roten Frontkämpferbundes am ersten Jahrestag seines Verbots. Die Demonstration „Berliner Volksgewalt“ schreibt:

Der Rote Frontkämpferbund, der bekanntlich verboten ist, hatte nicht abgesehen von einjähriger Gefangenschaft seines Verbots nicht in einer Demonstration aufzutreten. Er vermachte auch die Straße zu beherrschen, und war in sehr großem Umfang. Der Aufmarsch wurde von den amtierenden großen Kolonnen mit ihren alten Musikpfeifen und Fahnen vollkommen überhört. Teilweise erschienen die Demonstrationen in Uniform. Die Polizei hörte infolge der großen Ausbreitung des Aufmarsches nicht ein und ließ die Kommunisten gewähren.

Darüberhinaus „Deutsche Zeitung“ teilt in ihrer Festschrift an der Spitze des Heftes: „Rot Front beherrscht die Straße“ und fährt fort:

viats gefordert. Auf dem Verbandstag in Jittau liegen wieder um Anträge vor, die die Konsumgenossenschaften in ihrer Gesamtheit auf das Gebot der Stunde aufmerksam machen, endlich Schluß zu machen mit den Neutralitätsphantasien. So hat der Konsumverein Vimbach in seiner letzten Vertreterversammlung einstimmig einen Antrag an den Verbandstag angenommen, in dem es u. a. heißt:

Der Verbandstag muß sich nachfolgende Beschlüsse zu eigen machen:

1. Gegenüber dem brutalen Angriff des Kapitalismus auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse hält es der Verbandstag für sofort erforderlich, daß die Gesamtorganisation aus ihrer bisherigen Passivität heraustritt.
2. Der Verbandstag fordert alle Konsumgenossenschaften auf, in Verbindung mit den revolutionären Arbeiterorganisationen den Kampf gegen die Jolle aufzubrechen und gegen die Monopolbildung der privatkapitalistischen Wirtschaft zu führen.
3. Er fordert weiter die GGG auf, aus den kapitalistischen Kartellen auszutreten und allen ihren Monopolbestrebungen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.
4. Der Verbandstag hält deshalb einen umfassenden Angriff der gesamten weltweiten Bevölkerung gegen die privatkapitalistische Wirtschaftsorganisation und seinen Apparat für notwendig und verpflichtet die angegliederten Vereine, diesen Kampf ideell und materiell mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Wir richten an dieser Stelle aber auch einen eindringlichen Appell an die proletarischen Mitglieder der Konsumvereine: Auf eurer Gleichgültigkeit konnte es sich die sozialistische Proletarie bisher erlauben, die einseitig geführte Politik zu betreiben und alle Anträge der Opposition abzulehnen!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werdet aktive Mitglieder der Konsumvereine, arbeitet mit am Aufbau der Konsumvereine zu Organisationen des Klassenkampfes!

„Bemerkenswert war, daß trotz des starken Polizeiaufgebots ungehindert das verbotene Organ des Roten Frontkämpferbundes, „Die Rote Front“, ausgeteilt und verkauft wurde, und zwar mit den Worten: Von Jörgelbeil verboten, von uns erlaubt!“

„Rot-Front-Demonstrationen trotz Verbot“. Inhaltlich der „Volksgewalt“ an der Spitze seiner Morgenausgabe, und die gleichfalls deutschlandweite „Nachtausgabe“ bemerkt:

„Zeit dem Verbot des kommunistischen Roten Frontkämpferbundes und der sogenannten Antifaschistischen Jungen Garde haben die Kommunisten immer wieder, teils in Berlin, teils in Weistalen, der Polizei den Beweis geliefert, daß sie nicht daran denken, den Roten Frontkämpferbund aufzulösen. Gestern hat auf dem Rummelplatz eine Demonstration stattgefunden, an der uniformierte Mitglieder des verbotenen Roten Frontkämpferbundes teilgenommen haben.“

Das neben dem „Vorwärts“ erscheinende antikommunistische Schatzmagazin, die „Berliner Volkszeitung“, kann es nicht verwundern, daß es gestern nicht zu dem von ihm lange geforderten „Erschießung einiger hundert Kaderführer“ gekommen ist. Der Spitzartikel in der gestrigen Abendausgabe der „Volksgewalt“ ist ein einziger Rufsturm!

Die Kommunisten triumphierten. Mit Recht; denn es ist ihnen gelungen, die Staatsautorität offen zu verhöhnen. In Berlin, letzten Freitag verurteilt die „Rote Fahne“ den Erfolg der letzten Aktion. Sie hat nicht übertrieben. Der Rote Frontkämpferbund erzielte ganz unwillkürlich trotz des Verbots weiter. Die Parolen des Hochverrats, die gestern durch die Straßen Berlins jarmachen, verurteilten auf lebende Leinwand und bewegten sich in höchstem Maße offen im Gewand der verbotenen Uniform und dem Schmutz der verbotenen Abzeichen...

Was sich gestern in Berlin ereignet hat, was aber nicht etwa nur die eigene Aufforderung zum Hochverrat, sondern letzten Endes schon der Hochverrat selbst; der militärische Aufmarsch der Revolutionstruppen.“

Dem „Vorwärts“ als einzigem Blatt bleibt es vorbehalten, die Demonstration, über deren Zweck und Ziel er bezeichnenderweise nicht ein Wort verriet, zu verurteilen: „Die Festlegung war mittelmäßig.“ Ich, was geben die SPD-Gelassen darum, wenn ihre härteste Demonstration eine solche „mittelmäßige Beteiligung“ aufzuweisen hätte!

Ein 79jähriger ins Zuchthaus geschickt

Das Magdeburger Schöffengericht hat kürzlich einen 79 Jahre alten Mann auf ein Jahr ins Zuchthaus geschickt. Der Alte hatte von einem Klempnerlehrling geringe Mengen Blei, die der Lehrling seinem Meister entwendet hatte, gestohlen. Es handelte sich um Mengen im Werte von 1,80, 2,40 und 3 Mark. Der Handel brachte dem Alten im ganzen 2 Mark ein. In der Schlichter war der alte Mann durch Not gerieben, denn er mußte mit 27,10 Mark monatlicher Rente sich und seine trank Frau ernähren. In, wenn es sich um einen Kommerzienrat wie im Falle Meubörler oder um Eltante jun. oder um die Frauen von Potsdamer Regierungsgärten handelt — da kann die Justiz auch anders.

Wie nützt du der Arbeiterstimme?

Was unsere Leser beachten müssen

Pünktlich zahlen!

Erst vor kurzem hat der Verlag der Arbeiterstimme an dieser Stelle an seine Leser den Appell gerichtet, den Abonnementspreis pünktlich und im Voraus zu bezahlen, um so die finanzielle Voraussetzung zu schaffen, auch weiterhin allen Schichten der Arbeiterklasse zum Trotz den wichtigsten Kampf im Interesse des Proletariats führen zu können.

Tägliche Werbung tut not!

Die Aufgaben des kommunistischen Vekers gegenüber der Arbeiterklasse beschränken sich nicht nur auf die pünktliche Herausgabe des Abonnements, sondern jeder muß darüber hinaus in höchstem Maße an einer immer größeren Verbreitung der Arbeiterstimme interessiert sein. Kein Vekler der Arbeiterstimme darf sich in der Hoffnung wiegen, daß der Verlag allein alle Kräfte anspannen kann, um dieses Ziel zu erreichen. Er kann es nicht, ohne die tatkräftige Unterstützung aller Vekler. Es ist deshalb Hauptaufgabe eines jeden kommunistischen Vekers, Tag für Tag für sein Kampforgan zu werben, neue Vekler zu gewinnen. Dieses ist ein Grundgesetz, das besonders heute, in einer Zeit des Heranwachens einer gewaltigen wirtschaftlichen und damit politischen Krise im Weltmaßstab, nicht hart genug unterstrichen werden kann. Die Entzogen des die kommunistische Partei umgebenden Kreises Sympathisierender, der besonders in allerletzter Zeit immer größere Ausdehnung gewinnt, können selbstverständlich nur dann in steigendem Maße im Interesse der revolutionären Bewegung ausgeglichen werden, wenn es uns gelingt, diese Sympathisierenden Schichten ideologisch zu beeinflussen.

Nützt die Arbeiterstimme als Agitationsmittel!

Vor jedem kommunistischen Vekler steht deshalb die Frage: „Wie erlassen wir die Massen der Sympathisierenden durch unsere Presse?“ Die Lösung dieser Frage ist nicht so schwierig, wie sich das viele Genossen vorstellen. Jedem kommunistischen Vekler ist ein ganz bestimmter Kreis Sympathisierender bekannt, sei es in der häuslichen Nachbarschaft, im Betrieb, in der Gewerkschaft, in der Sportorganisation, im Arbeitergefangenenverein oder in einer anderen Organisation. Wenn sich jeder kommunistische Vekler in strenger Erfüllung seiner Parteipflicht die Aufgabe stellt, diesen ihm persönlich bekannten Kreis Sympathisierender systematisch zu bearbeiten, dann wird es ihm ein leichtes sein, einen großen Teil neuer Abonnenten für die Arbeiterstimme zu gewinnen. Die dabei zu leistende Arbeit besteht lediglich darin, sich jeweils „einen vorzunehmen“, ihm wiederholt seine Zeitung, nachdem man sie gelesen hat, zu übergeben, ihn und wieder die eine oder andere aktuelle Frage mit ihm zu besprechen, ihn auf besondere Artikel hinzuweisen, alles in allem, den zu Werbenden systematisch zu bearbeiten, und

swar bis zu dem Punkte, wo derselbe selbst anfängt, Interesse für die Arbeiterstimme zu gewinnen.

Wir erwarten von jedem kommunistischen Vekler, daß er, eingebend des Prinzips, daß zur Erhaltung und Ausbreitung unserer Presse die tätige Mitarbeit der Gesamtpartei notwendig ist, nun mit aller Energie an die Durchführung dieses Auftrages herangeht.

Berücksichtigt die Inserenten!

In diesem Punkte sehen wir uns besonders genötigt, ein ganz ernstes Wort an unsere Genossenschaftler zu richten. Die Tatsache, daß manche Geschäftsleute die Arbeiterstimme bei Vergütung ihrer Inserate übergehen, zwingt uns, von unserer Veklerstimme mit allem Nachdruck zu fordern, daß in solchen Geschäftlichen auch nicht für einen Pfennig gekauft wird, daß überhaupt dem Inserenten eine größere Beachtung gewidmet wird. Mehr als bisher muß es Grundgesetz jedes Veklers der Arbeiterstimme werden, nur bei untern Interessenten zu kaufen und darüber hinaus auch noch die Courage aufzubringen, dem Geschäftsleute zu sagen, daß nur deshalb bei ihm gekauft wird, weil er in der Arbeiterstimme inseriert.

Diese Unterstützung leitens unserer Vekler brauchen wir, um denjenigen Geschäftsleuten, die heute noch immer auf dem Standpunkt stehen, es nicht nötig zu haben, in der Arbeiterstimme zu inserieren, die ganze Kraft unserer Organisation entgegenzusetzen.

Verlag der Arbeiterstimme.

Die Bourgeoisie frißt sich voll...

nämlich bei der Eröffnung der Hygiene-Ausstellung! Dafür ist Geld da, während die Erwerbslosen bei Ihrer „Unterstützung“ verhungern!

Rüstet zum Aufmarsch des Dresdner Proletariats gegen Hygieneschwindel am 17. Mai, Stellen 18 Uhr, Holbeinplatz



Sonntag den 11. Mai

9: Morgensfeier. 11: Rufe nach Griechenland. 11:30: Am 15:15: des Muttertages: Gedächtnis um 12-14: Mittagskonzert. 12:30: Kauerer Zeitzeichen. 14: Wettervorhersage und Zeitangabe. Anschließend: Aktuelle Biertische. 14:30: Punkte für die Landwirtschaft. 14:45: Studie der Mitteldeutschen Sender. 15:15: Bericht über die Eröffnung des Oberammergauer Bühnenhauses. 15:45: Chorkonzert. 16:30-17:30: L. 70. 1918 (Hörspiel). 17:35-19:15: Konzert. 19:30: Der tolle Bombardier. 20: Der Traubendauer (Oper). 22:30: Zeitangabe, Pressebericht und Sportfunk. 22:45-00:30: Tanzen.

Zertrümmert den Bürgerblock!

Verstärkt den Massensturm für Landtagsauflösung! Heraus zur Kundgebung, Montag den 12. Mai in den Blumensälen, Blumenstraße. 19,30 Uhr. Erscheint in Massen!

Kampf der Dorpmüller-Tyrannie

Jeder Eisenbahner wählt Liste: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner!

Millionen revolutionärer Eisenbahner der Welt schauen am 11. und 12. Mai nach Deutschland, wo die deutschen Eisenbahner an diesen Tagen die Entscheidung zu fällen haben, ob sie sich weiter der Kaste Dorpmüllers und seiner Lakaien beugen wollen oder ob sie bereit sind, einen Schritt vorwärts zu ihrer Befreiung zu tun. Ungeheure Opfer forderte in den letzten Jahren das Dorpmüllerische Werdensystem. Not und Elend herrscht in allen Eisenbahnerfamilien. Hungerlöhne sind es, die die Eisenbahner für ihre 10- bis 12stündige Arbeitszeit erhalten. Entrechtet und geknechtet sind die Dorpmüllerischen Proleten. Mehr als ihre Klassenbrüder in der Privatindustrie sind sie

die Reparationsflaben der Bourgeoisie

880 Millionen Mark Youngplantribune werden jährlich aus ihren Taschen herausgehauen. Doch nicht genug. Dorpmüller braucht auch Geld für seine im Auftrag der Bourgeoisie durchzuführenden Kriegsvorbereitungen. Millionen Mark werden jährlich für Bahndamm, Streckdienst, Sportweine und für die militärischen Manöver der falschfährlichen Elemente der Reichsbahn benötigt. Die Eisenbahner sollen zur zuverlässigen Bürgerkriegsarmee der Bourgeoisie herangebildet werden. Sie sollen die Hauptstütze sein im Kampf gegen das arme befreit kämpfende Proletariat, sie sollen die einzigen sein, die Truppen und Kriegsmaterial an die Kriegskolonnen des Imperialismus befördern, die mit niedrigen Löhnen den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat der Welt, die Sowjetunion.

Die Betriebsräte wählen finden in einer 1. Instanz, wo sich die herrschende Klasse, an ihrer Spitze die Bürgerliche Regierung unter Führung des Zentrums, mit brutaler Macht auf das Proletariat stützt. Immer offensiver entlarvt sich die bürgerliche Demokratie als Schwindel, immer klarer zeigt sich, daß das Parlament das raffinierteste Instrument bürgerlicher Herrschaft ist. Klassenarbeitslosigkeit, allgemeine Verelendung der Arbeiterklasse, Konfront der Staatsfinanzen, kennzeichnen die Krise des kapitalistischen Systems. Die Kaiser's Youngplanes sollen durch verhäufte Ausbeutung des Proletariats, wie Verlängerung der Arbeitszeit, Kürzung der Löhne und Gehälter, neue unerhörte Steuern für die Leisigen und Erhöhung der Lebensmittelpreise aufgebracht werden.

Diese planmäßige Offensiv des Kapitals zu verstärkter Ausbeutung der Lohnsklaven kommt auch in den letzten Maßnahmen der Reichsbahnverwaltung zum Ausdruck. Verminderung des Personalbestandes, Steigerung der Arbeitsleistung der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Verringerung der Ausgaben für Löhne und Gehälter, das wollen die Dorpmüller, Siemens, Silberberg, Kaldner usw. im Auftrag der Trulibourgeoisie mit aller Raffinesse durchsetzen. Brutal werfen sie die Eisenbahner auf das Straßenspalt, während sie als Mitglieder der Hauptverwaltung oder des Verwaltungsrates Hunderttausende an Gehältern und Spejen im Jahr einstreichen.

Die Aufrechterhaltung des Dorpmüller-Systems war nur möglich durch den offenen schändlichen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie. In einheitlicher Front stimmten die Vertreter des EdE, der GdE und des AEB allen Maßnahmen Dorpmüllers gegen die Eisenbahner zu, verteidigten

den Youngplan, das Gehingefestem, die Dienstbauordnungen, den Schlichtenspruch des Jahres 1929, die Zersplitterungen und die Korruptionsfondspolit Dorpmüllers.

Sie, die jetzt vorgeben, das Dorpmüller-System zu bekämpfen, um die Einnahmen der Eisenbahner zu erhalten, bezeichneten erst vor kurzem Dorpmüller als

„den Mann am rechten Fleck“

und überreichten diesem Tyrannen an seinem Geburtstag einen Blumenstrauß.

Die Schefel und Beunung und die Christlichen und gelben Freunde sind die getreuesten Kettenhunde Dorpmüllers. Sie sind hündischer als ein Hund, wenn Dorpmüller befehlt.

Sie tragen die Hauptlast an der Ausbeutung und dem Elend der Eisenbahner.

Sie unterstützen Dorpmüllers Hege gegen die Sowjetunion.

Sie beschimpfen die unorganisierten Arbeiter als Lumpen und Strolche.

Darum Eisenbahner, könnt ihr diesen Elementen keine Stimme bei der Betriebsratswahl geben, wenn ihr nicht Selbstmord verüben wollt.

Die Lösung aller Eisenbahner muß am 11. und 12. Mai sein:

Sinweg mit den Stücken der Hauptverwaltung. Keine Stimme den Listen des Einheitsverbandes, der Christen und Hirsche.

Jede Stimme der Liste

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner

Der Wahlaufuf der Christen zur Reichsbahnbetriebsrätewahl

Sie lügen und schwindeln aus Prinzip

Man ist schon vieles gemacht von der Phrasologie der Reformisten und Christen, wenn die Arbeiterklasse vor Wahlen steht. Aber was hat jetzt der Christliche Eisenbahnerverband (CEV) veröffentlicht in der Nummer 10 ihres Zentralorgans einen Aufruf zu den Betriebsrätewahlen: „Die Stunde der Entscheidung“. Wenn man den Aufruf liest, kann man zu der Auffassung kommen, daß die CEV vollständig die Interessen der Eisenbahner vertreten hat und im nächsten Kampf gegen Dorpmüller steht. Jeder Eisenbahner weiß aber, daß die CEV armgemäß mit dem EdE allen Plänen Dorpmüllers die Zustimmung gab und damit alle Verbesserungsmaßnahmen an den Eisenbahnen billigte. Welche infame Fälschung und Lüge ist es, wenn es in dem Aufruf heißt:

„Wir werden dieses hunderttausende Entzogen der korrumpierenden Zulagen (Verhaltenszulagen) bekämpfen bis aufs Messer.“

Als die Eisenbahner kämpften gegen die Zulagenzulagen, als sie den Kampf führten um einen, den Tarifverhältnissen entsprechenden Lohn, waren es die Vertreter der CEV, die gemeinsam mit dem EdE den Eisenbahner in den Räder fielen und den Einlaß der Technischen Notfälle und des Bahnhofs gegen die Eisenbahner billigten. Steigend, der letzte Arbeitsminister und leitender Reichsarbeitsminister hat als genug betont, daß die Löhne der Eisenbahner zu hoch seien und abgebaut werden müßten. Dem Diktat Steigend hat der Vertreter der Hugenberg, Kaldner und Thullen in stimmten die Führer der CEV vollständig zu. Aber auf eine Lüge mehr oder weniger kommt es bei diesen christlichen Gelehrten nicht an. Sie schreiben dann weiter:

„Wir rufen alle, die guten Willens sind, zum Kampf auf gegen diesen brutalen Herrschaftspunkt der Verwaltung

(Löhne abzuhauen und Arbeitszeit zu erhöhen, die KdE.) und gegen diese Unternehmerrückwärts.“

So wenig wie die CEV einen Kampf um die Forderungen der Eisenbahner führt, so wenig tut es der EdE. Gemeinsam haben die drei Eisenbahnerorganisationen EdE, CEV und AEB ihren Ziel an Dorpmüller geschrieben, daß sie keinen Kampf um den Mantel der Eisenbahner führen, sondern es dem Wohlwollen Dorpmüllers überlassen. Verbesserungen in einzelnen Fragen für die Eisenbahner im Tarifvertrag niederzulegen. Die CEV ist die Hälfte Stütze der gelben Sportzeile Dorpmüllers, jener militärisch ausgebildeten Streikführerorganisation. Die Taten der christlichen Gewerkschaften haben die Arbeiter erst vor kurzem im Stahlwerk Siedet. Dort traten die christlichen Gewerkschaften mit dem Unternehmer eine Vereinbarung, daß die Löhne um 15 Prozent abgebaut und tausende Arbeiter entlassen werden. Versor folgt auf Versor. Der Christliche Metallarbeiterverband im Ruhrgebiet lehnte es ab, sich dem Deutschen Metallarbeiterverband heimlichen Bündnis, des Mantelstries für die Ruhrweilgruppe der Metallarbeiter anzuschließen.

Die Eisenbahner müssen das Vorgehen der Christen durchschauen und ihnen genau so wie dem EdE am 11. und 12. Mai die Antwort geben. Die Lösung muß lauten: Keine Stimme der CEV, sondern alle Stimmen konzentriert auf die Liste

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner.

Wie der Hauptvorstand des EdE kämpft

Nach dem Abbruch der Mantelstrierverhandlungen, die sich auf 3 Jahre erstreckten, schrieb der Deutsche Eisenbahner u. a.:

„Die Verhandlungen über den Mantelstrier sind endgültig abgebrochen. Damit sind die Hoffnungen wieder zerschlagen, der Kollegen juchzte geworden.“

Wir können nur aufrichtig bedauern, daß die jahrelangen Verhandlungen nutzlos geblieben wurden.

... Unsere Hoffnungen haben sich eben nicht erfüllt, obgleich auch die Verwaltung nicht in Abrede stellen kann, daß die Arbeitsleistung vieler Vorkämpfer durch den Tarifvertrag ungerecht bewertet wird.

Die Hoffnungen, die wir auf den Verwaltungsrat gesetzt haben, waren bei dessen Zusammenlegung an sich nicht groß.“

Das ist die Taktik der „alten“ erfahrenen Gewerkschaftsführer. Seit dreijährige Verhandlungen dann der wahlverdienende Führer durch Dorpmüller und am Schluss dieser Kamodie hampeln die Schefel und Kolonnen etwas von aufrichtig bedauern und davon, daß die Hoffnungen in die Sinnen gegangen sind.

Eisenbahner! Erkennt das verheerliche Spiel. Kriecht euch ein in die Front der revolutionären Gewerkschaftsopposition! Wählt rote Betriebsräte!

Achtung, Eisenbahner!

Wie im vorigen Jahre, so muß auch bei den kommenden Betriebsrätewahlen bestimmt werden, damit gerechnet werden, daß durch „Maßnahmen“ der reformistischen Wahlvorstände entsprechend den Anweisungen des Hauptvorstandes des Einheitsverbandes, der sich in seinem Kampf gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition der skrupellosen Mittel bedient, das tatsächliche Wahlergebnis auf manchen Dienststellen der Eisenbahner durch mancherlei Kniffe vorenthalten wird. Schon bei der letzten Wahl konnte die Opposition an verschiedenen Stellen den Reformisten nachweisen, daß ihre Tätigkeit als Wahlvorstände nicht einwandfrei war. Nicht allein, daß sie die ihnen von der revolutionären Gewerkschaftsopposition überwiesenen Stimmzettel nicht auslegten, sondern einfach verschwinden ließen, brachten sie es bei der Auszählung der Stimmen zu einer solchen „Geschicklichkeit“, daß selbst ihre eigenen Genossenschaftsmitglieder darüber empört waren. Um diese „demokratischen Methoden“ der Reformisten diesmal zu verhindern, ist es Pflicht jedes klassenbewußten Eisenbahners, dafür zu sorgen, daß die Wahlhandlung bis zum Schluss genau beobachtet wird und insbesondere das Augenmerk auf die Wahlurne, die ja bekanntlich bis zur Beendigung der Stimmabgabe geschlossen bleiben muß, zu richten. Aber auch die „Fingerfertigkeit“ der reformistischen Wahlvorstände bei der Auszählung der Stimmen ist wert, daß man sie etwas näher ansieht. Jeder Verstoß gegen die Wahlordnung ist sofort zu beanstanden und bekannt, zur Opposition gehörenden Kollegen zu melden.

Kollegen! Schaut denen, die sich in ihrer Eigenschaft als Wahlvorstände im Laufe der Jahre eine ganz besondere „Technik“ angeeignet haben, genau auf die Finger. Verhindert Wahl, schiebungen. Fordert überall den Stimmzettel der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Eine Eisenbahnerfrau ruft: Wählt Liste

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner!

Mit großem Interesse las ich den Artikel „Ein Wort an die Eisenbahnerfrauen“. Alles was darin stand, trifft zu und habe ich selbst während der Kriegszeit erfahren, wie gefährlich der Dienst bei der Eisenbahn ist und mit welchem Hungerlohn man abgefunden wurde. Die Not zwang tausende Eisenbahnerfrauen, in jener Zeit bei der Eisenbahn Beschäftigung anzunehmen. Ich tat es als Schaffnerin. Tag und Nacht war man im Dienst, von Ost nach West, von Nord nach Süd ging die Keile. Überall sah ich grenzenloses Elend, überall hörte ich den Ruf der Kinder nach Brot. Wenn wir an den Haltepunkten in den Kaminen unleren „Blumen“ tranken und unsere Marmeladenbremen aßen, so kamen nicht nur die Kinder des Ortes, sondern auch die „Vaterlandsverteidiger“ und erlachten uns um Brot, um ihren Hunger stillen zu können. Wir hungerten selbst, und mit Grauen gedachten wir der Stunde, wo wir wieder nach Hause kamen und unsere eigenen Kinder nach Brot schrien. Was nützen uns die Lebensmittelkarten, die man uns als sogenannte „Vergünstigung“ gab, wo wir doch kein Geld hatten, um sie gegen Nahrungsmittel einzulösen. Wir verkauften sie weiter und fanden abends vor den Kaminen und bettelten Brot.

Man versprach uns, daß wir für alles Elend entschädigt würden. Dienstwohnungen sollten wir erhalten. Scherbergärten und anderes mehr. Auch ich glaube an diese Versprechungen. Heute weiß ich, daß wir elend betrogen wurden und daß man die Versprechungen nur machte, um auch uns zum Ausschalten zu bewegen. In elenden Hütten hielten wir heute, und die, die das Glück hatten, durch Schickung oder indem sie den oberen Beamten willig waren, eine Dienstwohnung zu erhalten, fühlen ebenfalls nichts von den glücklichen Verhältnissen, sondern nur Not und Elend.

Neuen Illusionen gaben wir uns hin, als im November 1918 die Arbeiter den Monarchismus stürzten. Wir vertrauten auf die Gewerkschaften. Der Deutsche Eisenbahnerverband (DEB) wuchs, und mit ihm der Verrat der Führer. Jede Lohnbewegung unlerer Männer laborierte man Verhinderung auf Verhinderung. Als im Februar 1922 der große Eisenbahnerstreik war da, sah ich wie die Gewerkschaften nicht die Interessen unlerer Männer vertraten, sondern wie sie gegen sie kämpften und für ihren Verrat den Dank der Regierung erhielten. Früher war mein Mann in Lohngruppe 4, heute in

Lohngruppe 5, früher kam er nach 8 Stunden zu Hause, heute ist er dank der Dienstbauordnungen oft 12 und noch mehr Stunden auswärtig und bringt trotzdem immer weniger Lohn mit.

Was nützen uns die „schönen Geschichten“ im Organ des Einheitsverbandes, was die Feiern, die diese Organisation veranstaltet, was die Erholungsheime, die wir nicht aufsuchen können, weil wir kein Geld haben? Uns allen fehlt Brot und Kleidung. Und wenn man dann in der Eisenbahnerzeitung des EdE liest, daß es uns doch noch nicht so schlecht geht und unlerer Männer doch noch „feste“ Arbeit hätten, so ist das unwahr. Die Massenentlassungen zeigen uns doch alle, wie viele „feste“ Arbeit ausbleibt. Genau so wie man die Arbeiter in der Privatindustrie aufs Straßenspalt wirft, macht man es auch mit den Eisenbahner.

Jetzt vor den Betriebsrätewahlen vertritt man uns wieder alles mögliche. Man will „kämpfen“ um Beförderung der Arbeitszeit, um höheren Lohn, um Ausbau der sozialen Bestimmungen des Tarifvertrages u. a. mehr. Vom Kampf werden wir so wenig wie in der Vergangenheit, in der Zukunft etwas sehen. Das haben doch die Verhandlungen um den Mantelstriervertrag der Eisenbahner gezeigt. Oder betrachten die Führer der Gewerkschaften es als Kampf, wenn sie zu Dorpmüller gehen und ihm einen Strauß Blumen von dem von unleren Männern bezahlten Beitragsgeld überbringen, oder ist es „Kampf“, wenn man an Dorpmüller schreibt: „Sehr geehrter Herr Generaldirektor“ und ihn bittet, daß die Kollage der Eisenbahner zu verbessern. Das hat mit Kampf nichts zu tun, das ist bloßes Schmeicheletum. So wie Schefel ist, sind Tausende seiner Betriebsräte. Viele haben nicht den Mut, sich gegen diese „Führer“ zu wenden und murren nur. Das muß anders werden. Die Betriebsrätewahlen geben den Eisenbahnerarbeitern Gelegenheit, dies zu ändern. Sie dürfen den Freunden von Dorpmüller nicht mehr länger Gefolgschaft leisten. Die Eisenbahner müssen sich ebenfalls einreihen in die Kampffront der revolutionären Arbeiter. Ich habe erkannt, daß nur die Eisenbahneropposition die Interessen der Eisenbahner entschieden vertritt. Darum sage ich:

Alle Eisenbahner müssen bei der Betriebsrätewahl nicht den Einheitsverband wählen, sondern die Liste der Revolutionären Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner.

Stärkt die rote Klassenfront durch die Wahl roter Eisenbahnbetriebsräte!

Mehr Glanz in Küche und Haus!

Wo **imi** im Hause ist, herrscht funkelnde, blitzende Pracht — der wohlige Zauber gepflegter Sauberkeit! Alle Geschirre und Geräte in Küche und Haus — ob aus Porzellan, Glas, Kristall, Steingut, Holz, Marmor, Stein — spielend rasch macht sie **imi** hochglänzend und appetitlich rein. Wie neu sehen alle Sachen wieder aus!

imi duldet keine Verunreinigungen! Zähster Schmutz, härteste Verkrustungen — Fett, Öl, Sauce, Schmiere — sie müssen **imi** weichen. Es hat erstaunliche Energien! Wagen Sie einmal einen Versuch. **imi** wird durch wunderbare Leistungen rasch Ihr Herz gewinnen. Millionen von Hausfrauen erfreut schon



Henkels Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät aller Art
Hergestellt in den Persilwerken



Ab Montag

1 Liter

hygienisch einwandfrei

Vollmilch
24 Pf.

Abgabe nur an Mitglieder

Konsumverein
„Vorwärts“

Radrennbahn Heidenau
Eröffnungs-
Bahnrennen

Samstag, den 11. Mai, 15 Uhr. Es starten: Heidenau, Dresden, Herabgeleitete Preise: Erwachsene 30 Pfennig, Erwachsene 20 Pfennig, Kinder 10 Pfennig. Umgekehrt über Busch bittet Sport- und Kulturklub Heidenau, Debus und Umgebung, Der Vorstand.

9 Uebung, 1/2-Buchstabenführung (4 Spielzüge)
Rot: Samstag den 11. Mai
Weiß: Sonntag den 12. Mai
an den 8 Uhr in den Zimmern des

Die von Stolzenburg
Kulturklub in drei Aufzügen von Felix Kerler
Musikspiel der Sächsischen Kulturbühne (bestimmte
Wiederholungen vorbehalten) Der S. Kultur
Orchesterspiel ab 7 25 30 30

Achtung!

| | | | |
|--|----------|------|-------|
| | 90 | 100 | 120 |
| Qualitäts-Anoden-Batterien | 7.50 | 8.50 | 10.50 |
| 1a Doppelkondensator | 5.- | | |
| Drehkondensator, 800 cm | M. 1.20 | | |
| Lampensocke | M. -30 | | |
| Akkuträger | M. -50 | | |
| Akkuträger für jede Größe | M. 1.20 | | |
| Säureprüfer | M. 1.80 | | |
| Stifthalter | M. -10 | | |
| Lautsprecher-Systeme | M. 6.50 | | |
| Lautsprecher-Systeme, 4 polig | M. 13.50 | | |
| Lautsprecher-Membranen | M. -50 | | |
| Silberantennen | M. 1.50 | | |
| Transformatoren | M. 5.20 | | |
| Voltmeter, 2 Meßbereiche | M. 4.80 | | |
| Der neue 3-Röhren-Fernfunk Netzempfänger inkl. Röhren | M. 109.- | | |
| Der große Schläger: Selbst-3-Röhren- Netzempfänger mit 2 Schirmgitter- Röhren inkl. Röhren | M. 215.- | | |

Radio-Gasser

Dresden-A., Wettinerstraße 24, Telef. 27 302

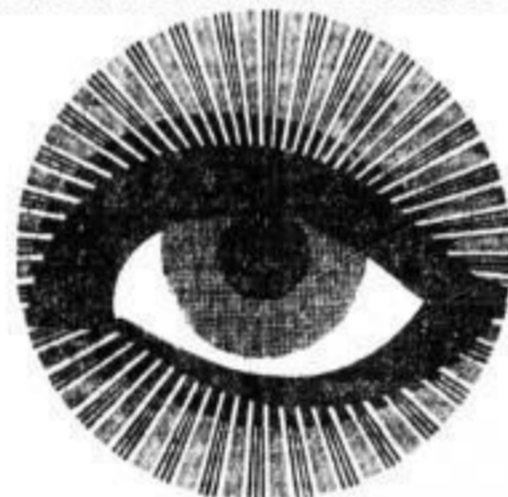
Kauft nur bei unseren Inserenten!

INTERNATIONALE HYGIENE-AUSSTELLUNG

Die Ausstellung zeigt

im Deutschen Hygiene-Museum die Gruppen:
Der Mensch — Menschentum — Die Frau als Gattin und Mutter — Völkerverkehr und Futurik — Hygienische Volkserziehung — Ernährungslage —
Quarantäne und Kranke — Tumorleiden — Geschlechtskrankheiten — Ausländische Krankheiten — Der Krebs und seine Bekämpfung — Tierische
Parasiten der Menschen — Krankheiten und werte Hüte — Geschichtliche Volkserziehung Abteilung
in den Ausstellungshallen die Gruppen:
Allgemeine Körperpflege — Das Kind — Die Frau in Familie und Beruf — Lebensbedingungen — Arbeits- und Gewerbehygiene — Lebensmittel — Land-
wirtschaft mit Mischkultur — Klima — Kleidung — Wohnung — Ernährung — Mischkultur, Jugendberuf und Kleingärten — Behälter-
hygiene und Desinfektion — Gesundes Badenleben — Anergische und Gesunde — Das Gesundheitswesen der deutschen Länder und Städte
— Die deutsche Sozialversicherung — Sonderausstellung „Das Krankenhaus“
auf dem Platz der Nationen die Ausstellungen von:
Vereinigte Staaten von Nordamerika — Argentinien — Chile — Dänemark — Ungarn — Großbritannien — Japan — Litauen — Mexiko — Nieder-
lande — Norwegen — Österreich — Rumänien — Kurland — Schweden — Schweiz — Tschechoslowakei — Türkei — Hygiene-Organisation des
Völkerbundes — Internationales Arbeiteramt — Internationales Rotes Kreuz — Evangelische und Katholische Missionen — Mormonen-Mission — Ober-
steierreich für Gesundheitspflege der Juden
im Hauptrestaurant täglich Konzerte und Musikdarbietungen — Internationales Restaurant mit Konzerten, Bier- und Weinrestaurant, Gestaltete Münchner
Biere — Altschweizerische Gastsäle — Die Neuesten — Gestaltete im Deutschen Hygiene-Museum mit Dampfbad, Kasse — Volksrestaurant im Kugelhaus
Dortstadt und Weinstube in der Gruppe „Lebenserziehung“ — Freilicht-Theater auf dem Platz der Nationen unter Mitwirkung der Orchester,
des Orchesters, der Kompositionen und Liedern, an das Deutsche Volksbühnen und andere Schulen, Sonderausstellungen: Marmorkunst, Steinmetz-
kunst — im oberen nationalen und internationalen sportliche Darbietungen und Wettspiele — Feuerwerke — Kinderarten — Die Hundert-Brauen-Strabe
Die Ausstellungsbahn (Lüpfel-Bahn) verbindet die verschiedenen Teile der Ausstellungsgelände

DIE AUSSTELLUNG WIRD AM 17. MAI 3 UHR EROFFNET



VERANSTALTUNGEN — 17. BIS 24. MAI — WOCHENPROGRAMM

(Wochenprogramm jeweils in der Sonntagsausgabe)

| | |
|--|--|
| Sonntag, 17. Mai 15.30 Uhr: 18.00, 19.00, 20.00 Uhr: abends | Eröffnungsfest im Stadion Eintritt KM 2.—, unbeschränkter Eintritt RM 1.—, Eingang Stadion an der Landstraße Konzert der Dresdener Philharmonie, Konzertplatz, Konzert der Dresdener Philharmonie, Internationales Restaurant Großes neuartiges Feuerwerk, Kugelhausplatz |
| Sonntag, 18. Mai 9.30 bis 10.30 Uhr: 14.25 bis 15.15 Uhr: 18.00, 19.00, 20.00 Uhr: | Fachlehrgruppe des Dresdener Hauptgymnasiums für Lebensbedingungen, 10. Räume Deutscher-Touristen, Kugelhausplatz Deutscher Rugby-Fußball-Verband: Länderkampf Deutschland-Italien Eintritt: Stützplatz RM 1.—, Stützplatz RM 2.— im Stadion Konzert Reinhold, ehem. Müllermeister von Deutschland, a.V., Konzertplatz, Konzert der Dresdener Philharmonie, In- ternationales Restaurant |
| Montag, 19. Mai 18.00, 19.00 bis 22.00 Uhr: 20.00 Uhr: 22.00 Uhr: | Konzert 1. Jäger-Batt. 10. Inf.-Reg. Obermusikmeister E. H. L. L., Konzertplatz, Konzert der Dresdener Philharmonie, In- ternationales Restaurant Vortrag I. (Lehr- und Vorträge), Große Saal des Hygiene-Museums, gehalten von Dr. med. von Guébriest und Wilhelm Guébriest, Eintritt KM 0.30 Réunion. Weichkeller des Hauptrestaurants, 16. Saal, Eintritt RM 2.00 |
| Dienstag, 20. Mai 18.00, 19.00 bis 22.00 Uhr: | Konzert der Dresdener Philharmonie, Konzertplatz |
| Mittwoch, 21. Mai 18.00, 19.00 bis 22.00 Uhr: 20.00 Uhr: | Konzert der Dresdener Philharmonie, Konzertplatz Sprenger Liedertafel, Konzertplatz |
| Donnerstag, 22. Mai 18.00, 19.00 bis 22.00 Uhr: 20.00 Uhr: | Konzert der Dresdener Philharmonie, Konzertplatz Liedertafel der Dresdener Philharmonie, Musikdirektor F. L. L., Konzertplatz Vortrag II. (Lehr- und Vorträge), Große Saal des Hygiene-Museums, gehalten von Dr. med. von Guébriest und Wilhelm Guébriest, Eintritt KM 0.30 |
| Freitag, 23. Mai 18.00, 19.00 bis 22.00 Uhr: 19.00 bis 22.00 Uhr: 17.00 bis 19.00 Uhr: | Konzert Kammerorchester Edwin Linde, Konzertplatz Liedertafel der Dresdener Philharmonie (70 Musiker), Konzertplatz, unter Mitwirkung des Dresdener Streichquartetts und Solisten Liedertafel: Spontane Vorträge, Kugelhausplatz |
| Sonntag, 24. Mai 18.00, 19.00 bis 22.00 Uhr: 18.00 bis 20.00 Uhr: 20.00 Uhr: abends | Konzert des Kammer-Orchesters, Konzertplatz; Konzert der Dresdener Philharmonie, Internationales Restaurant Polizeipräsidium: Spontane Vorträge im Stadion Gesamtkonzert Dresdener Sängerkreis, Konzertplatz Großes Feuerwerk, Kugelhausplatz Liedertafel im Kugelhaus und im Turm des Internationales Restaurants: Konzerte und Vorträge 18.00 bis 21.00, 14.00 bis 18.00, 18.00 bis 19.00, 19.00 bis 20.00 im Lichtspielhaus Vorträge wissenschaftlicher Lehr- und Vorträge, Eintritt frei, 18.00 bis 21.00 Uhr Geldstrafe: Lohn RM. 1.—, Gewerbe RM. 300.— Dauerkarten: RM. 21.—, 11.—, 11.—, 7.— Tageskarten: bis 11 Uhr RM. 2.—, ab 11 Uhr RM. 1.50 und 1.—, ab 18 Uhr allgemein RM. 0.50 und 1.— Am Eröffnungstag: bis 18 Uhr RM. 2.—, ab 18 Uhr RM. 1.— Ermäßigte Karten: für Vereine, Verbände, landwirtschaftliche, Näheres Kartenzugabe |

Die Ausstellungshallen sind geöffnet von 9—19 Uhr, die Lust- und Vergnügungshallen bis 1 Uhr nachts

INTERNATIONALE HYGIENE-AUSSTELLUNG

Freital-Poitschappel

Oskar Häbner
Ferkost
Flasche
Konserven

Haus- und Küchengeräte
Robert Luft

Höflichkeiterei Curt Stiering

Hempels
Bier- und
Spezialrestaurant
Nachtbühne

Damen-Trifler-Salon

Herzmann Weichte, Burgwarth 5

Maternitzer Hugo Göhler

Max Schödlitz, Goldhäger Str. 49

Cafe u. Restaurant „Bürger-Kaffee“

Richard Horn

Schuhhaus Röhler

Paul Hermann, Hof-Dresdner Str. 83
Mann'aturwaren

Hnulik
das führende
Herren-Moden-Haus

Carl Paul
Inhaber Walter Saar
**Manufaktur-
und Modewaren**

Otto Keinert, Mästermeister

Gartenbaubetrieb
Stamen- und Pflanzenverkauf

Gustav Döring
Steinkohlen, Briketts
Kartoffeln, Torfmull

Oswald Wiesner

Fleisch- und Wurstwaren

Freital-Döhlen

Central-Apotheke
Hilfsmittel, Homöopathie, Pflanzliche
Anfertigung sämtlicher Rezepte

Freital-Zuckerode
Schuh- und Filzwaren

Café Zimmermann

Edmund Schneider

Reinh. Weber

Gittersee
Schuh- und Filzwaren

Eulen-Apotheke Gittersee

Freital-Deuben

Freitaler-Hof
Kaffee- und Speisemischungen
Billige Speisen und Getränke

Restauration Alte Post

Meierei-Genossenschaft

Familien- und Garten-Restaurant

Freital-Wurwitz
Gasthof Wurwitz

Osw. Schulze & Co., Hauptstr. 7

Cobmannsdorf

B.C. Ballfäde
Cobmannsdorf
Schöner Ausflugsort, Endstation
der Straßenbahn 1 und 22, am
Eingang des Rabenauer Grundes

Agnes Artikus

Otto Krensch, Hauptstraße 13

Otto Hennig, Bäckerei

Schnitt, Weiß- und Weißwaren

Grün- und Nischwaren

Paul Richter, Hauptstraße

Paul Mühlfeld, Hauptstraße 12

August Kluge

Freital-Burgh
Paul Mühlfeld

Bonnwitz

Gasthof und Kleidererei

Gasthof Röhlich

Hilma Roth, Hauptstraße 9

Zigarettenpreisverleih

Gasthof Kanneberg, Hauptstr. 30

Louis Schiffer, Hauptstraße 52

Viktor Müller, Weststraße 18

Georg Schäfer

Tharandt

Felix Petzold
Manufaktur-, Modewaren, Konfektion

Rabenu

Weiß- und Feinbäckerei Max Burkert

Stadt-Drogerie Rabenu

Freiberg
Kohlräder, Nähmaschinen,
Wringmaschinen und Spielwaren

Dippoldswalde
Kolonial- und Grünwaren

Rainberg

Kohlen - Holz - Briketts
Hugo Hänssgen, Dresdner Str. 25

Friedrich Kleemann
Samen
Futtermittel
Gartengeräte
Düngemittel

August Röhler, Diefelstraße 35

Herm. Steinbaum, Stephansstr. 29

Goldhäger Höhe, Ausflugstrottel

Herrenkonfektion, Arbeiterbekleidung
W. Kahle

Reinbäckeri Liga

Richard Burdhardt

Dresden-Leuben

Ihrmacher Max Klopfer

Walter Füllhöfen, Damen- u. Herrenkleider

Drogerie Schäfer
Liquor- u. Farb- u. Foto

Karl Oppik, Stephansstraße 50

Damen-Trifler-Salon
E. verw. Naturall

Kolonialwaren, Paul Spemann

Blumenhölle Paul Vangelid

Kolonial- und Grünwaren

Motor- und Fahrraderei
D. Schwarze

Fischwaren, Feinkost
Emil Uhlmann

Kemnitz-Steitzsch

Chr. Augustin, Weichner Landstr. 89

Alfred Mühl, Neuenburger Str. 21

Paul Trensch, Brüdnerstraße 17

Bad und Restaurant zur Erholung
Kur- und Bäderbäder

Willy Schölzel
Brot- und Feinbäckerei

Edwin Lehmann
Holz- und Kohlen-Handlung

Josef Hartig
Schuhwarenlager, Reparaturwerkstatt

Kreisch
Reparaturwerkstatt

Brand-Erbisdorf

Georg Seibert, Dorfstraße 78

Paul Grelmann, Hauptstraße 89

Paul Heide, Hauptstraße 91c

Oskar Schramm

Max Buchardt, Hauptstraße 106

Arth. Vange, Hauptstraße 89c

Hamburger Kaffee-Lager
Hauptstraße 102

Otto Lehmann, Hauptstraße 184

Bruno Eberscher

Schörgenhofer & Weber

Astoria-Lichtspiele

Lausa

LINDENHOF
Gas/hol zum Heileren Blick

Kloitzsch
E. Wirths Nachf. E. Hartig

Kohlenhandlung
Georg Groß

Rejersdorf

Arth. Wehner, Pirnaiter Str. 8

Erste Kadzberger Marktstraße

Konfektionshaus
Rudolf Lederer

Woll- und Textilwaren

Otto Ödner & Söhne

Radeberg

Walter Füllhöfen, Hauptstraße 29

Beauceri und Limonadenfabrik

Süte und Herrenartikel

Schuhhaus Baum

Textil-Modewaren
Th. Simmig

Redensmittelgeschäfte
von M. Szepurek

Freital-Deuben

Schuhhaus Clemens Winkler

Tegethauß F. König

Reicherei W. Meißerschmidt

Radio-Paul

Textilwarenlager
von Bruno Richter

Warenhaus Ikenberg

Theodor Max Müller

Freital-Poitschappel

Motor- und Fahrraderei
Schörgenhofer & Weber

Kloitzsch

Kohlenhandlung
Georg Groß

Rejersdorf

Woll- und Textilwaren
von M. Szepurek

Radeberg

Textil-Modewaren
von M. Szepurek

Freital-Deuben

Textil-Modewaren
von M. Szepurek

Meißen

Köitzschenbrunn

Der bedrückte Verbraucher handelt klug und ist Mitglied im Konsum-Verein Meißen e. G. m. b. H.

Molkerei Meißen e. G. m. b. H. Sämtliche Molkerei-Produkte in frischer und bester Qualität sowie Belieferung sämtlich. Konsumvereinsverkaufsstellen

Möbel kauft man im Möbelhaus Paul Gutmann, Meißner Straße 91

Gaststätte Schweizerhaus Meißnerstraße 1

Meißner Sauerkohlsfabrik und Gurkeinelegerei Bruno Köhler

Richard Müller Ausbrennerische Kola- und Eisbrennerei

Besuche nur die Capitol-Lichtspiele Programmwechsel

Paul Neumann Papier- und Schulbuchhandlung

Möbel alles Art eigene Lackiererei Willy Pietsch

Triebischtal-Apotheke Homöopathie

Silva-Drogerie - Frau Bennemig

Konzert- und Ballhaus Goldner Anker

Frost & Richter Buchbinderei

Musikhaus Der Ton Kleinsmarkt 4

Schulhaus Gebr. Runge

Richard Klement, Am Mühlgraben 3

Optiker R. Winkler

W. Wagenknecht Landesprodukte

Vereinsheim Plaußnerstraße 28

Berufskleidung Wollwäcker

Ernst Winterlich Nachf. Kohlen

Elite-Terazze, Meißnerstraße 22

Mißbach & Meyer Güterhofstraße 3

Schwerter-Biere! Immer ein Genuß!

Fußschützerei v. Quasdorf

Triebischtaler Markthalle

Deflation Reinhold Engel

W. Wagenknecht

Reich und Wurstwaren

Mag. Hentzer

Farbenspezialgeschäft Ernst Mark

Gasthof Zichewitz

Möbelhandl. Rich. Zschieschen

Reich und Wurstwaren

Reich und Wurstwaren

Gonnen-Apothete

Besuche die Lichtspiele Weitinschlöbchen

Oberer Gasthof

Reich und Wurstwaren

Reich und Wurstwaren

Central-Lichtspiele

Möbel-Schurja

Otto Wendt

Reich und Wurstwaren

Reich und Wurstwaren

Bruno Kempe, Kaiserstr. 24

Besuche die Lichtspiele! Hauptstraße 5

Apothete

Coswig

Radebeul

Arno Mohr, Weinböhler Str. 7

Karl Vahr, Dresden Str. 25

Möbel in allen Preislagen

Martin Straube

Bischofswerda

Otto Jäger, Schweizer Str. 4

Johannes Friedrich

„Graue Fresse“

Albert Klunker, Drogerie

Zigarrenhaus

Spezialgeschäft für Damen- u. Herrenkleidung

W. König, Wertheimstraße 3

Möbel-Werkstätte

Bischofswerdaer Käjerei

H. Fleisch- und Wurstwaren

Möbel-Werkstätte

Mühle und Bäckerei

Albert Klunker, Drogerie

Bischofswerdaer Käjerei

H. Fleisch- und Wurstwaren

Nikolaus Müller, Fabrikstraße 112

H. Fleisch- und Wurstwaren

Radeburg

Bischofswerdaer Käjerei

H. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Schwarz, Hochstraße 7

Mühle und Bäckerei

Zigarrenhaus Hermann Franz

Bischofswerdaer Käjerei

H. Fleisch- und Wurstwaren

Arthur Walther, Dresden Str. 8

Mühle und Bäckerei

Werk-Drogerie Erich Kothe

Bischofswerdaer Käjerei

H. Fleisch- und Wurstwaren

H. Fleisch- und Wurstwaren

Mühle und Bäckerei

Pulsnitz

Bischofswerdaer Käjerei

H. Fleisch- und Wurstwaren

Georg Brodmik, Dresden Str. 27

Mühle und Bäckerei

Eßt das gute Konsumbrot

Bischofswerdaer Käjerei

H. Fleisch- und Wurstwaren

Damen- u. Herrenkleidung

Mühle und Bäckerei

Konsumverein Pulsnitz

Bischofswerdaer Käjerei

H. Fleisch- und Wurstwaren

Kolonialwaren u. Delikatessen

Mühle und Bäckerei

Schnitz

Bischofswerdaer Käjerei

H. Fleisch- und Wurstwaren

William Reiche Textilwaren

Mühle und Bäckerei

Zentral-Lichtspiele

Bischofswerdaer Käjerei

H. Fleisch- und Wurstwaren

Molkerei Nacke

Mühle und Bäckerei

Gasthaus Stadt Wien

Bischofswerdaer Käjerei

H. Fleisch- und Wurstwaren

Arthur Lindner

Mühle und Bäckerei

Julius Kessler

Bischofswerdaer Käjerei

H. Fleisch- und Wurstwaren

Bettin-Apothete

Mühle und Bäckerei

Schnitz-Herzogsvalde

Bischofswerdaer Käjerei

H. Fleisch- und Wurstwaren

Bettin-Apothete

Mühle und Bäckerei

Strümpfe • Trikotagen • Wäsche • Nähartikel

Bischofswerdaer Käjerei

H. Fleisch- und Wurstwaren

Bettin-Apothete

Mühle und Bäckerei

Eugen Martin, Ottendorf-Okrilla

Bischofswerdaer Käjerei

H. Fleisch- und Wurstwaren

Bettin-Apothete

Mühle und Bäckerei

Eugen Martin, Ottendorf-Okrilla

Bischofswerdaer Käjerei

H. Fleisch- und Wurstwaren

Das Scheitern der englisch-ägyptischen Konferenz

London, 9. Mai. Nach wochenlangen Verhandlungen ist die englisch-ägyptische Konferenz in London abgebrochen worden. Der formelle Grund, der dafür angegeben wird, ist die Unmöglichkeit, sich über das Schicksal des Sudans, auf welchen die britische Bourgeoisie allein den vollen Anspruch, die ägyptische Militärgewalt erhebt, zu einigen.

Bei der Abreise der ägyptischen Delegation veranstalteten in London lebende ägyptische Arbeiter und Studenten eine große Kundgebung vor dem Bahnhof. Eine mitgeführte Fahne trug die Aufschrift: „Es lebe die Unabhängigkeit Ägyptens und des Sudans.“

Als der ägyptische Premierminister Rehas Pascha vor etwa sechs Wochen nach London kam, waren die Erklärungen, die von Seiten des britischen Außenamtes ebenso wie von ägyptischer Seite über den bevorstehenden Verhandlungsgang gegeben wurden, so zuverlässig, daß die Besprechungen nur einen Zweck zu haben schienen, eine im voraus abgemachte Übereinstimmung herbeizuführen. Tatsächlich war der Rat der ägyptischen Wafd (Republikanische national-reformistische Partei) und seine prinzipielle Zustimmung zu einem Pakt, der politisch einen Stützpunkt mit dem britischen Imperialismus gegen die Massen der ägyptischen Bevölkerung bedeutete, nicht ohne jeden Zweifel erhaben. Rehas Pascha wollte nur noch, um das Gesicht zu wahren, um einige geringfügige Punkte festsetzen, wozu ihm Henderson, der sozial-imperialistische Außenminister, der den britisch-ägyptischen Vertrag immer wieder gern als Muster seiner fortgeschrittenen Kolonialpolitik reklamirte, gern Gelegenheit gab.

Während aber in London freundschaftlich und in bestem Einvernehmen die Besprechungen begannen, zogen diese Vorkämpfer an dem Horizont des britischen Imperialismus heraus. Die große revolutionäre Bewegung in Indien setzte ein und in Folge weniger Wochen war der britische Imperialismus mitten in schweren Kämpfen gegen ein ausländisches von Millionen Volk hineingeraten. Weit über die Grenzen Indiens wühlten die Kämpfe von Kalkutta, Beshawar, Bombay revolutionierend. Es gibt fast keine britische Kolonie, an der die große indische Bewegung spurlos vorübergegangen wäre, wo nicht sofort die Erschütterung, die das britische Imperium durch die indische Revolution erleidet, sich fühlbar gemacht hätte.

Auch die Sprache der ägyptischen Zeitungen, die früher für den von Henderson vorgeschlagenen Pakt nur Todesurteile hatten und nur von notwendigen geringfügigen Veränderungen sprachen, wurde zusehends schärfer. In den Wafd-Versammlungen, wo nicht nur die offiziellen Führer, sondern auch einfache Wafd-Mitglieder zu Worte kamen, wurde der Vertrag heftig angegriffen. Die wachsende Stimmung gegen den verratrischen Pakt machte sich im ganzen Lande bemerkbar, anonyme Flugblätter, die sich in schärfster Weise gegen den Vertragsentwurf wandten, zirkulierten im Lande, in Mansura (einer ägyptischen Provinzstadt, die von jeher einer der Brennpunkte der revolutionären Bewegung war) wurde ein Wafd-Abgeordneter mit einer feindseligen Demonstration, in der auch Leute wie „Nieder mit den in England verkauften Verrätern!“ laut wurden, empfangen. Die heftigste Wafd-Partei, die die wertvollste Bevölkerung Ägyptens in den letzten Monaten besonders hart mitnimmt, ist das hier, um den Wafd zu größter Verwirrung zu bringen.

Nicht zu vergessen ist, was der Einfluß war, der für den Wafd auf dem Spiele stand, wenn er im Momente eines revolutionären Aufschwungs in den britischen Kolonien, einer unvorstellbaren Volksbewegung in Ägypten selbst, einer überaus schmerzlichen Lage des britischen Imperialismus sich den britischen Bedingungen nicht nur in bezug auf die militärische Okkupation des Suez-Kanals, sondern auch auf Abtretung des Sudans von Ägypten unterworfen, wenn er einen Vertrag, wo all dies ausdrücklich mit der Unterzeichnung einer ägyptischen Nationalregierung bekräftigt wird, abschließen kann. Der Wafd hand in die Hand, nicht nur seine Popularität unter den wertvollsten Massen zu verlieren, sondern auch die Unterstützung gewisser bürgerlicher Schichten, welche einen Verzicht auf den Sudan als direkte Interessenschädigung für sich ansehen. Es droht eine Wafd-Spaltung.

Dies zwang Rehas Pascha dazu, in erster Stunde den Zer-

Militärputschversuch in Spanien

Stürmische Kundgebungen im ganzen Lande — Generalfreie in Sevilla

Madrid, 9. Mai. Die Nachricht von einem im letzten Augenblick vereitelten Militärputsch hat gestern und heute in ganz Spanien zu großen Demonstrationen und Kundgebungen geführt. In der Nacht zum Donnerstag wurden die Generäle Martinez Vido, ehemaliger Innenminister unter Primo de Rivera, und Barrera (ehemaliger Generalkapitän von Katalonien) in ihren Wohnungen verhaftet. Ein amtliches Communiqué teilt mit, daß die beiden Generäle, gestützt auf die Husarenregimenter, einen Militärputsch geplant hätten, der für die Nacht von Mittwoch zu Donnerstag angesetzt war.

Die Garnisonen von Madrid und Barcelona sollen nach Zeitungsberichten, die amtlich demontiert werden, an der Verschwörung beteiligt gewesen sein. Nachwürdigweise wurden die beiden verhafteten Generäle bereits in den Abendstunden wieder auf freien Fuß gesetzt.

Nach weiteren Meldungen wurde General Berenguer, der die republikanischen, antimonarchistischen Kundgebungen in allen spanischen Städten mit brutaler Gewalt niederschlagen ließ, von einer Konferenz der prominentesten republikanischen Politiker durch eine Delegation über die Pläne des Generals Vido unterrichtet.

In Sevilla ist die Arbeiterchaft in den Generalfreie eingetreten. Bei ihren Straßenkundgebungen kam es bereits mehrere Male zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei.

In vielen anderen Städten fanden Arbeiterdemonstrationen trotz des bestehenden Versammlungsverbotes statt. Schwere Zusammenstöße wurden aus Sevilla, Granada, Cadix und Valladolid gemeldet.

In Valencia fand vor dem Gebäude des Diario de Valencia, der die Demonstranten angegriffen hatte, eine große Brotknechtung statt. Das Gebäude der Zeitung wurde durch Steinwürfe schwer beschädigt.

Die Ereignisse in Spanien sind ein Ausdruck der unlöslichen politischen Krise der Dittatur. Allen Anschein nach handelt es sich bei dem angeblich vereitelten Putschversuch, dessen Urheber so eilig wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, um ein abgekartetes Spiel, das angeht die sich verteilenden allgemeinen Gärung der liberalen republikanischen Bourgeoisie den Vorwand liefert, um vor der Dittatur Verengung zu kapitulieren.

Für die Annahme sprechen alle bisher in die Öffentlichkeit gedrungenen Nachrichten über die merkwürdigen Umstände bei der Aufhebung des angeblichen Komplottes.

Die spontanen Aktionen der Arbeiterchaft, die sich den Demonstrationen der republikanischen Studentenschaft anschließen, um für ihre eigenen Forderungen zu demonstrieren, sind der liberalen Bourgeoisie so in die Knochen gefahren, daß sie lieber die Kapitulation vor der Dittatur in Kauf nimmt, um nicht die Gefahr des proletarischen Klassenkampfes zu wagen, die sie mit vollem Recht nicht mehr loswerden fürchtet.

Die Ereignisse des heutigen Tages werden eine weitere Zuspitzung der politischen Krise in Spanien zur Folge haben.

In der Universitätsstadt in Sevilla kam es zu Kämpfen zwischen Monarchisten und antimonarchistischen Studentengruppen, weil die monarchistischen Studenten die auf dem Universitätsgebäude gehißte Fahne beschimpft hatten.

Die Führer der K.P. Amerikas im Kerker

New York, 8. Mai. Die bekanntlich wegen der Organisation der Demonstrationen am 8. März zu je drei Jahren Gefängnis verurteilten Führer der kommunistischen Partei der U.S.A., die Genossen Foster, Minor, Amier und Cannon befinden sich in einem alten Anstalt-Gefängnis, wo ihre Gesundheit aufs Schwerste gefährdet ist. Genosse Minor, der Chefredakteur des kommunistischen Zentralsorgans „Daily Worker“, hat sich bereits in schweres Leiden zugezogen und mußte in das Gefängnis-Hospital überführt werden.

Polnische Bergarbeiter streifen

Warschau, 9. Mai. In Sosnowice streifen etwa 2000 Arbeiter der drei Gruben des Konzerns „Kasimir“ im Streik gegen die Einführung einer neuen Arbeitsordnung. Der Kampf hat sich bereits derartig zuspitzt, daß starke Polizeieinheiten in das Streikgebiet entsandt wurden.

Die Kämpfe in St. Pölten

Wien, 9. Mai. In St. Pölten befinden sich immer noch harte Gendarmereibekämpfungen von auswärts. Der Bundeshauptmann hat alle Bezirkshauptmannschaften in Niederösterreich angewiesen, die Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsgegesetzes streng durchzuführen. Gegenkundgebungen sollen unter keinen Umständen gestattet werden.

In der Glasfabrik in St. Pölten dauert die Bewegung an. Die Arbeiter weigern sich, mit den ehrlich-intelligenten Elementen zusammenzuarbeiten. Die Behörden verweigern trotz des Militäraufgebots und der ausgesetzten Maßnahmgewehre ihrem „Mittlerangebot“ keine Geltung zu erteilen. Die größte Teil der Fabrikisten zieht es vor, dem Betriebe fernzubleiben. Einige sind unter dem Druck der Arbeiter von der ehrlich-intelligenten zur freien Gewerkschaft übergetreten.

Die Nummer der „Roten Fahne“ vom Donnerstag wurde wegen Unvollständigkeit beschlagnahmt, da sie die Arbeiter von St. Pölten aufforderte, nicht unter Bajonetten zu arbeiten.

Unter den Schaubündlern zeigt sich wachsende Erregung über die Kapitulation und den Verzicht der sozialdemokratischen Schaubundführung.



50. Fortsetzung

Andere machen aus Granatplättern Briefbeschwerer, Dolche, wet weiß was alles. Andere lassen von Kupferzungen Zingerringe, Broschen, Kunstwerke aus jungen Birkenstämmen entstehen. Andere legen den Fössel aus dem Mund und fügen jede freie Minute beim Stet. Die Photographen fotografieren die verwehenden Rassen in den Drahtverbauen, das sind die „Gebildeten“, die Offiziere und Einjährigen, die teure Apparate hier haben. Halbverwehte Menschen im Bild als Kriegsgewandten, deren Knochengerüste wie Vogelschenden in den spanischen Kellern hängen — ist doch mindestens originell!

Es ist so schwer, hier Abwechslung zu finden. Man weiß, daß eine Pferdelaus auf eine Menschenlaus losgeht und umhertreibt sich bei diesem Ringkampf. Wenn alles nicht mehr befriedigt, hantiert sie sich gegenseitig Bekämpfe ab. Nachden sich Krugen und Vorherd aus Papier, drehen den Kopf ihres Ehrenkleides um und empfangen „Gäste“. Sie leben sich in das Theater hinein, reiten auf ihrer Phantastie in die Heimat, greifen sich den Schnapsballon in der Ecke — an nichts ist Ueberflut, anher an Schnaps — und laufen, laufen!! Saufen heißen Rum, weil solter Rum in heißem Wasser eine zu schwache Mischung ergibt, wenn sie heiß bleiben soll. Die „Kapelle“ tritt in Funktion.

Alle Glocken, einige Töpfe, Schlagzeug von Topfdeckeln. Ueber einige Bretter sind Telefonhördrähte gespannt, das sind die Geigen. Die Trommelhände mischen in den Geigen, die Pastrischlegel auf die Töpfe, die Gelgen quitzeln, die Topf-

bedel sollen kräftig ein. Auf einer Tonne wird noch getrommelt. Einer sucht den andern zu überhören:

Wenn das so weitergeht
im nächsten Jahr,
ham wir's Delirium,
Hallelujah!

Manchmal bringt er auch seine „Brau“ mit nach Hause. Zimmer ornamenten ist zu einseitig. Und immer noch einen Feder heißen Rum.

Ich sehe am Ofen, schaue in die Glut, Minute am Minute: der Wahnwitz glüht aus den verzerrten, lindischen, vertrottelten Gesichtern. Das Gehirn droht zu platzen. Ich geise nach einem Feder und trinke, trinke, saufe, bis zur Bewusstlosigkeit.

Der Posten horcht in die Nacht. Was schmarzt da so furchtbar? Sie finden mich im Jemenischuppen auf den Säcken, völlig bewußtlos, bei zehn Grad Kälte.

Stellungswechsel!

Die Batterie packt, zieht fort, kein Mensch weiß, wohin. Im Westen verfliegen die Granaten täglich Jehausende — keiner jagte nein, fragte man ihn, ob er hier fort und dorthin wolle. Sie gehen auch hier zugrunde, nur langsamer, noch qualvoller.

Aber wir ziehen nur ein wenig nach rechts oder links; heute wieder nach rechts. Die Infanterie hat schon Wochen vordem gerückt. Mienenwerfer sind in Stellung gegangen. Die alte Stellung soll wieder genommen werden.

Wir lochten in der Nacht durch einen sandigen Hohlweg, dann durch ein Dorf, dessen Häuser aus anderen Dörfern zusammengehoht und wieder aufgebaut wurden. Hinter dem Dorf deutet uns eine Allee alter Laubbäume. Die Batterie soll dann rechts über die Sanddünen aufbrechen, vor der ein großer Teuf liegt. Unter dem Schutze der alten Bäume machen wir halt, die Munitionskolonne hält im Hohlweg.

Zweihundert Meter in der Sanddünen ist die Stellung für uns aufgeworfen, vor einer sich wellig hinziehenden Anhöhe. Dahinter erhebt sich eine etwas höhere Hügelkette, aus der es wie Steinbrüche herausleuchtet. Die Russen drücken hier dauernd auf die deutsche Infanteriestellung. Der erste Graben ist schon geträumt, er lag vor der Hügelkette. Ein weiterer erfolgreicher Durchbruch durch die Reiterstellung macht das Dorf mit seinem Prospektamt, Verbandsplatz und der Krankenammel-

stelle zum direkten Ziel der russischen Waidhinegewichte. Die Hügelkette muß wieder frei von Russen sein.

Wir sollen noch in der Dunkelheit aufbrechen, und um 100 Uhr feuerbereit sein. Heber uns liegt ein klarer Himmel, aber dem Helmen See eine Grotte, die schon trägt. Fern leuchtet gleich nach Mitternacht das Grotte- und Waidhinegewichte auf, das zwischen die drohenden Einschläge der Mienen. Das Konzert der einziehenden Artillerie läuft von links und rechts her zusammen. Russische Granaten und Zärapuelle taufen sich von links an dem See heran, kommen näher, ein Stante erschallt auf dem Eis und wirft eine Reichenjermale hoch, die flüchtig auf das Eis zurückfällt.

Die Batterie ist auf, fährt im Trab auf die Sanddünen. — bricht durch die dünne Fede, die Körper streifen ein, die Luft zwingt die Pferde zum Schritt. Sie rehen schraubend, immer tiefer verlinken die Kanonen. Die Steigung macht sich bemerkbar, das erste Geißel hat schon fünf, hundert Meter vor der Stellung. Munitionskolonne fliegen in den Schnee.

Wir schaukeln frei, die Pferde ziehen von neuem an. Ein Gaul wiehert laut in den dämmernen Morgen. Vor uns, hundert Meter vor der ausgeworfenen Stellung, heulen zwei Einschläge auf. Steinbroden vollern zu Tal, Regen geförderter Erde sprüngen aus dem Wald und wehen sich hart vor uns hin. Der flüchten singende Ton der Freilagkanonen kriecht warnend an unseren Ohren vorüber, über den Reiter, als schon der Abdruck der zweiten Salve ankündigt. „Was wir owaite — Kamm — Su Zamm!“

„In die Speichen!“

Im zweiten Geißel schlägt ein Mittelstück unangenehm hintenans, steigt dann vorn hoch, springt trotz aller Hiebe über die Stränge, will zurück, fällt um und schlägt im Liegen um sich. Man schneidet es aus den Strängen; es springt löchelnd auf und berst dem Fahrer, der es halten will, den Oberarm durch. Dann führt es davon, überdrückt sich, springt wieder auf, kommt bis zum Weg am Reiter, überdrückt sich einmal. Dann kommt es nur noch mit Kopf und Vorderbeinen hoch, scheint sich dauernd auf herabhängende Stränge zu treten oder auf das Sattelzeug, das ihm unter dem Leib zu hängen scheint. Gibt dann seine Anstrengungen auf und fällt schwer auf die Erde.

(Fortsetzung folgt)

30 Schaufenster

WINTER Konfektion



Flotter Mantel, reinw. Nattestoff, rückwärts Glocke und Pelerine, mit Hase verbrämt, in schwarz u. marine, ganz gefüttert.
34-

*Ein Riesenerfolg
aussergewöhnlich
einkaufs*



Mantel m. Pelerine aus leichtem, kariertem Stoff, für junge Damen
16⁷⁵



Mantel aus reinwollenem Rippe, flotte Glockenform, ganz gefüttert, in schwarz, marine.
29⁷⁵



Mantel aus reinwollenem Herrenstoff, ganz auf Futter, flotte Sportform
49-



Mantel aus Seide, ganz auf Kunstseide gefüttert, in schwarz und marine vorrätig
68-



Mantel aus Wollgeorgette, ganz auf Kunstseide gefüttert, moderne Glockenform, reich mit Pelz verbrämt **78-**



Jackenkleid, besonders preiswert, praktischer Sommerstoff, flotte Gürtelform
22-



Kleid, jugendliche Form, prima Bastseide, Rock mit Falten, Gürtel, farbige Krawatte.
15⁵⁰



Frauenkleid aus Wollmusselin, neuartiges Moulinémuster, Glockenrock mit Gehälte, Größe 42 bis 50.
25-



Kleid aus Charmeuse-Satin, ringsum reiche Glocke, doppelseitig verarbeitet.
27-



Wollmusselinkleid, jugendl. Form, Westenteil aus Crêpe de Chine, Ärmel mit aparter Manschette.
34-



Veilekleid, Boleroform, weiter Gleckenrock u. Ärmel, Größe 42 bis 46
38-



Jäckchenkleid aus Crêpe de Chine, in schönen neuen Dessins
65-

*Für starke Damen
haben wir den
Kamen*

Zahlung kann erfolgen bei Kauf der Ware unter Kürzung von 3% Skonto oder ohne jeden Aufschlag in 4 aufeinanderfolgenden Monatsraten
Unsere Versand-Abteilung erledigt für auswärts Wohnende alle Bestellungen



RENNER

KAUFHAUS AM ALTMARKT

nig

nn

n-

9

n-Cin

zell

uern

ten

nt

nt

nt

nt

nt

nt

nt

nt

nt

nt

nt

nt

nt

nt

nt

nt

nt

nt

nt

nt

nt

nt